Unverminderter Asylsucherstrom, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 47 – 23. November 2018
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vor aller Welt verleumdet: Chemnitzer auf dem spontanen Trauermarsch am 26. August

Bild: Imago

Gefährlich für Merkel

Hetzjagden? Magazin findet die Chemnitzerin mit der Handykamera

Beim Migrationspakt bröckelt die Unterstützung, nun kommt auch noch Licht in die Ereignisse vom 26. August in Chemnitz.

Nach einer Verschnaufpause spitzt sich die Lage für Kanzlerin Angela Merkel wieder zu. Infolge ihres Verzichts auf den CDU-Vorsitz war der Fokus zunächst auf ihre möglichen Nachfolger gewandert, regelrecht nostalgische Betrachtungen umhüllten dagegen die scheidende Parteichefin.

Zwei Ereignisse bergen bedrohliches Potenzial für die Kanzlerin, denn sie rücken die Regierungsmethode Merkels abermals ins Zentrum der Kritik. Da ist zunächst die ebenso plötzlich wie reichlich spät ausgebrochene Debatte um den UN-Migrationspakt (GCM). Mit Sachsen-Anhalt hat sich erstmals ein ganzer CDU-Landesverband gegen den Pakt ausgesprochen. Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister und Kandidat zum CDU-Vorsitz, will die deutsche Unterschrift zumindest verschieben, um den Pakt erst öffentlich diskutieren zu können.

Die Kanzlerin wollte, im Bunde mit allen etablierten Parteien, den GCM möglichst ohne öffentliche Diskussion unterschreiben. Dieses Vorhaben war geplatzt, nachdem die AfD eine Bundestagsdebatte erzwungen hatte. Nun erodiert die Zustimmung zu Merkels verpatzter „Geheimoperation“ mit jedem Tag mehr – Ausgang offen.

Der Widerstand gegen den Migrationspakt trifft Merkel ebenso wie eine Enthüllung, die das Zeug zu einem Skandal hätte, der die Republik erschüttert. Dass die Erschütterung bislang ausblieb, ist dem Phänomen geschuldet, dass fast alle Medien den Vorgang verschweigen.

> Kanzlerin übernahm die Falschbehauptung der Antifa

Das Magazin „Tichys Einblick“ hat die Urheberin des legendären 19-Sekunden-Videos ausfindig gemacht, von dem die Behauptung abgeleitet worden war, in Chemnitz habe es am 26. August „Hetzjagden“ auf Ausländer gegeben.

Dies war laut der 35-jährigen Zeugin wirklich passiert: Zunächst seien rund 1000 friedliche Teilnehmer eines spontanen Trauermarsches nach der Ermordung eines jungen Deutschen durch einen Asylsucher aus Antifa-Lautsprechern mit „Deutschland verrecke“-Rufen angebrüllt worden. Später hätten die auf dem Video zu sehenden Immigranten einige Deutsche aggressiv angepöbelt und einen Deutschen mit Bier übergossen. Als ein Deutscher auf zwei pöbelnde Immigranten zugegangen sei, habe sie ihre Handykamera eingeschaltet. Das Video habe sie nur in einer privaten Gruppe geteilt, wie es zur Antifa gelangte, wisse sie nicht. Hetzjagden habe sie keine gesehen. Aus Angst vor der Rache der Antifa will die Frau anonym bleiben.

Inspiriert von der Antifa übernahm Merkel die Hetzjagd-Behauptung und ließ sie weltweit verbreiten. Fast alle Medien spielten bei der Falschdarstellung mit und schweigen bislang über die Enthüllung von „Tichys Einblick“. Bricht die Schweigemauer, bedeutete dies einen weiteren schweren Schlag für die Glaubwürdigkeit der Kanzlerin. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

Manuel Ruoff:

Nun doch

Nach einer gewissen Schamfrist, in der Angela Merkel wenigstens so getan hatte, als würde sie deutsche Interessen vertreten und sich gegen Emmanuel Macrons Forderung nach einem Eurozonen-Budget sträuben, zeigt sie sich nun einverstanden. Mehr noch, die Bundesregierung hat sogar angekündigt, sich gegen andere potenzielle Nettozahler dafür stark zu machen. Die Katze ist aus dem Sack.

Wie haben sich die Zeiten geändert. Als es damals darum ging, uns Deutsche für die Europäische Währungsunion (EWU) zu gewinnen, wurden wir auf die angeblich harten Aufnahmekriterien verwiesen, die dafür Sorge trügen, dass nur wirtschaftlich fitte, mit der deutschen vergleichbare Volkswirtschaften in die Union aufgenommen würden. Nun nennen die Befürworter des Eurozonen-Budgets ganz offen als Zweck ihrer Forderung, ökonomische Unterschiede – die es ja eigentlich gar nicht geben dürfte – auszugleichen. Dass dem Gewinn des einen ein entsprechender Verlust des anderen gegenübersteht, lehrt die Mathematik.

Das Fatale der Umverteilung für Deutschland ist über die akut fälligen Nettobeiträge hinaus die Tatsache, dass sie die Mitgliedschaft in europäischen Gemeinschaften wie der EWU oder der EU für wirtschaftlich starke Staaten abschreckend und für schwache attraktiv macht. Starke treten aus oder denken nicht daran einzutreten, schwache treten ein oder denken nicht daran auszutreten. Das bedeutet nicht nur, dass Deutschland immer mehr zahlen muss, um den ökonomischen Ausgleich herbeizuführen, sondern auch, dass die Ausgleichs- und Umverteilungsphilosophie immer mehrheitsfähiger wird.

Ursula von der Leyen droht Untersuchungsausschuss

Verdacht auf Unregelmäßigkeiten bei Beraterverträgen zum Vorteil eines Sohnes der Verteidigungsministerin

Bei der Berliner Justiz ist Anzeige gegen das Bundesverteidigungsministerium erstattet worden, offensichtlich aus dem Ministerium selbst. Die Anzeige stützt sich auf mehrere Berichte des Bundesrechnungshofes vom August dieses Jahres. Darin ist von jährlich 150 Millionen Euro die Rede, die das Ministerium für externe Berater zahlt. Diese Summe ist nicht in den Haushaltsplänen wiederzufinden.

Rechungsprüfer stellten nicht nur schwere Verstöße gegen die Vergaberichtlinien fest, sondern kritisierten auch, dass Aufträge völlig ohne Ausschreibung vergeben wurden. Das ist umso delikater, als Ursula von der Leyen vor fünf Jahren auch mit der Ankündigung ihr Amt angetreten hatte, gerade im Bereich der Beschaffung aufzuräumen. Doch sie scheint das Amigo-System aus dem Ministerium lediglich in ein Amigo-System unter den Beratern verlagert zu haben.

Personalisiert war dieser Vorgang durch die Berufung von Katrin Suder als beamtete Staatssekretärin. Der bisherige Amtsinhaber wurde in den einstweiligen Ruhestand geschickt. Suder war Staatssekretärin bis August dieses Jahres. Ihre Qualifikation bestand in vorzüglichen Kenntnissen auf dem Gebiete der Informationstechnologie und dem Nachweis ihrer Karriere bei McKinsey. Heute ist sie Vorsitzende des neu geschaffenen Digitalrates der Bundesregierung.

Suders Virtuosität auf dem Gebiet der Informationstechnologie machte indes die Beschäftigung externer Berater nicht überflüssig, im Gegenteil. Externe Berater, solche von McKinsey und wenige andere, bezogen eigene Büros im Ministerium mit amtlichem Telefonanschluss, ebensolcher Mailadresse samt Briefpapier. Die Tagessätze der externen Mitarbeiter betrugen zwischen 900 und 1700 Euro. Zudem sollen diese externen Berater nach außen hin in hoheitlicher Funktion aufgetreten sein.

> Anzeige gegen von der Leyens Haus

Spätestens hier wurde der Vorwurf der Scheinselbstständigkeit laut, ein weiterer Punkt, wegen dem nun der Ministerin Ärger mit der Justiz droht. Bei diesem Vorwurf reicht ein „bedingter Vorsatz“ für die Strafbarkeit aus, und in den Sozialkassen hat die Justiz einen harten Partner bei der Ahnung dieses Übels. Der Sprecher der Berliner Justizbehörden, Martin Steltner, gab bekannt, dass die Staatsanwaltschaft prüfe, ob es einen Anfangsverdacht gebe. Die Ermittlungen der Justiz wurden durch eine Anzeige gegen die Ministerin vom 30. September ausgelöst, die offenbar von einem Eingeweihten aus dem Umfeld ihres Hauses stammt.

Doch damit nicht genug. Die allzu enge Melange von Verteidigungsministerium und McKinsey bekommt eine zusätzliche Aura durch den Umstand, dass Daniel von der Leyen, einer der Söhne der Ministerin, für McKinsey arbeitet. Er genießt als Associate Anspruch auf eine Gewinnbeteiligung des Unternehmens.

Kein Wunder, dass die Opposition im Bundestag eine weitere Privatisierung der Beschaffung für die Bundeswehr ablehnt. Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestages, der auch zuständig ist für die Genehmigung der Beraterbudgets, beginnen sich für den Bericht des Rechnungshofes zu der Berater- und Vergabepraxis des Hauses von der Leyen zu interessieren. Dies umso mehr, als sich bereits herausstellte, dass dem Ausschuss nur ein Bruchteil der in Frage stehenden Verträge überhaupt vorgelegt worden ist.

Der Rechnungshof hat das Ministerium nun dringlich aufgefordert, die Mängel abzustellen, und ihm eine dreimonatige Frist für eine Stellungnahme gesetzt. Es ist schon die Rede davon, dass ein Untersuchungsausschuss notwendig werden könnte. *Florian Stumfall*

MELDUNGEN

Serbische Kirche hält zu Russland



Bild: Nir Hason

Traf umstrittene Entscheidung: Bartholomäus I.

Belgrad – Im Streit um die Spaltung der Orthodoxen Ökumene hat sich nun die Serbisch-Orthodoxe Kirche auf die Seite Russlands geschlagen. Sie will die Ablösung der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchat von der Russischen nicht anerkennen. Vorausgegangen war die Entscheidung des Ökumenischen Patriarchen Bartholomäus I., der Ukrainischen Kirche die Autokephalie (Eigenständigkeit) zuzugestehen (*PAZ* vom 16. November). Die Serbisch-Orthodoxe Kirche befindet sich selbst im Streit mit Abspalten wie der Mazedonisch-Orthodoxen Kirche, die sich in Mazedonien 1967 mit Unterstützung des damaligen jugoslawischen Staatschefs Josif Broz Tito gebildet hatte. Seitdem gibt es Bemühungen um Selbstständigkeit dieser damals vom serbisch-orthodoxen Patriarchat getrennten Kirche. Bislang wurde sie jedoch von der Weltorthodoxie nicht anerkannt. Dies könnte sich ändern, wenn Bartholomäus I. der Mazedonisch-Orthodoxen wie jüngst dem Kiewer Patriarchat die Autokephalie zuspricht. Um die Autokephalie bemüht sich auch die Kirche in Montenegro. Sie untersteht derzeit ebenfalls dem Serbisch-Orthodoxen Patriarchat. *MRK*

Asylsucherstrom hält unvermindert an

Die meisten der die EU erreichenden Asylsucher landen über kurz oder lang in Deutschland

Noch immer liegt die Zahl der illegalen Einwanderer, die über das Mittelmeer nach Europa kommen, höher als vor der Asylkrise. Noch immer ist die Zahl der Asylanträge in Deutschland fast genauso hoch wie die der an den EU-Außengrenzen festgestellten illegalen Einreisen in die EU.

Die illegale Zuwanderung über das Mittelmeer ist immer noch deutlich stärker als vor der Asylkrise. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres sind rund 100 000 Immigranten über das Mittelmeer nach Europa gekommen. 2013, also vor der aktuellen Massenzuwanderung, waren es laut einer Auswertung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) im gesamten Jahr nur rund 89 000.

Den Angaben der IOM zufolge lag nur ein Jahr später die Zahl der Ankünfte mit 252 000 fast drei Mal so hoch. Im Jahre 2015 kam es noch einmal zu einer Vervierfachung. Eine Millionen Immigranten kamen in dem Jahr über das Mittelmeer. 2016 waren es immerhin noch 367 000, und 2017 gingen die Ankünfte auf 178 000 zurück. In diesem Jahr dürften sie bei etwa 140 000 liegen, also immer noch über der Zahl von 2013.

Dass Asylsucher und ihre Schleuser sich auch in der Politik Europas auskennen, beweisen die Einwanderungsrouten, die sich im letzten Jahr entsprechend den Regierungswechseln in Südeuropa geändert haben. In Italien, das eine neue, EU-skeptische Regierung bekommen hat, die fast keine Asylsucher mehr über das Meer ins Land lässt, sind die Ankunftszahlen auf fast Null zurückgegangen.

Anders dagegen in Spanien, das im Laufe des Jahres eine neue Links-Regierung erhalten hat. Während 2013 nur 3041 Immigranten über spanische Küsten nach Europa kamen und in den darauffolgenden Jahren kaum mehr, waren es im laufenden Jahr schon fast 48 000 und damit fast genauso viele wie über die Küsten aller übrigen südeuropäischen Länder zusammen. In Afrika hat sich sehr schnell herumgesprochen, dass die Links-Regierung in Spanien die Grenzkontrollen auf Kosten der mitteleuropäischen Partnerländer gelockert und teilweise ganz abgeschafft hat. Die Zahl der Ankömmlinge beschleunigt sich Monat für Monat weiter. Im September waren es noch 270 pro Tag, im Oktober bereits 360.



Seit Italien „populistisch" und Spanien links regiert wird, wählen viele Immigranten das Königreich als Einfallstor nach Europa: Spanisches Schiff bringt Asylsucher in Málaga an Land Bild: Imago

In Deutschland wurden 2018, wie in den Vorjahren, bis Ende September 142 000 Asylanträge gestellt. Es wurden damit mehr Anträge gestellt, als an allen Außengrenzen der EU illegale Grenzübertritte festgestellt. Das heißt, dass es eine starke Binnenwanderung in der EU Richtung Deutschland gibt und/oder dass ein großer Teil der illegalen Grenzübertritte an den Außengrenzen der EU gar nicht festgestellt wurde. In der Zeit von 2013 bis heute nahm Deutschland fast so viele Asylbewerber auf, wie offiziell an den Mittelmeerküsten ankamen. Laut IOM-Daten kamen in dem Zeitraum rund zwei Millionen Immigranten in Griechenland, Italien, Spanien, Zypern und Malta an. In Deutschland wurden seither bis Ende September laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rund 1,9 Millionen Asylanträge gestellt. Die IOM bezieht ihre Zahlen von den Küstenwachen und Innenministerien der jeweiligen Länder, nicht von den dortigen Asylbehörden.

Trotz des seit Jahren bekannten Missverhältnisses zulasten Deutschlands erwecken einige deutsche Politiker und Medien immer noch den Eindruck, dass die Mittelmeerstaaten am stärksten von der Zuwanderung durch Asylsuchende betroffen seien. Wenn von den zwei Millionen angelandeten Asylsuchern in den Mittelmeerstaaten 1,9 Millionen nach Deutschland weitergereist sind, befinden sich dort noch ganze 100 000. Wegen diesen dürfe Deutschland jetzt die „Ankunftsländer wie Italien und Spanien nicht alleine lassen", forderte zuletzt Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD).

Nach wie vor kann die große Mehrheit der abgelehnten Asylbewerber nicht abgeschoben werden, meistens wegen ungeklärter Identität. Dies scheint sich schon lange herumgesprochen zu haben, denn immer weniger der volljährigen Asylantragsteller legen ihre Papiere beim Antrag vor, wie sie es eigentlich müssten. Im ersten Halbjahr 2018 waren es noch knappe 38 Prozent, die Identitätspapiere vorlegten. Dem BAMF ist bekannt, dass sich ein Teil der Bewerber „seiner Identitätspapiere bewusst" entledigt, um nicht abgeschoben werden zu können. Aber auch papierlose Antragsteller mit Phantasienamen wie „Micky Mouse" können als asylberechtigt anerkannt werden.

Wenn es nicht auf anderem Wege gelingt, den Herkunftsstaat festzustellen, ist eine Abschiebung ausgeschlossen. Laut dem Bundesinnenministerium hatten 88 Prozent der Afghanen, 89 Prozent der Eritreer und 95 Prozent der Algerier keine Ausweise dabei. Unter Nigerianern, Somaliern, Guineern und Gambiern waren es sogar 97 bis 99 Prozent. *Bodo Bost*

Der Fluch der 2017 gewährten Visumsfreiheit

Die Zahl der Asylsucher aus Georgien steigt rapide, aber Brüssel will die Einreisemöglichleiten nicht beschränken

Im vergangenen Jahr kamen bereits die siebtmeisten Asylbewerber aus Georgien. In diesem Jahr könnte die Kaukasusrepublik sogar die Türkei überholen und auf Platz sechs der Herkunftsländer aufrücken. Von den 6340 Asylverfahren von Georgiern, die 2017 in Deutschland entschieden wurden, endeten lediglich rund 130 mit einer Entscheidung, welche die Antragsteller dauerhaft oder zumindest vorläufig vor der Abschiebung schützt. Dies entspricht einer Schutzquote von gerade einmal zwei Prozent, Tendenz fallend, denn Georgien ist das demokratischste Land der Region, es strebt in die Europäische Union und in die NATO.

Wegen dieser Nähe zur EU hatte diese die Visumspflicht aufgehoben. Angesichts des offenkundigen Missbrauchs fragt sich nun Brüssel, ob nun erstmals ein neuer Mechanismus zur Aussetzung der Visumfreiheit genutzt werden sollte. Dieser kann sowohl bei einem erheblichen Anstieg der Zahl unbegründeter Asylanträge aktiviert werden als auch, wenn die Einreisenden für Sicherheitsprobleme sorgen. Beides ist der Fall.

Doch die zuständige EU-Kommission scheut die Anwendung des Mechanismus. Zumindest vorerst will sie weiter versuchen, den Missbrauch der Visumfreiheit durch Georgier durch eine enge Zusammenarbeit mit deren Regierung einzudämmen. So hat laut der EU Georgien beispielsweise eine öffentliche Kampagne zugesichert, die dessen Staatsbürgern die Aussichtslosigkeit eines Asylantrags in EU-Staaten deutlich machen soll. Ein Versuch, Georgien als sicheres Herkunftsland einzustufen, wodurch abgelehnte Asylbewerber leichter abgeschoben werden könnten, ist jedoch an der Blockade der Grünen gescheitert.





Um derartigen Verhältnissen zu entkommen, lohnt sich schon eine Einwanderung ins deutsche Sozialsystem, vor allem dann, wenn wegen Visumsfreiheit die Kosten für den Schleuser wegfallen: Stadtleben in Sighnaghi in der Region Kachetien im Osten Georgiens Bild: Mauritius

Nach dem Wegfall der Visumspflicht für georgische Bürger im Jahr 2017 verdreifachte sich in Deutschland die Anzahl der Asylbewerber aus Georgien. Im Jahr 2018 wurden bislang 3000 Anträge registriert. Angaben der georgischen Botschaft zufolge ist neben dem bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen das Land Sachsen am stärksten betroffen. Dort arbeitet die Georgierin Eter Hachmann, die vor acht Jahren legal nach Deutschland kam, für den Verein Ausländerrat. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD in Dresden brachte gegenüber einer Zeitung ein einfaches Beispiel. Ein Asylbewerber bekomme vom deutschen Staat eine kostenlose Unterkunft und rund 400 Euro Taschengeld, was nach deutschen Maßstäben bescheiden sei. Ein Paar könne auf 800 Euro kommen. Das sei fast das Vierfache des Durchschnittsgehalts in Georgien. Dafür lohnt sich ein Flugticket ins Asyl, zumal dabei die Kosten für den Schleuser wegfallen.

Im September und Oktober flogen zwei Charterflugzeuge mit etwa 100 georgischen Bürgern an Bord von Leipzig nach Tiflis. Die Kosten für die Abschiebung von Immigranten mit einem Charterflug betragen bis zu 95 000 Euro. Nach Angaben des sächsischen Innenministeriums befinden sich in dem Bundesland derzeit noch 511 georgische Staatsbürger, deren Asylanträge abgelehnt wurden. Sehr hoch ist nach Auskunft des sächsischen Justizministeriums auch der Anteil georgischer Häftlinge in den Gefängnissen. Georgien liegt an vierter Stelle nach Polen, Tunesien und Libyen. Die Ausgaben allein für Übersetzer haben sich in den letzten drei Jahren verfünffacht. Georgisch gehört zu den Sprachen mit steigender Nachfrage nach Übersetzern bei Polizei, Gerichten und in Krankenhäusern. *B.B.*

Fast sieben Millionen überschuldet

Allein in diesem Jahr sind in Deutschland 19000 Personen dazugekommen

Deutschland gehe es gut. So suggerieren es die Regierenden. Doch die Wahrheit sieht anders aus. So viele Bürger wie nie zuvor gelten als überschuldet.

Im laufenden Jahr ist die Zahl der überschuldeten Personen in der Bundesrepublik um rund 19000 auf mehr als 6,9 Millionen gestiegen, teilte die Wirtschaftsauskunftei Creditreform mit. Bei gut jedem zehnten Erwachsenen sind die Gesamtausgaben dauerhaft höher als die Einnahmen. Überdurchschnittlich stark zugenommen hat nach Angaben der Experten erneut die Altersüberschuldung. Creditreform stufte in diesem Jahr rund 263000 Menschen in Deutschland ab 70 Jahren als überschuldet ein. Das entspricht einem Anstieg um fast 70000 Fälle oder 35 Prozent.

Mit einer Verschuldungsquote von 11,69 Prozent liegt das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen deutlich über dem Durchschnitt von 10,04 Prozent. Schlechter schnitten unter den Bundesländern nur Berlin, Sachsen-Anhalt und Bremen ab. Mit einer Quote von 7,43 Prozent steht Bayern vor Baden-Württemberg (8,31 Prozent) am besten da. Interessant ist die Entwicklung in der Hauptstadt. Fast jeder achte Erwachsene (12,42 Prozent) kann dort seine Verbindlichkeiten nicht tilgen.

Laut Creditreform geht die Quote in der Stadt seit fünf Jahren zurück. 2013 hatte der Wert in Berlin noch bei 13,12 Prozent gelegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Überschuldungsquote in Städten wie Nürnberg, Leipzig, Essen, Dortmund und Duisburg. Unter 401 deutschen Städten belegt Berlin Rang 349.

Offensichtlich wird Wohnen in deutschen Großstädten in vielen Fällen zunehmend zum Überschuldungsrisiko. „Auch wenn im Ranking der Ursachen von Überschuldung die Kosten für das Wohnen erst an neunter Stelle von den Betroffenen genannt werden, zeigen die gestiegenen Verbrauchsausgaben die Rolle, die vor allem die Mietpreissteigerungen spielen“, erläutert Michael Bretz, Leiter der Creditreform-Wirtschaftsforschung gegenüber der „Wirtschaftswoche“. Der Grund sei, dass Verbraucher der Begleichung von Mietschulden zumeist eine hohe Priorität einräumen. „Die Nichtzahlung von Mietkosten hat für den Mieter meist harte Folgen“, so Bretz. „Deshalb werden Mietkosten selbst bei knapper werdenden finanziellen Ressourcen meist vorrangig beglichen.“

Die Entwicklung in der Hauptstadt sei vor allem darauf zurückzuführen, dass in den vergangenen Jahren verstärkt wohlhabende, junge Menschen in die Metropole gezogen seien.

Die Experten setzen die Ergebnisse ins Verhältnis zur aktuellen Stimmungslage in der Bundesrepublik und sprechen von „Licht und Schatten. Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft bewegt sich zwischen Stagnationsangst und Euphorie. Deutschland sieht zwei Entwicklungen gleichzeitig: Zum einen ziehen höhere Energie- und Mobilitätskosten sowie eine insgesamt gestiegene Inflation den Verbrauchern das Geld aus den Taschen, andererseits sind derzeit so wenige Menschen arbeitslos wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr.“

Die Wirtschaftsauskunftei Creditreform rechnet für die nahe Zukunft trotz dieser sehr positiven konjunkturellen Rahmenbedingungen nicht mit einer nachhaltigen Entspannung. Vielmehr müsse davon ausgegangen werden, dass die Überschuldungszahlen weiter ansteigen werden, schreiben die Autoren der Auswertung. „Angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen ist für die nächsten Monate nicht davon auszugehen, dass die Überschuldungszahlen in Deutschland sinken werden. Hierzu werden sicherlich auch die weiter steigenden Immobilien- und Mietpreise beitragen“, heißt es im Schuldner-Atlas. „Nicht alle Menschen werden vom wirtschaftlichen Aufschwung erreicht. Mehr als 50 Prozent unserer Ratsuchenden haben ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1000 Euro. Und das ist natürlich sehr sehr knapp, wenn man in einer Großstadt lebt und hohe Mieten zahlen muss“, sagte Michael Eham von der Schuldnerhilfe Köln der ARD.

Experten empfehlen für Miete, Immobilienkredit und Energiekosten nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens auszugeben. Wie die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung im vergangenen Jahr herausfand, liegt die Mietbelastungsquote derzeit allerdings bei etwa vier von zehn Haushalten in Deutschlands Großstädten bei über 30 Prozent ihres Nettoeinkommens. Wie die „Wirtschaftswoche“ unter Berufung auf die Studie schreibt, hatten Ende 2017 etwa 1,3 Millionen Haushalte in deutschen Großstädten nach Abzug der Miete sogar nur ein Resteinkommen unterhalb der Hartz-IV-Regelsätze zur Verfügung. „Die Folge ist, dass Geringverdiener und Hartz-IV-Empfänger sehr häufig bei ihrer Kommune um Unterstützung bitten, weil sie die Miete nicht aufbringen können“, erklärt Creditreform-Mann Bretz. Menschen ohne Schul- oder mit Hauptschulabschluss tragen wenig überraschend ein höheres Risiko, in eine Überschuldung zu geraten als Menschen mit Fachhochschulreife oder Abitur. Arbeitslosigkeit gehört nach wie vor zu den Hauptauslösern einer Überschuldung (20 Prozent).



Bei etwa vier von zehn Haushalten in Deutschlands Großstädten liegt die Mietbelastungsquote über der von Experten empfohlenen Obergrenze von 30 Prozent: Wohnhäuser in Berlin-Kreuzberg

Bild: Colourbox

Eine gescheiterte Selbstständigkeit ist bei acht Prozent eine Ursache. Allerdings spielen wirtschaftliche Gründe eine deutlich geringere Rolle als noch vor zehn Jahren – was vor allem mit der stabilen wirtschaftlichen Lage Deutschlands zusammenhängt. Erkrankungen, Süchte und Unfälle sind für 16 Prozent aller Überschuldungen verantwortlich. Unwirtschaftliche Haushaltsführung führt zu 13 Prozent aller Überschuldungen. Beide Werte sind im Verlauf der letzten zehn Jahre angestiegen. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Strafantrag wegen Hessen-Wahl

Frankfurt am Main – Ramin Peymani, FDP-Kreistagsmitglied im hessischen Main-Taunus-Kreis, und der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel haben bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Strafanzeige wegen Wahlfälschung bei der hessischen Landtagswahl am 28. Oktober gestellt. Offiziell heißt es, bei der (mittlerweile korrigierten) Stimmenauszählung sei es zu „Pannen“ gekommen. Die Antragsteller hegen jedoch Zweifel und vermuten bewusste Fälschung, da die Fehler zulasten bestimmter Parteien (CDU, FDP, AfD) gegangen seien. Hätte es sich bloß um „flächendeckende Schlamperei“ gehandelt, hätten die Fehler zu Lasten aller Parteien gehen müssen, so die beiden in der Begründung ihres Strafantrags. *H.H.*

Umwelthilfe in der Kritik

Stuttgart – Der CDU-Bezirksverband Nordwürttemberg will auf dem CDU-Bundesparteitag Anfang Dezember beantragen, dass die Partei die Gemeinnützigkeit der „Deutschen Umwelthilfe“ (DUH) infrage stellt. Es ist der Bezirksverband von Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger. Das berichtet das „Handelsblatt“. Parallel haben bis 17. November 61000 Bürger eine Online-Petition unterzeichnet, die Gleiches fordert. Der Parteitagsantrag wird vermutlich der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren Beratung übertragen, heißt es. Die DUH steht federführend hinter den Klagen zur sogenannten Dieselkrise. Kritiker werfen dem Verein vor, sich unter anderem von Toyota finanzieren zu lassen und mit „hemmungslosen Klagen“ der deutschen Autoindustrie erheblichen Schaden zuzufügen. Die DUH erhält zudem auch Gelder von Bund und Ländern sowie privaten Spendern. *H.H.*

Dubioses Schweizer Füllhorn

Nicht nur die AfD – Ärger mit Parteispenden gab es zu allen Zeiten

Die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice Weidel, steht unter Druck. Eine Wahlkampfspende aus der Schweiz in Höhe von rund 130000 Euro, die im September 2017 an ihren Kreisverband am Bodensee floss und die mittlerweile zurückgezahlt wurde, beschäftigt Staatsanwaltschaft und Bundestagsverwaltung. Sollte es sich um eine illegale Parteispende halten, könnte der Partei eine Strafzahlung in Höhe von mehreren hunderttausend Euro drohen. Zudem es noch eine weitere Spende aus Belgien gab, die aber recht zügig zurückgereicht wurde.

Parteien sind berechtigt, Spenden anzunehmen – und zwar in unbegrenzter Höhe. Spenden dürfen sowohl einzelne Personen als auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände. Die Kriterien dafür sind im Parteiengesetz in Paragraf 25 geregelt.

Verboten sind allerdings Spenden aus Ländern außerhalb der Europäischen Union, wenn sie die Höhe von 1000 Euro überschreiten. Es sei denn, es handelt sich um Geld eines EU-Staatsbürgers beziehungsweise eines Unternehmens, dessen Anteile zu mehr als 50 Prozent in EU-Hand sind. Spenden ab einer Höhe von 50000 Euro müssen zudem der Bundestagsverwaltung angezeigt werden.

Die AfD erklärte bislang, sie wisse nicht, woher die Spende stamme. Bei dem eingeschalteten Schweizer Unternehmer handelt es sich offenbar um einen Strohmann. Ärger um nicht korrekt behandelte Spenden hatten allerdings schon andere Parteien. Die Diskussion um verschleierte Geldflüsse zur CDU schadete dem Ansehen des Altbundeskanzlers Helmut Kohl, der sich bis zu seinem Tod weigerte, die Namen der Spender offenzulegen. Zuvor hatte die Union in seinem Heimatverband Rheinland-Pfalz bereits in den 80er Jahren für eine handfesten Skandal gesorgt, weil sie Gelder über „Staatsbürgerliche Vereine“ und den Umweg Lichtenstein in die eigene Kasse umgeleitet hatte.

> 700000 Euro für die CDU: »Die haben die Partei gekauft«

Vor einigen Jahren musste die Mainzer CDU einräumen, ihren Wahlkampf im Jahr 2006 illegal finanziert zu haben. Die Sache kam vor Gericht. Es gab Haftstrafen, die zur Bewährung ausgesetzt wurden. Julia Klöckner, die neue Landesvorsitzende, distanzierte sich heftig von den Praktiken ihres Vorgängers Christian Baldauf.

Auch die SPD hat eine unrühmliche Vergangenheit. In Hessen wurden in den 70er Jahren verdeckte Gelder in die Kasse der Frankfurter Sozialdemokraten geleitet. In Regensburg wurde Anfang 2017 Oberbürgermeister Joachim Wolbergs verhaftet. Festgenommen wurden ebenfalls ein Bauunternehmer sowie der technische Leiter der städtischen Wohnungsbaugesellschaft, der verdeckte Spendenflüsse organisiert haben soll.

Dennoch fließen immer mehr Gelder in die Kassen der Parteien. In Wahljahren steigen die Großspenden für Parteien traditionell an. Aber 2017 war der Anstieg besonders ausgeprägt. Insbesondere die CDU mit 1,7 Millionen und die FDP mit 970000 Euro profitierten von dem Zuwachs an Großspenden. Auf sie entfielen 93 Prozent der Großspenden über 50000 Euro im Jahr der Bundestagswahl. Interessant: Vor der Bundestagswahl 2012 erhielt die CDU fast 700000 Euro vom Autobauer BMW. „Die haben die Partei gekauft“, kommentierte damals der Nachrichtensender NTV. *P.E.*

Ab in die Pampa

Ministerpräsident Kretschmann spricht ungeliebte Wahrheiten aus

Kaum machte der grüne Ministerpräsident Kretschmann einen Vorschlag zur Prävention jugendlicher Asylsuchergewalt, wurde dieser noch am selben Tag von seiner eigenen Partei ausgehebelt. „Das Gefährlichste, was die menschliche Evolution hervorgebracht hat, sind junge Männerhorden“, sagte angesichts der Massenvergewaltigung einer jungen Frau durch mehrheitlich syrische Asylsucher in Freiburg Baden-Württembergs Ministerpräsident Kretschmann der „Heilbronner Stimme“.

Damit meint der grüne Spitzenmann die auch wissenschaftlich mit dem Begriff „Youth bulge“ (Jugendüberschuss) bereits bezeichnete und nachgewiesene Tatsache, dass überall dort, wo die 15- bis 24-Jährigen mindestens 20 Prozent beziehungsweise die unter 15-jährigen Jugendlichen mindestens 30 Prozent einer Gesamtgesellschaft ausmachen, besondere Gruppendynamiken wirksam werden, die Gewalt, Rassismus und Antisemitismus fördern.

Der Lösungsvorschlag von Kretschmann gegen dieses Phänomen, das besonders unter den Asylsuchern der letzten Jahre sehr ausgeprägt ist, weil dort Männer und überwiegend junge Männer dominieren, jugendliche Asylbewerber präventiv räumlich getrennt und auf dem Land unterzubringen, ist zielführend.

Noch zielführender wäre es, wenn man solche gewaltbereiten, antisemitischen und rassistischen Asyltrickser gar nicht erst ins Land ließe, wo man sie wegen vernichteter Dokumente jahrewenn nicht gar jahrzehntelang nicht abschieben kann. Diesbezüglich hat sich gerade wieder die Partei von Ministerpräsident

> Kriminelle Asylsucher suchen Schutz in der Anonymität der Stadt

Kretschmann, die Grünen, als Blockadepartei entpuppt. Just an dem Tage, an dem Kretschmann die Idee einer Präventivdeportation ins Gespräch brachte, wollten gerade die grünen Bundesratsdelegierten die nordafrikanischen Länder, aus denen die meisten der jugendlichen Intensiv-Asyltrickser kommen, nicht als sichere Herkunftsländer anerkennen. Damit hätte Deutschland ein Signal in diese Länder, in denen der Anteil der Jugend an der Gesellschaft bei 50 Prozent liegt und der Anteil der arbeitslosen Jugendlichen noch höher ist, senden können, dass die Grenze erreicht ist.

So werden sich weiterhin vom Islam bestärkte, gewaltbereite, antisemitische, rassistische junge Männer aus Nordafrika, die nur von den Behörden ihrer Länder verfolgt werden, weil sie kriminell sind, mit dem Zauberwort „Asyl“ nach Deutschland aufmachen, um solche Taten zu begehen wie in Freiburg oder vor zwei Jahren in Köln.

Freiburgs parteiloser Oberbürgermeister Martin Horn stimmte Kretschmann zu, dass „junge testosterongesteuerte geflüchtete Männer eine Risikogruppe darstellen“. Wie Kretschmann erklärte auch er, dass „Großstädte für solche Leute wegen der Anonymität attraktiv sind, weil sie dort Gleichgesinnte treffen“. Deutschland habe vor einigen Jahren mit dem Königsteiner Schlüssel einen hochentwickelten Asylsucherverteilungsquotienten ausgearbeitet. Jetzt sollte man an diesen Verteilungsschlüssel unbedingt und schnellstens eine Stadt-Land- Quote und entsprechend eine geschlechtsspezifische Altersquote anhängen, um solchen Fällen wie in Freiburg vorzubeugen. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Antonio Fortunato – Die Arbeit des stellvertretenden Leiters des sechsköpfigen „Astronaut Operations Team“ am Kölner Astronautenzentrum umfasst den Kontakt zur Familie, das Essen an Bord und die Inhalte der Crew-Website, also das Wohlbefinden der Raumfahrer. Fortunato hat bislang sechs ESA-Astronauten durch die Quarantäne vor dem Start begleitet und nach der Landung in Kasachstan wieder in Empfang genommen.

Volker Schmidt – Der Architekt von „Mission horizons“ plant die einzelnen Experimente und prüft, ob und in welcher Form sie machbar und vor allem finanzierbar sind. Schmidt hat bereits Alexander Gersts erste Mission „Pale Blue Dot“ als Missionsmanager betreut. Mit den Vorbereitungen für die laufende Mission begann er im September 2015.



Beate Fischer – Als Biomedical Engineer (Biomedizin-Technikerin) gehört Fischer zum Medizinischen Team und hat die Fitness von Alexander Gerst im Blick. Ihr Arbeitsplatz ist das Europäische Astronautenzentrum in Köln. Ihr Team überwacht rund um die Uhr Vitaldaten und Umweltparameter, achtet darauf, dass Gerst sein Fitnessprogramm absolviert und seine Ruhezeiten einhält.

Norbert Illmer – Illmer gehört zu den vielen Menschen, ohne welche die laufende Mission „Horizons“ von Alexander Gerst nicht funktionieren würde. Die beiden arbeiten eng zusammen. Illmer ist für das Astronautentraining verantwortlich. Er hat dafür gesorgt, dass Alexander Gerst die Experimente und Systeme auf der ISS sowie in einer „Sojus“-Kapsel genau kennt. Illmer ist seit der D2-Shuttle-Mission aus den 1990er Jahren beim DLR.



Berti Meisinger – Meisingers Arbeitsplatz ist im Missionskontrollzentrum Oberpfaffenhofen. Als Missionsdirektorin ist sie Alexander Gersts Ansprechpartnerin, wenn es um die Experimente auf der ISS geht. Sie ist seit elf Jahren zuständig für die Experimente im europäischen „Columbus“-Modul. Meisinger ist auch für die Flugfreigabe jedes Experiments verantwortlich. Sie begleitete bereits vorher die deutschen Astronauten Gerhard Thiele und Thomas Reiter.

Zum Wohle der Menschheit

Forschung im All – Erstmals ein Deutscher als Kommandant auf der Weltraumstation

Die Internationale Raumstation ist mehr als nur ein Außenposten der Menschheit im All. Sie ist ein Experimentallabor, in dem durch die Schwerelosigkeit wissenschaftliche Versuche möglich sind, die auf der Erde nicht durchgeführt werden könnten. Die Arbeit auf der ISS zielt nicht so sehr auf den Weltraum, sondern primär auf die Erde.

Mit Alexander Gerst, der am 8. Juni 2018 zusammen mit der US-Amerikanerin Serena Auñón-Chancellor und dem russischen Kosmonauten Sergej Prokopjew auf der Internationalen Raumstation (International Space Station, ISS) eintraf, hat die Station erstmals einen deutschen Chef. Am Tag der Deutschen Einheit übernahm er das Kommando vom NASA-Astronauten Andrew Feustel. Gersts Aufenthalt im Erdorbit wird voraussichtlich eine Woche länger dauern, weil beim „Sojus“-Start am 11. Oktober die zweite Stufe der Trägerrakete versagte. Die „Sojus“-Kapsel mit zwei Kosmonauten an Bord konnte notlanden, steht aber somit für den Rückflug von Gerst und seinen beiden Crewkameraden vorerst nicht mehr zur Verfügung.

Für Gerst ist es der zweite Aufenthalt auf der ISS. Und auch dieser Aufenthalt ist vollgepackt mit wissenschaftlichen Experimenten und technischen Arbeiten. Allein 41 der 300 Experimente kommen aus Deutschland. Vorbereitet wurden sie vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), in der Industrie sowie von deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auch Experimente von Schülern sind darunter. Die Versuche decken eine breite Palette von Forschungsthemen ab. Viele sollen helfen, das Leben auf der Erde zu verbessern und den menschlichen Körper besser zu verstehen. Andere beschäftigen sich mit zukünftigen Langzeitmissionen im All.

> Die Arbeit zielt weniger auf das All als auf die Erde

Das Immuno-2-Experiment untersucht, welchen Einfluss Stress auf das menschliche Immunsystem hat und wie er dieses möglicherweise schwächt. Das Experiment verbindet biochemische und psychologische Faktoren – etwa den Stress durch Arbeit in der Isolation, hohe Arbeitsbelastung und unregelmäßigen Schlaf. Mit den Erkenntnissen aus dem Immuno-2-Experiment lassen sich möglicherweise neue Therapien entwickeln.

„Myotones“ nimmt den menschlichen Körper genauer unter die Lupe. Das Weltraum-Experiment auf der ISS überwacht die grundlegenden mechanischen Eigenschaften der Skelettmuskulatur, um Veränderungen aufgrund der fehlenden Schwerkraft zu untersuchen.

Denn die Schwerelosigkeit hat Auswirkungen auf den menschlichen Körper. Ohne ständiges Fitnesstraining würde die Muskulatur der Raumfahrer nicht nur erschlaffen, sondern sich zurückbilden. Das Skelett leidet, weil der Körper Knochenmasse abbaut. Weltraummediziner wollen diese Prozesse besser verstehen. Bislang lassen sie sich nur verzögern, aber nicht aufhalten. Jeder Flug zu entfernteren Himmelskörpern birgt also das Risiko massiver körperlicher Schäden für die Raumschiffs-Besatzung in sich.

Aber auch für die irdische Medizin sind diese Erkenntnisse wichtig. „Dank dieser Forschung lernen wir zum Beispiel, Krankheiten wie Krebs, Immunschwäche oder Muskel- und Knochenschwund besser zu verstehen“, erläutert Markus Braun, beim DLR Programmverantwortlicher für humanphysiologische und biologische Forschung unter Weltraumbedingungen.

Für ihre tägliche Arbeit auf der ISS bekamen die Astronauten einen Robot-Assistenten. Das Hilfssystem CIMON entstand aus der Zusammenarbeit zwischen dem DLR-Raumfahrtmanagement, Airbus und IBM. CIMON ist ein kugelförmiger, mit künstlicher Intelligenz ausgestatteter Robot-Assistent, der den Astronauten zur Hand gehen soll. Er wiegt rund fünf Kilogramm. Die Abkürzung CIMON steht für „Crew Interaktive Mobile Companion“. CIMON hat etwa die Größe eines Medizinballs und bewegt sich mit 14 kleinen, verkleideten Propellern durch die Station. Er verfügt über Kameras, Mikrofone und externe Displays. Außerdem kann CIMON sprechen.

Außeneinsätze wird CIMON jedoch nicht durchführen. Der Robot-Assistent ist ein Prototyp für zukünftige künstliche Helfer im All.

Friedrich List

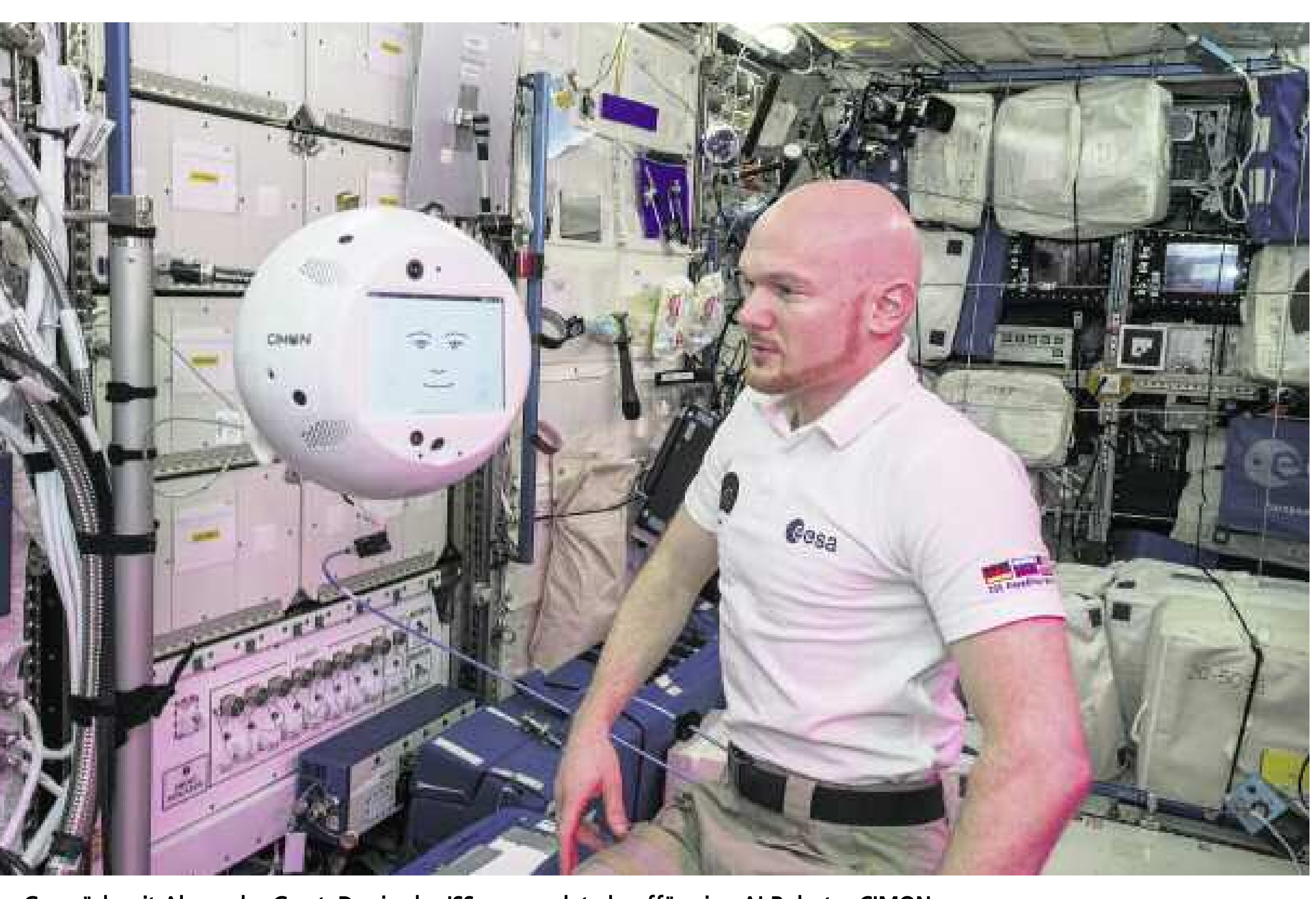
Was kommt nach der ISS?

Die Internationale Raumstation umkreist mittlerweile seit etwas über zwei Jahrzehnten die Erde. Seit dem Jahr 2000 ist sie ständig besetzt. Bis heute waren 230 Raumfahrer aus 20 Ländern dort oben. Obwohl sie im Prinzip noch viele Jahre genutzt werden könnte, wird sie möglicherweise schon in vier bis fünf Jahren genauso enden wie die anderen Raumstationen vor ihr – durch mehr oder weniger kontrollierten Absturz. Dann nämlich laufen die Verträge zwischen den Betreiberländern aus. Bislang konnten sie sich nicht auf eine gemeinsame Linie bei der weiteren Nutzung einigen.

Die Station ist das Produkt einer anderen Epoche – der Zeit unmittelbar nach Ende des Kalten Krieges, als es so aussah, als hätten die wichtigsten Nationen der Erde endlich zu einer dauerhaften Form friedlicher Koexistenz gefunden. Das hat sich mittlerweile geändert. Die USA zeigen wenig Neigung, die Station über das Jahr 2025 hinaus zu finanzieren. Auch die anderen Partner mögen sich nur bis 2024 festlegen. Rein technisch gesehen erreichen die meisten Komponenten 2028 das Ende ihrer Lebensdauer. Zudem diskutieren Experten und Politiker in den USA darüber, entweder die ISS zu privatisieren oder aber eine Nachfolgestation von vornherein von der Privatwirtschaft betreiben zu lassen.

> Veränderte politische Rahmenbedingungen

Nun möchten aber gerade die USA die bemannte Raumfahrt zum Mond wieder aufleben lassen und erwägen auch bemannte Flüge zum Mars. Es wäre möglich, dass die NASA sich für die Raumflüge, aber gegen eine permanente Raumstation in einer Kreisbahn um die Erde entscheidet. Immerhin kostet der Unterhalt der ISS die NASA drei bis vier Milliarden US-Dollar im Jahr. Für die Europäer könnte sich die Frage stellen, entweder tatsächlich eine eigene Raumstation zu bauen oder aber intensiver mit Russland und China zusammenzuarbeiten. Denn mit dem Ende der ISS wird China das einzige Land mit einer eigenen Raumstation sein. *F.L.*



Im Gespräch mit Alexander Gerst: Der in der ISS verwendete kopfförmige AI-Roboter CIMON Bild: Imago

Ein Produkt der Harmonie

Die ISS entstand in der Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges

Die ISS ist ein Produkt der Epoche internationaler Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges. In den 1990er Jahren einigten sich die USA, Europa, Russland, Japan und Kanada auf den gemeinsamen Bau eines neuen orbitalen Außenpostens.

Zwar hatte Russland seine Raumstation „Mir“ auch anderen Nationen geöffnet, aber Kapazitäten und Lebensdauer der Station waren begrenzt. Zudem tat sich das wirtschaftlich instabile Russland schwer damit, die Station und die bodengebundene Infrastruktur zu unterhalten. Aber auf die Möglichkeit, im All zu forschen, mochte keiner verzichten.

Die USA hatten mit der Raumstation „Freedom“ und die Europäische Weltraumorganisation (European Space Agency, ESA) mit der Raumstation „Columbus“ sowie dem Raumgleiter „Hermes“ eigene Projekte verfolgt. Die waren aus finanziellen Gründen aufgegeben worden.

Also brachte jede Partnernation ihre Kapazitäten und Erfahrungen ein. Russland verfügte über die meisten Erfahrung beim Betrieb von Raumstationen und bei bemannten Langzeitmissionen. Die US-Raumfahrtbehörde NASA verfügte mit ihren fünf Raumfähren über ein leistungsfähiges Transportsystem. Die Bundesrepublik konnte durch die Vereinigung mit der DDR im Rahmen der ESA eine einzigartige Mittlerposition einnehmen. Deutsche Raumfahrer hatten sowohl als Teilnehmer sowjetischer wie US-amerikanischer Missionen bereits Erfahrungen gesammelt.

> Kanada, Russland, Japan, Europa und die USA Hand in Hand

Das erste Modul der ISS, die russische Kontrolleinheit „Sarja“, wurde am 20. November 1998 ins All geschossen. Wenig später folgte das US-Verbindungsmodul „Unity“. Im Sommer 2000 wurde das erste Wohnmodul angekoppelt, danach das erste Bauteil der äußeren Gitterstruktur. Die erste Besatzung kam am 2. November 2000 mit einem „Sojus“-Raumschiff an. Shuttle-Flüge und russische Trägerraketen brachten weitere Elemente in den Orbit, so am 11. Februar das europäische Forschungslabor „Columbus“. Im Laufe der Jahre wurde die Station erweitert, zuletzt 2016 um einen neuen Kopplungsadapter und 2017 um ein Röntgenteleskop. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Die Müllkippe der Nation

Brandenburgs Behörden kämpfen verzweifelt gegen den Boom illegaler Deponien



Müllschiebern ist kaum auf die Schliche zu kommen: Neben legalen Deponien wie hier in Schwanebeck überziehen auch illegale Müllkippen ganz Brandenburg

Bild: ddp

Überforderte Kontrollbehörden und ein Kompetenz-Wirrwarr haben dazu geführt, dass sich Brandenburg zu einem Paradies für Müllschieber entwickelt hat. Die Sanierung illegaler Deponien könnte die Steuerzahler Hunderte Millionen Euro kosten.

Wie groß Brandenburgs Probleme mit der illegalen Entsorgung von Abfällen mittlerweile sind, macht eine Karte auf dem Blog „Muellrausch.de“ sichtbar. Der Journalist Michael Billig, der sich intensiv mit dem Thema beschäftigt, listet auf der Karte 125 illegale Abfalllager zwischen Uckermark und Lausitz auf. Eine Schätzung geht dahin, dass in Brandenburg mindestens drei Millionen Tonnen Müll illegal entsorgt wurden. Zum Vergleich: In Berlin fielen im Jahr 2017 etwa 828 000 Tonnen Hausmüll an.

In Brandenburg abgekippt wurden über Asbest und alte Autoreifen auch Krankenhausmüll, Bauschutt und Klärschlamm. Mit dem Berg an illegalem Müll werden sich die Steuerzahler auf erhebliche Kosten einstellen müssen. „Muellrausch.de“ beziffert die Entsorgungskosten für die Räumung der illegalen Lager mit 467 Millionen Euro.

Die Müllberge sind nicht nur eine Gefahr für das Grundwasser. Immer wieder geraten Deponien in Brand, entwickeln sich Großfeuer, die über Tage wüten. Unweit von Bernau brannte im Oktober 2004 eine Deponie mit illegalen Abfällen ganze sechs Tage lang. Allein die Beseitigung des Brandabfalls kostete die Stadt Bernau 1,3 Millionen Euro. Auch ein Deponiebrand in Neuendorf im November 2011 sorgte für Aufsehen: Der brennende Müll verursachte derart dicke Rauchschwaden, dass es auf einer nahegelegenen Autobahn zu einer Massenkarambolage kam.

Die märkischen Behörden agieren bislang eher hilflos im Kampf gegen die illegale Müllentsorgung. Dabei spielen gleich mehrere Faktoren eine Rolle. Wie in vielen brandenburgischen Behörden fehlt es auch beim Landesamt für Umwelt (LfU) an Personal, um effektiv kontrollieren zu können, was auf den offiziell genehmigten Müllkippen wirklich abgeladen wird. Bei den problematischen Deponien liegt oft legaler Müll neben illegalem.

Vollends unübersichtlich wird es, wenn Deponieflächen von mehreren Entsorgungs- und Recyclingfirmen genutzt werden. Eine Rolle spielt zudem, dass sich verschiedene Behörden für zuständig, oder aber eben für nicht zuständig betrachten können. Das Landesumweltamt ist für die Kontrolle der von ihm selbst genehmigten Deponien verantwortlich. Landkreise und Städte müssen sich wiederum um die illegalen Deponien kümmern. Geht es um ausgebeutete Tagebaue, die mit Bauschutt verfüllt werden sollen, kommt zudem das Amt für Bergbau ins Spiel.

Auch der Kampf der Strafverfolgungsbehörden gegen die illegale Müllentsorgung gleicht dem Wettlauf zwischen Hase und Igel. Die Ermittler müssen mithilfe von Wirtschaftsprüfern und Gutachtern einen immensen Aufwand betreiben, um den Müllschiebern auf die Schliche zu kommen. Polizei und Staatsanwaltschaften stoßen regelmäßig auf unübersichtliche Firmengeflechte und auf Geschäftsführer, die lediglich als Strohmänner agieren.

> Haftstrafen sind selten, Drahtzieher oft nicht zu fassen

Die Drahtzieher sind dagegen oft nicht zu fassen. Reihenweise gehen zudem beteiligte Firmen in die Insolvenz. Am Ende bleiben dann Land, Kreise und Kommunen auf den Kosten für den illegal entsorgten Müll sitzen. Kommt es nach den aufwendigen Ermittlungen zu Verurteilungen, dann ist der Antritt einer Haftstrafe eher selten. Am Ende vieler Prozesse stehen Geldstrafen oder aber eine Haftstrafe, die zur Bewährung ausgesetzt werden.

Die Lage in Brandenburg könnte sich noch weiter verschärfen, denn die Rede ist davon, dass das Land vor einem Deponie-Boom stehe. In Deutschland werden in den kommenden Jahren mehrere Hundert Deponien das Ende ihrer Betriebsdauer erreichen. Gleichzeitig bleibt der Bedarf an Lagerstätten hoch. Deutschlandweit fallen jedes Jahr rund 400 Millionen Tonnen Abfälle an. Mehr als die Hälfte dieses Müllbergs besteht aus Bauabfällen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung besteht eine hohe Nachfrage nach Müllkippen. In Brandenburg befinden sich derzeit mehr Deponieprojekte im Planungsstadium als in jedem anderen Bundesland.

Eines der geplanten Projekte im Landkreis Potsdam-Mittelmark sorgt derzeit ganz besonders für Diskussionen. In der Fresdorfer Heide plant ein Unternehmen, einen ehemaligen Kiestagebau in eine Deponie für Bauschutt umzuwandeln. Endet das laufende Genehmigungsverfahren mit einem positiven Bescheid, könnte hier Brandenburgs zweitgrößte Bauschuttdeponie entstehen. Das Vorhaben wird von Vertretern der Gemeinde Michendorf und einer regionalen Bürgerinitiative abgelehnt. Als Argument führen die Gegner des Großprojekts nicht nur die Nähe zum einem Landschaftsschutzgebiet an. Bereits vor einigen Jahren soll eine Recyclingfirma illegal Gewerbe- und Industriemüll in die Kiesgrube gekippt haben. *Norman Hanert*

Das ist der Gipfel!

Von Vera Lengsfeld

Berlin hat seit Jahren ein Problem mit kriminellen Clans. Das sind in der Regel Großfamilien mit bis zu 500 Mitgliedern. Zwanzig davon soll es in der Hauptstadt geben, keineswegs nur in Neukölln oder im Wedding, den bekannten Problemgebieten, sondern auch im bürgerlichen Charlottenburg.

Hier besitzen die Familien mit Wurzeln im Libanon oder der Türkei Immobilien und Geschäfte. Hier sind die Shisha-Bars, in denen sie sich treffen und Geschäfte machen, nicht selten auch illegale. Etwa die Hälfte der Familien wird von der Polizei beobachtet, zehn davon allein in Neukölln.

Die Verbrechen, die Mitglieder dieser Familien begangen haben sollen, machen immer wieder Schlagzeilen: Besonders spektakulär war der Überfall auf das Pokerturnier im Berliner Hyatt-Hotel 2010. Einträglich war der Raubüberfall auf die Schmuckabteilung des Kaufhauses KaDeWe 2014. Aber auch vor Museen wurde nicht halt gemacht. Bei einem Einbruch ins Bode-Museum 2017 war eine 100 Kilogramm schwere Goldmünze die Beute. Letztere ist nie wieder aufgetaucht. Man vermutet, dass sie längst eingeschmolzen worden ist.

Aufregung gab es, als bekannt wurde, dass Clanmitglieder eine Polizeilaufbahn starteten. Die Polizeischule zu absolvieren, war kein Problem. Dort wurden die Aufnahmebedingungen und die Prüfungskriterien so abgesenkt, dass auch Prüflinge durchkamen, die ihren Prüfungstext zwar ablesen, aber keine Fragen dazu beantworten konnten. Schon vor Jahren wurde vom Vorgänger des heutigen Innensenators Andreas Geisel (SPD) eine Aufarbeitung der Skandale an der Polizeischule versprochen, wo weibliche Studenten im besten Fall ignoriert, im schlimmsten Fall gemobbt wurden. Gehört hat man seitdem wenig.

Nun ist Senator Geisel mit einem neuen Plan an die Öffentlichkeit getreten.

Berlin soll ein Abwehrzentrum gegen kriminelle Clans bekommen. Ein Konzept dafür will er beim ersten Berliner „Clan-Gipfel“ Ende November vorstellen. Bei diesem Treffen sollen künftig regelmäßig mehrere Senatoren zusammenkommen, um ein behördenübergreifendes Vorgehen gegen kriminelle Großfamilien abzustimmen.

Die Idee ist kühn, es steht aber zu befürchten, dass sie nie umgesetzt wird. Die Clanmitglieder in Berlin werden weiter nicht viel zu befürchten haben, wenn sie mit ihrem Mercedes Sozialhilfe abholen kommen.

Roter Klotz zerfällt

Linkspartei will marodes Thälmann-Denkmal sanieren lassen

Das 1986 in Ost-Berlin errichtete 13 Meter hohe Ernst-Thälmann-Denkmal ist marode und abrissreif. So könnte das nachgeholt werden, was 1989/90 versäumt wurde: das Monumentalstandbild des KPD-Führers zu entfernen. Aber die Berliner Landesregierung, an der auch die aus der SED hervorgegangene Linkspartei beteiligt ist, will das Denkmal sanieren lassen. Die unter dem Linkspartei-Senator Thomas Lederer stehende Kulturverwaltung will rasch Fakten schaffen und keine Debatte zulassen. Der Sprecher der Senatskulturverwaltung, Daniel Bartsch: „Es muss rasch gehandelt werden“ und das sei „jenseits aller Diskussionen.“ Es werden 150 000 Euro Kosten für eine Restaurierung veranschlagt.

Das Denkmal war von 1981 bis 1986 durch den sowjetrussischen Bildhauer Lew Kerbel geschaffen worden. Es besteht aus etwa 200 Einzelteilen. Eine gesamte Jahresbronzeproduktion der DDR wurde dafür benötigt. Erich Honecker weihte es 1986 höchst selbst zum 100. Geburtstag Thälmanns ein. 1990/91 hatte eine vom Senat eingesetzte Historikerkommission empfohlen, das Denkmal zu schleifen. Aber das Vorhaben geriet in Vergessenheit. Damals regierte eine CDU/SPD-Regierung in Berlin. Heute herrschen andere politische Verhältnisse. 2013 zog die FDP-Jugendorganisation „Junge Liberale“ zum Thälmann-Denkmal und forderte dessen Beseitigung.

> Kritiker: »Aktiver Gegner der Demokratie« soll weg

Ernst Thälmann wurde von der DDR-Nomenklatura als Märtyrer verehrt. Er war von 1925 bis 1933 Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und an mehreren blutigen Putschversuchen gegen die Weimarer Republik beteiligt. Später zog er gegen die Sozialdemokraten als Hauptfeind zu Felde. Die Nationalsozialisten inhaftierten ihn bald nach der Machtergreifung. In der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes lieferte Hitler auf Bitten Stalins einige linke politische Häftlinge an die Sowjetunion aus. An Thälmann hatte Stalin offenbar kein Interesse. Nach elf Jahren Haft wurde er 1944 von den Nationalsozialisten im KZ Buchenwald ermordet.

FDP-Fraktionssprecher Jean-Paul Neuling protestierte gegen die Sanierungspläne. Ein Denkmal für einen „aktiven Gegner der Demokratie“ habe „in der Freiheitsstadt Berlin“ nichts mehr zu suchen. CDU-Generalsekretär Stefan Evers überlegte, man solle nicht gleich Geld in den Koloss stecken, sondern „erst mal in Ruhe überlegen, was wir am besten mit ihm anstellen“. *Frank Bücker*

Bizarrer »Skandal«

Attacke auf JUler wegen eines Volkslieds

Eine Reisegruppe der Jungen Union aus Hessen hat am 9. November Aufsehen erregt. In der Kneipe „Zur Quelle“ im Berliner Stadtteil Wedding stimmte die Reisegruppe das Lied vom „Schönen Westerwald“ an. Die „Bild“-Zeitung hat darin einen Skandal entdeckt, nachdem die jüdische Künstlerin Mia Linda Alvizuri Sommerfeld die CDU-Nachwuchsaktivisten mit dem Handy gefilmt hatte.

Noch 2010 hatte „Bild“ mit der Sammelkassette „Die schönsten Oktoberfest-Hits“ selbst für das Lied geworben. Nun titelte das Blatt: „Junge Union grölt Wehrmachtslied!“ Tatsächlich entstand das Lied 1932 und wurde von Angehörigen des Freiwilligen Arbeitsdienstes während der Weimarer Republik gedichtet.

Bis 2017 stand der „Schöne Westerwald“ im offiziellen Liederbuch der Bundeswehr, bis Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) es entfernen ließ.

> Bis 2017 im Liederbuch der Bundeswehr

Die grüne Berliner Lokalpolitikerin June Tomiak bekundete ihre „Fassungslosigkeit“ über die JUler. „Bild“ zitiert zudem einen Zeugen, der auch homosexuellenfeindliche Sprüche in der „Quelle“ gehört haben will. Das veranlasste den Lesben- und Schwulenverband zu einer Protesterklärung.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg, Klaus-Peter Willsch, verteidigte seinen Parteinachwuchs. Auf seiner Facebook-Seite nannte er das Westerwald-Lied am Dienstag „ein Volks- und Wanderlied“, das weit über die Grenzen des Westerwaldes sehr beliebt sei. „Es ist kein Wehrmachtslied, sondern eine Liebeserklärung an unsere Heimat.“ *F.B.*

Reformationstag auch für Berlin

Schon im Frühjahr verkündete der Berliner Senat, dass ein zusätzlicher gesetzlicher Feiertag eingerichtet werden solle. Nun zeichnet sich ab, dass der „Internationale Frauentag“ oder der Reformationstag dazu erhoben wird. In einer gemeinsamen Erklärung der Evangelischen Kirche und den Arbeitgebern heißt es: „Eine einheitliche Regelung in der Metropolregion käme sechs Millionen Menschen zugute und wäre für viele Arbeitnehmer und nicht nur für Familien ein Zugewinn an Lebensqualität und Verlässlichkeit, denn viele müssen ihr Berufs- und Arbeitsleben über Bundesländergrenzen hinweg gestalten“. Bisher war der Reformationstag nur in Brandenburg arbeitsfrei. Die SPD beschloss auf ihrem Landesparteitag hingegen, dass der 8. März, also der „Internationale Frauentag“, arbeitsfrei werden solle. Dafür ist inzwischen auch die Linkspartei, die zuvor für den 8. Mai plädiert hatte. Die FDP wollte gar keinen neuen Feiertag einführen. *F.B.*

MELDUNGEN

Weitere Staaten gegen UN-Pakt

Reval – Auch Estland, Polen und Israel werden dem UN-Migrationspakt (GCM) nicht beitreten. Wie Estlands Regierungschef Jüri Ratas mitteilte, hat man sich in der Koalitionsregierung nicht auf eine Zustimmung einigen können. Justizminister Urmas Reinsalu von der konservativen Partei „Pro Patria“ fürchtet, dass aus dem Pakt internationales Gewohnheitsrecht wird. Kurz zuvor hatte auch Bulgarien seine Ablehnung des GCM bekanntgegeben. Neben den vier Staaten wollen auch die USA, Tschechien, Österreich, Ungarn und Australien dem Pakt fernbleiben. Der GCM soll am 11. Dezember im marokkanischen Marrakech unterzeichnet werden. Die deutsche Bundesregierung will dem Pakt mit Unterstützung aller Bundestagsparteien bis auf die AfD zustimmen. *H.H.*

Macron rutscht immer tiefer

Paris – Der französische Präsident Emmanuel Macron rutscht in den Beliebtheitswerten immer tiefer. Laut einer Umfrage im Auftrag des Magazins „Paris Match“ erzielt er nur noch bei 33 Prozent der Franzosen Zustimmung, acht Punkte weniger als einen Monat zuvor. Mittlerweile hat ihn sogar sein unbeliebter sozialistischer Vorgänger François Hollande mit 36 Prozent überholt. Der einst in Affären verstrickte Bürgerliche Nicolas Sarkozy darf sich über 39 Prozent Zustimmung freuen. Vor allen dreien rangiert die Ex-Ministerin und erfolglose sozialistische Präsidentschaftskandidatin Ségolène Royal. Ihr fliegen die Sympathien von 47 Prozent der Franzosen zu. Derzeit macht der französischen Regierung ein landesweiter Aufstand gegen Steuererhöhungen auf die ohnehin stolzen Spritpreise das Leben schwer. Blockaden überziehen das Land. *H.H.*

Verharren im Status quo

Selbsternannte Volksrepubliken Donezk und Lugansk behalten nach der Wahl ihre bisherigen Anführer

Am 11. November wurde in der Ostukraine in den Separatisten-Republiken Donezk und Lugansk das Staatsoberhaupt neu gewählt. Während die USA und die EU die Wahlen als illegal und als „Farce“ bezeichneten, besiegelte Russland deren Rechtmäßigkeit.

Was haben Kartoffeln, Kohl und Möhren mit der Wahl eines Staatsoberhaupts zu tun? In der selbsternannten Volksrepublik Donezk sehr viel: Am Wahltag, dem 11. November, mussten die Wähler mit vergünstigten Lebensmitteln, geschenkten Freiminuten von Mobilfunkanbietern und weiteren Geschenken offenbar in die Wahllokale gelockt werden. In Lugansk sah es ähnlich aus.

Nach vier Jahren Krieg und Entbehrung ahnt die Bevölkerung im Donbass offenbar, dass sie zwischen Baum und Borke sitzt. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist desolat. Die erwartete Hilfe aus Moskau ist weitgehend ausgeblieben (siehe Seite 8), und von der Ukraine fühlen sie sich verraten: Erst versuchte Petro Poroschenkos Regierung sie ihrer russischen Sprache zu berauben, dann stellte die ukrainische Regierung Gehalts- und Rentenzahlungen für in den Rebellengebieten lebende Bürger ein und verhängte eine Blockade für ostukrainische Waren. Alles Maßnahmen, die kaum dazu geeignet sind, die Reintegration der Rebellengebiete in die Ukraine zu befördern. Die anhaltend schwierige Lage verschärft die Skepsis der Menschen gegenüber den Machthabern in Kiew.

Doch auch vor der Wahl ihres Oberhaupts am 11. November zeigten sich zahlreiche Menschen im Donbass desillusioniert. Sie sagten, dass sie nicht wählen gehen wollten, weil der Wahlausgang schon feststehe und die Ostukraine ohnehin aus Moskau gelenkt werde. Erstmals trat das Offensichtliche, vom Kreml bisher stets geleugnet, mehr oder weniger offen zu Tage: Sowohl Leonid Pasetschnik, Moskaus Kandidat für die Lugansker Volksrepublik, als auch der russische Duma-Abgeordnete Andrej Kosenko sprachen darüber, dass die Wahlen dem eingeschlagenen Kurs der Integration der Republiken in Russland dienten

Nach dem Tod des bisherigen Präsidenten der Donezker Volksrepublik, Alexander Sachartschenko, der am 31. August dieses Jahres einem Anschlag auf ein Restaurant zum Opfer gefallen war, hatte man vorgezogene Neuwahlen für nötig gehalten, um seinem Nachfolger Denis Puschilin die Legitimation für den Chefposten zu sichern. Puschilin soll bei undurchsichtigen Geschäften einiger großer Firmen beteiligt gewesen sein. Seit Beginn der Kampfhandlungen im Donbass sitzt er im Donezker Parlament, Er nahm als Sprecher an den Minsker Friedensverhandlungen teil, und ihm wird nachgesagt, in ständigem Kontakt mit Moskau zu stehen.

In Lugansk wären eigentlich keine Wahlen notwendig gewesen, aber man wollte gleichziehen. Der dortige Präsident Leonid Pasetschnik war bis zum Krieg ein hochangesehener Offizier, arbeitete für den ukrainischen Geheimdienst und widerstand der Korruption. Im Ukrainekrieg stellte er sich auf die Seite der Aufständischen. Beide Kandidaten gelten als vom Kreml gesetzt. Erwartungsgemäß erhielten sie je über 60 Prozent der Stimmen.

> Erstmals war offen von Integration in Russland die Rede

Zu beiden Kandidaten gab es keine echten Alternativen. Auf den Wahllisten befanden sich nur einige Zählkandidaten ohne besondere Qualifikation. Es handelte sich um Museumsleiter, Ingenieure oder Rentner, die bisher kaum mit Politik in Berührung gekommen waren. Die völlig unbekannten Kandidaten erzählten auf Wahlveranstaltungen von ihrer Jugend, lasen Gedichte vor und sangen sogar Lieder, nur über Politik sprachen sie nicht. Der einzige ernstzunehmende Kandidat, Alexander Chodakowskij, wurde mit allen Mitteln daran gehindert, auf die Wahlliste zu gelangen

Unter diesen Voraussetzungen zeigten die Bürger im Donbass wenig Begeisterung über die Wahlen: „Welchen Sinn hat es wählen zu gehen, wenn schon vor den Wahlen Puschilin als Sieger gilt? Um einen Rabatt auf die Mobilfunkrechnung zu bekommen, wie es meine Nachbarn gemacht haben? Das ist erniedrigend“, so ein Bewohner von Gorlowkij.

Es überwog die Überzeugung, dass kein Kandidat würdig sei: „Ich denke, in Moskau wurde auch ohne uns schon entschieden, wer gewinnt und wer verliert. Deshalb mache ich bei diesem Theater nicht mit“, schimpfte eine Bewohnerin von Donezk.



Wahllokal in Donezk: Das staatliche „Treibhaus“-Unternehmen bietet zur Feier des Tages Gemüse zum Sonderpreis an Bild: Imago

Dass die Wahlbeteiligung dennoch mit 77 Prozent in Lugansk und 80 Prozent in Donezk vergleichsweise hoch war, liegt daran, dass gerade Mitarbeiter großer Firmen oder der Verwaltung gezwungen wurden, wählen zu gehen. Eine Mitarbeiterin der Donezker Stadtverwaltung erzählte Reportern von „Rosbalt“, vor der Wahl habe der Chef eine Versammlung abgehalten und allen Angestellten gesagt, sie müssten am Sonntag wählen gehen. Zwar sei ihnen nicht befohlen worden, wen sie zu wählen hätten, aber alle hätten hingehen müssen. Die Teilnahme sei kontrolliert worden.

Die Wahl in der Ostukraine hatte kaum eine andere Funktion als den Status Quo zu bekräftigen. Für die enttäuschten Bürger wird sich kaum etwas ändern. Weder ist mit einer baldigen Reintegration in die Ukraine zu rechnen noch mit einer Integration als russische Teilrepubliken. Vor den gewählten Politikern stehen vordergründige Aufgaben. Sie müssen das soziale und wirtschaftliche Gefüge der Region wiederherstellen. Noch genießen sie Kredit bei der Bevölkerung, da erste Erfolge bereits zu verzeichnen sind. Die Menschen haben wieder Arbeit, und die Industrie erholt sich langsam. Aufgrund der scharfen Sanktionspolitik, die Kiew gegen die eigenen Landsleute im Osten betreibt, gibt es aber keinen Absatzmarkt für Produkte der Separatistengebiete. Selbst wenn weitere Fabriken wieder in Betrieb gehen sollten, bleibt das Problem bestehen. Es kann nur im Rahmen der Minsker Verträge gelöst werden.

Die Ostukrainer blicken erwartungsvoll nach Kiew. Denn, so die Meinung vieler: „Solange nicht klar ist, wer die Wahl in der Ukraine gewinnt, wird sich bei uns nichts ändern. Siegt ein Kandidat, der loyal gegenüber Russland ist, werden die Volksrepubliken einen Autonomiestatus innerhalb der Ukraine erhalten, siegt ein Nationalist, dann gibt es Krieg.“

Puschilin werden die größten Chancen auf Verhandlungen mit Kiew eingeräumt, da er ein Politiker sei, an dessen Händen kein ukrainisches Blut klebe. Es wächst die Hoffnung, dass die Ukraine mit den nun gewählten Republikchefs über Frieden verhandeln wird.

Manuela Rosenthal-Kappi

Keine Bruderliebe für den Jemen

Der vom Krieg geschundene Wüstenstaat erhält keine Hilfe von den arabischen Nachbarn

Seit der Arabellion im Jahr 2014 herrscht im Jemen ein Krieg zwischen schiitischen Huthi-Rebellen und den vom sunnitischen Saudi-Arabien und anderen reichen Golfstaaten unterstützten Truppen des selbsternannten Präsidenten Mansur Hadi. Nach UN-Angaben sind im Konflikt bereits rund 10 000 Menschen getötet worden, die meisten davon Zivilisten. Weitaus mehr Kinder sind jedoch in dieser Zeit infolge von Unterernährung und Krankheiten gestorben.

Seit Januar nähern sich die Kämpfe den dichtbesiedelten Gebieten des Jemen, der mit 30 Millionen weit mehr Einwohner hat als Syrien. Die Kämpfe konzentrieren sich seit Monaten auf die Hafenstadt Hodeida, über die alle Hilfsmittel ins Land kommen. Die USA haben nun angekündigt, die Betankung von Kampfjets der von Saudi-Arabien geführten Allianz zu stoppen. Saudi-Arabien teilte über seine Botschaft in Washington mit, dass es bei der Luftbetankung keine Hilfe mehr benötige.

Die Vereinten Nationen sprechen von der größten humanitären Katastrophe der Welt. Hilfsorganisationen sind in Sorge um die Lage der Zivilisten in dem Bürgerkriegsland. Alle zehn Minuten stirbt im Jemen ein Kind. Die Vereinten Nationen hatten im Oktober gewarnt, dass im Jemen 14 Millionen Menschen von Hunger und Seuchen bedroht seien.

Das Welternährungsprogramm kündigte an, seine Lebensmittelhilfen verdoppeln zu wollen, um diese Menschen mit Essen zu versorgen. Das bedeute eine „riesige Menge“ finanzieller Mittel. Diese Mittel kommen jedoch nicht von den reichen Golfstaaten. Bald könnte aber jede Hilfe für die unter Bombardements leidenden Zivilisten zu spät kommen, wenn die Gewalt in dem Land nicht sofort endet.



Von der Welt ignorierte Rauchzeichen: Krieg im Jemen Bild: Imago

Bislang hat noch kein Hilfswerk an die Solidarität der Araber oder der Muslime appelliert. Das schlechte Gewissen der Westeuropäer, gerade wegen der Waffenlieferungen, scheint ergiebiger zu sein.

Dabei fühlt sich Saudi-Arabien mit seinen heiligsten Stätten des Islams gerade auch religiös als Vorbild für alle Muslime weltweit. Immerhin beten alle Muslime Richtung Mekka, das im westlichen Saudi-Arabien liegt. Aber der religiöse Ruf des Landes hat nicht erst seit dem Mord an Jamal Khashoggi sehr gelitten.

Am Krieg gegen den Jemen beteiligen sich die Staaten des Kooperationsrates der Arabischen Staaten des Golfes mit Ausnahme von Kuwait, Katar und Oman. Jetzt wurde bekannt, dass aus Katar, mit Israels Erlaubnis, Millionen von US-Dollars in Koffern nach Gaza transportiert wurden. Dabei wäre der Jemen wesentlich näher als Gaza, von Katar aus. Über einen Flughafen verfügt der Gazastreifen ja nicht und die Grenze zu Ägypten ist geschlossen.

Mit dem Geld soll nicht etwa die Not der Bevölkerung in Gaza, die es auch gibt, gelindert werden, sondern die Beamten der islamischen Hamas bezahlt werden, die den Konflikt mit Israel am Kochen halten. Die Hamas, die Gaza kontrolliert, wird von Israel, der EU und den USA als Terrororganisation eingestuft. Deshalb konnte das Geld nicht einfach so überwiesen werden. An bis zu 40 000 Beamte und Kämpfer der Hamas, die in den vergangenen Monaten nur zum Teil bezahlt wurden, wurde das Geld bereits ausbezahlt.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hatte die Gehälter gekürzt, nachdem die USA wegen der unkooperativen Haltung der Palästinenser ihre Hilfsprogramme gekürzt hatten. *Bodo Bost*

Feindliche Bücher

Peking untergräbt Autonomie Hongkongs

Tiefe Ernüchterung beherrscht inzwischen die Bevölkerung von Hongkong, seit in den vergangenen Jahren insgesamt sechs Buchhändler spurlos verschwanden und später von einem Gericht irgendwo in China bestraft wurden. Das gilt als klarer Verstoß gegen das 1997 ausgehandelte Autonomierecht der Stadt.

Es geht dabei primär um ein Buch, das frühere Ansichten Xi Jinpings beinhaltet, die ihm heute peinlich seien. Angeblich stammt es von seinen zwei Rivalen Bo Xilsei und Zhou Youngkamp, die Xi inzwischen töten ließ. Bekannt ist, dass aber auch andere Peking-feindliche Bücher seit einiger Zeit in das Riesenreich geschmuggelt werden. Oft dürften sie von verfeindeten Lagern innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas kommen, die interne Informationen über die jeweiligen Gegenspieler veröffentlichen. Andere wollen indes von einer großen Desinformationskampagne der psychologischen Kriegsführung Taiwans oder der USA sprechen – möglich ist bekanntlich nahezu alles.

Tatsache ist, dass viele Touristen aus der Volksrepublik die Bücher in Hongkong kaufen und auch höhere Parteikader sie über Mittelsmänner erhalten. Die Zahl dieser Untergrundschriften ist kaum abzuschätzen, sie dürfte nicht gering sein. Ihre Einschleusung dauert trotz aller Behinderungen seitens der Volksrepublik weiter an.

Die heutige Situation in der 7,3-Millionen-Stadt ist dadurch gekennzeichnet, dass Anführer von Demonstrationen von chinesischen Geheimpolizisten in aller Öffentlichkeit verhaftet werden und verschwinden. Unbequeme Auslandsjournalisten werden neuerdings aus Hongkong ausgewiesen.

Der einstige britische Gouverneur Chris Patten beklagte erst kürzlich in einem Interview, er glaube, der Plan Xi Jinpings bestehe darin, „dass Leute, die sich für mehr Demokratie in Hongkong oder für größeren Respekt gegenüber der Hongkonger Autonomie einsetzen, jederzeit damit rechnen sollen, dafür eingesperrt zu werden“. Eine alarmierende Entwicklung.

Neueste Umfragen zeigen, dass fast 70 Prozent der Bürger mit der politischen Situation unzufrieden sind, unter den bis 30-Jährigen sogar 80 Prozent. Zunehmend tauchen in Hongkong Flugblätter auf mit dem Aufruf „Lets go to Taipeh!“ Doch kaum ein Hongkonger kann sich eine gefährliche und kostspielige Flucht auf den Inselstaat Taiwan leisten.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Arbeitsplatzkiller Europäische Union

Arbeitnehmer und Arbeitgeber einig in der Ablehnung der CO_2-Reduktionsziele der Eurokraten für Lkw

Die Pläne der Europäischen Union für den Kohlendioxidausstoß von Lastwagen sind ehrgeizig. In der Wirtschaft wächst dagegen die Angst. Betriebsräte sprechen bereits von einem Spiel mit dem Schicksal Zehntausender Arbeitnehmer.

Am vergangenen Mittwoch entschieden die Abgeordneten in Straßburg über den Vorschlag ihres Umweltausschusses, den Kohlendioxidausstoß von Lastwagen in den kommenden zwölf Jahren um weitere 35 Prozent zu senken. Bei Verstößen drohen ungewöhnlich hohe Strafzahlungen – so hoch, dass sie „selbst große Nutzfahrzeughersteller in ihrer Existenz bedrohen könnten“, wie der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Bernhard Mattes, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte.

Für die Parlamentarier in Straßburg und die Vertreter der EU-Kommission in Brüssel haben die Klimaziele allerdings erst einmal Vorrang. „Die Regelung macht die großen Verschmutzer auf der Straße für mehr Klimaschutz verantwortlich“, erklärte der niederländische Grünen-Abgeordnete Bas Eickhout. Im Transportbereich steige der Ausstoß des angeblich klimaschädlichen Kohlendioxids weiter. Laut EU-Kommission ist er heute um 19 Prozent höher als 1990, weil immer mehr Waren auf der Straße transportiert werden.

Für die Association des Constructeurs Européens d'Automobiles (ACEA, Europäischer Automobilherstellerverband), der auch die Lkw-Hersteller Daimler, MAN, Scania, Volvo und Iveco angehören, ist dies aber nur ein Teil der Wahrheit. Der Lastverkehr wachse zwar, das meiste davon rolle aber über die Straßen. „Aber Lastwagen machten gerade mal fünf Prozent des CO_2-Ausstoßes insgesamt aus“, heißt es in einer Mitteilung.

In seltener Einmütigkeit hatten Firmenchefs und Betriebsräte bis zum Schluss versucht, die Regelung doch noch zu stoppen. „Mit einer solchen Entscheidung setzt die EU Zehntausende Jobs alleine in Deutschland aufs Spiel, warnte beisspielsweise Daimler-Betriebsratschef Michael Brecht und erhielt Unterstützung von MAN-Betriebsrat Saki Stimoniaris: „Wenn es das Ziel der Europäischen Kommission und der EU-Parlamentarier ist, die europäische Nutzfahrzeugindustrie zu zerstören, dann handelt sie richtig.“

Die Branchenführer erklären, dass sich die Forschung seit Jahren bemühe, die Lastkraftwagen immer sparsamer zu machen. Jeder

Umwelt-Aktivisten wie die Grünen-Politikerin Rebecca Harms sehen das anders: Busse zum Beispiel fahre ja jeden Tag zuverlässig auf derselben Strecke und zumeist auch nicht so ganz lange Strecken. Und deshalb ist die Betankung, die Wiederaufladung der Batterien sehr viel einfacher möglich. Für schwere Lastkraftwagen, die ebenfalls auf vorhersagbaren Strecken fahren, ist es auch leichter eine Elektrifizierung zu schaffen“, erklärte sie gegenüber dem „Deutschlandfunk“.

wiederum wäre Gift für das arbeitsteilige Wirtschaftssystem, „weil ganze Wertschöpfungsketten verlagert werden könnten“.

Unterstützung bekamen die Politiker in Straßburg und Brüssel naheliegenderweise seitens der in Konkurrenz zur Straße wirtschaftenden Schiene. Bei der Deutsche-Bahn-Tochter DB Schenker sprach man sich kurz vor der anstehenden Entscheidung des EU-Parlaments für weitergehende Kohlendioxidreduktionsziele bei Nutzfahrzeugen ab 7,5 Tonnen aus. „Da

schrittweise auf Elektromobilität umzustellen. Danach sollen bis 2030 alle Fahrzeuge bis 3,5 Tonnen auf elektrische Antriebe oder Brennstoffzellen umgestellt werden.

Auch wenn das EU-Parlament am vergangenen Mittwoch letztlich zustimmte. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht getroffen. „Die Richtlinie geht ja dann noch in den Trilog und da könnte es auch wieder Änderungen geben, die die Werte nach unten schrauben. Also das letzte



Auch bei MAN fürchtet man um Arbeitsplätze bei der Nutzfahrzeugproduktion: Mitarbeiter beim Zusammenbau eines Fahrgestells bei der MAN Truck and Bus AG in München

Bild: action press

gefahrene Kilometer sei eine Betriebsausgabe, die man alleine schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen so gering wie möglich halten möchte. Die von der Politik angestoßene Umrüstung auf Elektroantrieb scheint mittelfristig keine Option für die Wirtschaft zu sein. „Auf absehbare Zeit ist so etwas nicht marktfähig, sagte VDA-Chef Mattes: „Tonnenschwere Akkus, lange Ladezeiten, notwendige Parkplätze und Ladesäulen, ich wüsste nicht, wie man das innerhalb von ein paar Jahren logistisch lösen könnte.“

Betroffen von der Regelung seien ohnehin nur schwere Lastwagen, also solche die mehr als 16 Tonnen wiegen. „Diejenigen, die wir als so kleine Transporter in der Stadt sehen, die wurden bereits in der Pkw-Richtlinie reguliert“, sagte Harms. Aus der Wirtschaft kam umgehend Widerspruch zu dieser These. Es treffe nicht nur Lastwagenbauer, sondern die gesamte Volkswirtschaft in Europa, weil Gütertransport teurer werde, sagte Daimler-Vorstand Martin Daum der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das

geht mehr und da muss mehr gehen“, sagt Jochen Thewes, Vorstandsvorsitzender der Schenker AG. „Der Umstieg auf elektrifizierte Antriebe auf Basis erneuerbarer Energien muss dringend beschleunigt werden.“ Er sprach sich für ambitioniertere Kohlendioxidreduktionsziele für Nutzfahrzeuge von 20 Prozent bis 2025 und 35 Prozent bis 2030 aus. Im Rahmen des Beitritts zur globalen Klimainitiative EV 100 hatte DB Schenker sich kürzlich dazu entschieden, die eigene Fahrzeugflotte im Verteilerverkehr bereits

Wort wird heute nicht gesprochen. Widerstand gegen die Richtlinie gibt es von der Fraktion der Konservativen und Reformer, und auch Teile der Europäischen Volkspartei sind damit unzufrieden. Man muss wissen, dass ähnlich wie bei den Autos die Richtlinie zweigeteilt ist. Einerseits ist ein Reduktionsziel vorgesehen in Etappen: Bis 2025 eine Reduktion von 20 Prozent im Vergleich zu 2019. Und für das Jahr 2030 dann die 35 Prozent“, erklärte Paul Vorreiter, Korrespondent des „Deutschlandfunks“ in Brüssel. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Ölfirmen wollen in Euro handeln

Moskau – Russische Ölfirmen wollen ihre Ölverkäufe in wesliche Länder nicht mehr in Dollar, sondern in Euro abrechnen. Gazprom Neft und Surgutneftegaz bauen in die neuen Lieferverträge für 2019 Strafklauseln ein, mit denen die Europäer am Risiko neuer US-Sanktionen beteiligt werden sollen. Insgesamt strengt Moskau Bemühungen an, sich zunehmend von der Dollar-Abhängigkeit zu befreien. Die russische Zentralbank stockte in der Vergangenheit ihre Goldreserven kräftig auf und verkaufte US-Schatzanleihen. Mit China und anderen BRICS-Staaten hat Russland erfolgreich erste Geschäfte unter Verwendung der Landeswährungen abgeschlossen. *MRK*

Fonds erwarten fallende Kurse

New York – Die großen Anlagefonds halten die aktuellen Aktienkurse offenbar für überhöht. Darauf deutet eine Umfrage von US-Großbanken bei internationalen Fondsmanagern hin. Danach haben die großen Fonds ihren Bargeldanteil seit Juli von 4,7 auf 5,1 Prozent erhöht. Das heißt, sie horten Geld, weil sie niedrigere Kurse bei Aktien erwarten, zu denen sie dann kaufen wollen. Der langjährige Mittelwert des Bargeldanteils beträgt 4,5 Prozent. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.933.069.655.490 €
Vorwoche: 1.933.117.129.280 €

Verschuldung pro Kopf:
23.349 €
Vorwoche: 23.350 €

(Dienstag, 20. November 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Gigafabrik« für die Lausitz?

Altmaier will die Batteriezellen-Produktion massiv subventionieren

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will mit einer Milliarde Euro die Errichtung von Batteriezellen-Fabriken für Elektroautos fördern. Nach einem Treffen mit EU-Energiekommissar Maroš Šefcovic sagte Altmaier, die Förderung solle nach den EU-Beihilferegelungen erfolgen. Diese erlauben staatliche Beihilfen für einzelne Firmen, wenn dies mit europäischen Zielen bei der Wirtschaftsentwicklung begründet werden kann.

Die EU hat vor einem Jahr ein Projekt mit dem Ziel gestartet, in Europa Fabriken für Lithium-Ionen-Zellen aufzubauen, sodass im nächsten Jahrzehnt ein gutes Drittel der weltweiten Batteriezellenproduktion aus Europa stammt. Hintergrund der Brüsseler Pläne sind Befürchtungen, den Anschluss an eine Schlüsseltechnologie zu verlieren und für immer von asiatischen Lieferanten abhängig zu sein.

Nach den nun bekanntgewordenen Plänen des Bundeswirtschaftsministers könnten bis 2021 als Anschubfinanzierung eine Milliarde Euro an Subventionen für den Aufbau von Fertigungsanalgen fließen. Pro Batteriezellenfabrik soll es um 1000 bis 2000 Arbeitsplätze gehen.

Mehrere Bundesländer haben bereits ein Interesse signalisiert, Standort einer Batteriezellenfabrik zu werden, und zwar Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, das Saarland, Sachsen-Anhalt, aber auch Sachsen und Brandenburg. Immer öfter wird inzwischen die Lausitz als möglicher Standort genannt. Im Zuge des geplanten Kohleausstiegs werden in den sächsischen und brandenburgischen Braunkohlerevieren Tausende Arbeitsplätze

> Der Minister für Wirtschaft denkt an eine Millarde Euro

und eine jährliche Wertschöpfung von 1,5 Milliarden Euro wegfallen.

Laut Bundeswirtschaftsminister Altmaier geht es mittel- und langfristig um mehrere Standorte. Nachgedacht wird dabei offenbar auch über eine Kooperation mit Frankreich, Polen oder Österreich. Bereits im September hatte Altmaier nach einem Besuch in Warschau eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen bei der Zellenproduktion angekündigt.

Altmaier gibt sich zuversichtlich, dass sich bereits um die Jahreswende 2018/2019 ein erstes Batteriezellenkonsortium in Deutschland etablieren wird. Schon im Jahr 2021 könne mit der Produktion von Batteriezellen in europäischen „Gigafabriken“ begonnen werden. Der Minister sagte anlässlich einer „Vernetzungskonferenz Elektromobilität“, die vor Kurzem in Berlin stattgefunden hat: „Das Interesse ist riesig, Teil eines der drei möglichen Konsortien zu werden.“ Als ein mögliches Konsortium gilt ein Bündnis zwischen dem Batteriehersteller Varta, dem Chemiekonzern BASF und dem Autobauer Ford.

Die großen deutschen Autobauer und auch Zulieferer waren bislang eher zurückhaltend, wenn es um den Aufbau einer eigenen Batteriezellenherstellung ging. Nötig sind zum einen hohe Investitionen, zudem dürfte es schwierig werden, kostengünstiger zu produzieren als die bereits auf dem Markt etablierten Hersteller aus China und Südkorea. Bislang stammt ein Großteil der in Europa verbauten Zellen aus asiatischer Fertigung. Auch die deutschen Autobauer setzen die Batteriemodule für E-Autos bisher aus Zellen zusammen, die sie bei Herstellern in Ostasien kaufen. *Norman Hanert*

Von wegen »Übernahme«

Die Industriegas-Hersteller Linde und Praxair fusionieren

Nach den EU-Wettbewerbsbehörden hat auch deren US-amerikanisches Pendant, die Federal Trade Commission (FTC, Bundeshandelskommission), die Fusion des deutschen Industriegaseherstellers Linde AG mit dessen ebenfalls börsennotierten US-Konkurrenten Praxair genehmigt. Mit dem Zusammenschluss entsteht der größte Industriegase-Konzern der Welt. Zur Sicherung des Wettbewerbs hat die FTC die Bedingung gestellt, dass beide Konzerne große Teile ihres Geschäfts an Konkurrenten verkaufen. Immerhin ist der neue Industriegase-Konzern mit einem Anteil von 24 Prozent am Markt mit deutlichem Abstand zum französischen Konkurrent Air Liquide Weltmarktführer im Bereich Industriegase.

Insbesondere Arbeitnehmervertreter übten scharfe Kritik an der Zusammenlegung der beiden Unternehmen. Der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, sagte: „Dieser Zusammenschluss rechnet sich nicht – weder für die Aktionäre, noch für die Beschäftigten, noch für den Industriestandort Deutschland.“ Aus Sicht der Gewerkschaft sind wegen der Auflagen der Kartellbehörden und der Kostensenkungen, die den Aktionären versprochen wurden, mehr Arbeitsplätze gefährdet, als bislang dargestellt wird. Das Unternehmen beschäftigt in Deutschland rund 7000 Mitarbeiter, davon die Hälfte im Raum München. Der deutschen Belegschaft wurde eine Standort- und Beschäftigungsgarantie bis zum Jahr 2021 gegeben.

Insbesondere der Anlagenbau von Linde könnte auf längere Sicht zum Verkauf stehen. Die Sparte Anlagenbau erwirtschaftet zwar verlässlich Umsatzrenditen, gemessen an den Maßstäben, die bei

> Starke Zweifel an der behaupteten künftigen Parität

Praxair gelten, dürfte das Geschäft aber uninteressant sein. Beide Unternehmen bezeichnen den Zusammenschluss als „Fusion unter Gleichen“. Viele Kommentatoren in der hiesigen Wirtschaftspresse äußern allerdings Zweifel an der behaupteten künftigen Parität. Weit verbreitet ist die Sichtweise, dass bei Linde künftig die Amerikaner das Sagen haben werden.

Das neue Unternehmen trägt zwar den Namen „Linde“, hat seinen Sitz aber nicht in Deutschland, sondern in Irland.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Linde AG, Wolfgang Reitzle, soll zwar für zwei Jahre das Amt des Chairman (Aufsichtsratsvorsitzender) ausüben, der letzte Chairman und Chief Executive Officer (CEO, geschäftsführendes Vorstandsmitglied) von Praxair und nunmehrige CEO von Linde, Steve Angel, wird jedoch mit Finanzchef Matt White faktisch die Kontrolle ausüben. Für den amerikanischen Markt soll zwar ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Linde AG zuständig sein, aber dafür soll das Europageschäft von einem ehemaligen Praxair-Manager beaufsichtigt werden.

Mit der Fusion scheint sich ein Kreis zu schließen. Der deutsche Ingenieur, Erfinder und Unternehmer Carl von Linde (siehe *PAZ* Nr. 46 vom 14. November 2009) gründete 1879 in Wiesbaden mit anderen die Gesellschaft für Linde's Eismaschinen AG, die spätere Linde AG, sowie 1907 in den Vereinigten Staaten das Unternehmen Linde Air Products. Letzteres wurde im Ersten Weltkrieg als deutsches Feindvermögen konfisziert und Bestandteil der Union Carbide & Carbon Corporation (UCC). 1989 wurde der Bereich Union Carbide Industrial Gases unter dem Namen „Praxair“ ausgegliedert. *N.H.*

Verhoben

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Russland hat viele Baustellen, die das Budget belasten. Allein der Krieg in Syrien hat umgerechnet 440 Millionen Euro gekostet. Die Modernisierung und Aufrüstung der Armee kostete in den vergangenen Jahren bis zu 60 Milliarden Euro jährlich. Erst im vergangenen Jahr wurden die Militärausgaben drastisch zurückgefahren.

Ein weiteres Problem heißt Krim. Mit der Annexion der Halbinsel hat der Kreml auch die Verantwortung für die Region übernommen, was weitere Milliardeninvestitionen bedeutet. Nicht nur die strategisch und wirtschaftlich wichtige Brücke von Kertsch hat Milliarden verschlungen, auch sieben bis acht Milliarden Euro flossen in Großinvestitionen wie die Infrastruktur. Russland trägt zwei Drittel des Haushalts der Stadt Sewastopol. Westliche Experten schätzen, dass etwa 70 bis 90 Prozent des Budgets der Volksrepubliken Donezk und Lugansk ebenfalls von Moskau getragen werden. Eine Annexion der Ostukraine und weitere Krisenherde wird der Kreml sich nicht leisten können. Russland hat sich bereits verhoben. Immense Ausgaben und die Wirkung der US-Sanktionen ließen das Wachstum auf 1,8 Prozent schrumpfen.

Belogen

Von Hans Heckel

Dies sind die Nachrichten, die das Blut zum Kochen bringen. Es kann sicher davon ausgegangen werden, dass der Kanzlerin alle notwendigen Informationsquellen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten zur Verfügung standen, als sie sich über die Vorgänge von Chemnitz informierte. Die Enthüllung des Magazins „Tichys Einblick“, herausgegeben vom früheren Chef der „Wirtschaftswoche“ Roland Tichy, zur Legende von der „Hetzjagd“ lassen daher nur einen Schluss zu: Merkel hat gelogen.

Nahezu alle Medien haben Merkels Lüge übernommen, bis hin zur „New York Times“ und andere ausländische Blätter, die ein verheerendes Bild von Deutschland zeichnen konnten mit dem Hinweis, dass die Skizze dazu schließlich aus dem deutschen Kanzleramt stamme, also glaubwürdig sei. Als der Chef des Inlandsgeheimdienstes, Hans-Georg Maaßen, die Wahrheit der Lüge gegenübergestellt hat, wurde er einer beispiellosen Kampagne ausgesetzt und aus dem Amt gejagt.

Wer wundert sich da noch über das Schimpfwort von der „Lügenpresse“? Wen kann es da erstaunen, dass erschreckend viele Deutsche, einst so staatsgläubig, zu dem düsteren Eindruck gelangt sind, das Volk werde von seiner politischen Führung „verraten“?

Vertrauen ist schnell verspielt, aber nur mühsam zurückzugewinnen. Weder Merkel noch ihre Gefolgschaft in den tonangebenden Medien scheinen sich die Folgen auszumalen, die eine solche Zerstörung von Vertrauen zeitigen kann. Die Lügen über Chemnitz sind ein Fanal, das tiefe Wunden schlägt.

Schlechte Voraussetzungen

Von Hermann Paul Winter

Bei der Bundestagsdebatte Anfang des Monats über den umstrittenen UN-Migrationspakt trat der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth als Verfechter des Paktes auf. Durch ihn würden weniger Immigranten nach Deutschland kommen, weil diese in Länder zögen, in denen die Versorgungsleistungen angehoben würden. Welche Länder dies angesichts der Unverbindlichkeit des Paktes sein würden, konnte der Honorarprofessor der Universität Heidelberg nicht beantworten. Wer den Pakt ablehne, schaffe gar die Voraussetzung dafür, dass noch mehr Immigranten nach Deutschland kämen.

Bisher galt Harbarth als eher konservativer CDU-Politiker. „Unser Herz ist weit, aber unsere Möglichkeiten sind endlich“, zitierte er Anfang des Jahres Joachim Gauck. Später kritisierte er, der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte würde einen wesentlichen Anreiz schaffen, in Deutschland Asyl zu beantragen. „Stephan Harbarth hat ähnliche Sorgen wie sie auch von der AfD genannt werden“, resümierte der Bayerische Rundfunk damals.

> Stephan Harbarth verbiegt sich wohl für eine BVerfG-Karriere

Umso erstaunlicher nun sein Plädoyer für den Migrationspakt. Dieses wirkte allerdings aufgesetzt und ließ Nervosität und Unsicherheiten erkennen. Was war geschehen?

Am Tag nach seiner Rede wurde öffentlich: Harbarth war von der CDU mit Unterstützung von SPD, FDP und Grünen für das Amt des Vizepräsidenten am Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nominiert worden. Ende November soll er in das Amt gewählt und 2020 Präsident des Gerichts werden. Dafür braucht er jeweils eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Wenn überhaupt, so könnte seine Wahl nur noch an den Grünen im Bundesrat scheitern. So war Harbarths Rede wohl eine geschmeidige Referenz an die grüne Asylpolitik, bei der er sich offenbar selbst nicht wohlfühlte.

Harbarth gelte als „parteiübergreifend konsensfähig“, interpretierte eine Tageszeitung. Wenn aber das Asylrecht Konsensfähigkeiten und Kompromissen unterworfen wird, statt ehern zu gelten, wird der Rechtsstaat der Erosion ausgesetzt.

Auch andere Bedenken stehen hinsichtlich Harbarth im Raum. Er könne als Verfassungsrichter befangen sein, weil er als ehemaliger Politiker über Gesetze werde urteilen müssen, die er mit auf den Weg gebracht habe. Außerdem bestünden bei Harbarth Interessenskonflikte, da er den VW-Konzern in der Abgasaffäre anwaltlich gegenüber Aktionären vertritt. Dieses Mandat könne seine höchstrichterliche Unabhängigkeit infrage stellen.

Wendigkeit, politische Vorbelastungen und potenzielle Befangenheit sind denkbar schlechte Voraussetzungen für das Amt des höchsten deutschen Richters.



Während der Bundestagsdebatte Anfang des Monats über den umstrittenen UN-Migrationspakt: Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Stephan Harbarth

Bild: Imago

Frei gedacht



Die Zeichen der Zeit erkennen

Von Eva Herman

Massenmigration nach Europa. Verstimmungen an den Fronten von Abendland und Morgenland. Tiefe Klüfte zwischen Christentum und Islam. Historische Zeiten. Ablehnung, Wut wachsen empor. Hüben wie drüben. Nun kann man sagen, dass es innerhalb der EU-Länder eine Menge zugewanderter türkischer und anderer muslimischer Familien gibt, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte unsere Freunde geworden waren. Viele von ihnen blieben dennoch fremde Freunde, wie auch wir für sie bis heute fremdgeblieben sind.

Andererseits gibt es nun unzählige neue Migranten, Einwanderer, Wirtschaftsflüchtlinge, und, ja, auch einige wahre Flüchtlinge, politisch Verfolgte. Von ihnen allen wissen wir nur wenig: Was ihre Kultur, ihre Religion und Tradition angeht, so tappen wir weitgehend im Dunkeln. Doch ungeachtet dessen, fast gleichgültig, winken wir weitere Millionen von ihnen ins Land: Immer nur hereinspaziert! Das innere Warnsystem der Mehrheit scheint funktionsunfähig geworden zu sein. Wirklich keine Alarmzeichen? Kaum vorstellbar.

Indes verändert sich das soziale Klima. Furcht und Sorge überlagern einstige Lebensfreude, Angst bereichert stetig das morphogenetische Feld. Historische Zeiten, fürwahr. Wer hätte derartiges vor wenigen Jahren noch vermutet? Leichtigkeit und Frohsinn liegen an der Erde, sie vermodern, verblassen, unsicher stolpert man darüber hinweg. Schon morgen ist die Erinnerung an einstiges Glück verblichen, vergessen, verweht. Morgen, was wird morgen sein?

Genauso wenig wissen viele Einwanderer, was morgen ist. Sie haben keine Ahnung davon, was wir denken, wie wir ticken, welche Gesetze hier gelten und welche Werte uns interessieren. Sie wollen überleben, wollen endlich einen Ausgleich für zurückliegendes Unrecht. Es ist nicht das Land ihrer Gönner, in welches sie hier kamen, nein, so können sie gar nicht denken. Sondern dieses Land gehört zu den angeblich reichsten der Welt, mit Geld im Überfluss, welches hier nun an sie verteilt werden soll.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

So lautete die globale Einladung jedenfalls vor wenigen Jahren, bislang wurde sie nachweislich nicht widerrufen. Sie haben das Angebot angenommen, haben ihre Heimat hinter sich gelassen, wollen hier nun Taten sehen. Wer kann es ihnen verdenken? Es ist nicht wichtig für sie, in welchem Gemütszustand sich die hier noch Ansässigen befinden, sie könnten es auch nicht verstehen. Sie fühlen sich in ihrer eigenen Gemeinschaft stark, und diese Gemeinschaft wächst täglich, stündlich. Ganze Parallel-Universen existieren inzwischen in Deutschland und Europa.

Tatsache dürfte sein, dass der Zusammenhalt der Muslime auf der ganzen Welt bedeutsam ist. Weitgehend einig scheint man sich in der grundsätzlichen Ausrichtung der auf dem Islam beruhenden Religion zu sein, das Spiel zu gewinnen. Ganz im Gegenteil zu dem inzwischen stark säkularisierten Europa. Wer aber im Glauben vereint ist, der erhält Kraft. Denn er wähnt eine höhere Macht über dem Geschehen, die ihn durch die eigene Frömmigkeit zu schützen scheint.

Die Muslime fühlen sich heute stark. Sie werden zu Eroberern, sind dabei, das Abendland einzunehmen, einige ausländische Politiker und Staatsführer sprechen dies auch offen aus. Manche inländische Politiker frohlocken merkwürdigerweise ebenso darüber, als willige Steigbügelhalter freuen sie sich offenbar auf die Übernahme. Sie müssen ausgeblendet haben, dass sie für die fremden Eroberer doch selbst zu den von ihnen verurteilten Ungläubigen zählen. Das Erkennen dürfte hart werden.

Einst waren es auch die Christen gewesen, die sich stark und überlegen fühlten. 2000 Jahre lang haben sie dies durch zuweilen ausgeprägten Fanatismus unter Beweis gestellt: Die ganze Erde fast wollten sie „zwangschristianisieren“, was man eher als „Zwangskirchianisierung“ bezeichnen müsste. Sie überzogen die Kontinente mit ihren Blutschlachten, zwängten ihnen Verfolgung, Vertreibung, Leid und Tod auf. Es ereigneten sich grauenvolle Jahre. Jahrzehnte, Jahrhunderte, immer wiederholte sich die Geschichte von Macht, Zwang und Gier.

Massen an verzweifeltem Blut floss in den vergangenen Jahrhunderten, unbeschreibliches Leid wurde auf die Erde gebracht, welches auch noch im „Namen Gottes“ ausgeführt wurde. Es wiederholte sich – und wiederholte sich abermals – und wiederholte sich erneut.

Und immer wieder geschehen auch heute noch die schrecklichsten Dinge im Namen des Höchsten, wie immer er auch in den jeweiligen Religionen bezeichnet wird. Ob es damals die Christen waren, die sich die Welt untertan zu machen suchten, oder heute islamistische Kämpfer, radikale Muslime, die jetzt kaltblütig verfolgen, vergewaltigen und morden. Von einer „Übernahme Europas“ sprechen sie immer öfter. Die Geschichte zeigt: Stets ist es Zwang, Brutalität und barbarische Unterwerfung, mit der diese Landnahmen möglich gemacht werden.

Vielleicht ist es ja die Auswirkung des ewigen Naturgesetzes der Wechselwirkung, dass das Pendel nun auf das „christliche Abendland“ zurückschlägt, welches doch schon lange nicht mehr als christlich im rechten Sinne zu bezeichnen ist. Wer weiß. Wir tun jedenfalls nicht viel, um eine Übernahme, welche von vielfacher Seite nun herannaht, etwa aufzuhalten: Denn die Europäer fühlen sich heute nicht mehr stark. Sie können nichts mehr aufhalten. Die für viele Menschen unerklärliche Politik der bedingungslosen Einwanderung beschleunigt den Niedergang nur noch. Der viel diskutierte Globale UN-Migrationspakt tut sein Letztes, um das Ende rasch herbeizuführen.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Paulus, der einst Saulus gewesen, mahnte die Christen, dass sie ihre Rechtfertigung vor Gott nicht nur durch ihren Glauben, sondern auch durch die Taten unter Beweis stellen müssten. Eine logische Aufforderung, die Martin Luther in der ganzen Tragweite in seiner Bibelübersetzung leider nicht so deutlich herausgestellt hatte. Aber sei es drum: Von irgendwelchen sinnstiftenden Taten sind wir hier in Deutschland und dem inzwischen völlig zerklüfteten Europa Lichtjahre entfernt.

Das Schicksal nimmt seinen Lauf. Das Pendel schlägt zurück. Wir sollten uns nicht wundern: Die Naturgesetze arbeiten zuverlässig, ehern, immer gleich, ewig. Europa steht im Gericht. Wie gerade erst auch Syrien. Und Libyen. Und der Irak. Und Afghanistan. Und Jugoslawien. Und, und, und.

Merkwürdig: Solange es die anderen trifft, berührt es nur wenig. Auch wenn es Hunderttausende, Millionen Menschen in fremden Ländern waren, die dabei verfolgt wurden, umkamen, deren Söhne im Krieg starben, deren Familien ausgelöscht wurden. Erst wenn die Schlinge um den eigenen Hals gelegt wird, kommt man endlich ins Nachdenken.

Spiel und Sorglosigkeit sind vorbei. Es ist endlich Zeit, sich zu rüsten, geistig sich zu rüsten. Es ist Zeit für Ewigkeitswerte. Irdischer Tand, materielle Freuden, verlockende Auszeichnungen und gesellschaftliche Orden, haben ausgedient.

Die Zeit der inneren Rüstung ist gekommen. Entdecken wir unsere innere Stimme, die uns von unserem wahren Selbst erzählen will, vom Universum, von den Gesetzen des Höchsten, von der Schönheit der Natur.

Lauschen wir der alten Melodie, die doch schon lange uns mahnt, bislang weitgehend noch ungehört. Lasst uns ins Ziel kommen: Erkennen wir die Zeichen. Es ist Zeit.

Wie im Rausch

Als es noch Warnungen vor »exzessivem Blyton-Konsum« gab – Die Autorin von Hanni, Nanni und Co.

Mit „Hanni und Nanni“ und „Fünf Freunde“ wuchsen hierzulande viele Jugendliche auf. Vor 50 Jahren starb die Schöpferin der Buchreihen: die Britin Enid Blyton.

Mit rund 750 Werken, die weltweit nach der Übersetzung in mehr als 40 Sprachen in über 600 Millionen Exemplaren verkauft wurden, zählt Blyton zu den international erfolgreichsten Autorinnen des 20. Jahrhunderts. Sie verfasste schon ab dem 10. Lebensjahr Geschichten, entwickelte sich nach ihrer Lehrer-Tätigkeit und Heirat zur erfolgreichen Schriftstellerin für Kinder und Jugendliche und stellte dabei ihre Familienbelange rigoros zurück, was zu häuslichen Konflikten führte. Mit ihren Welterfolgen, die von den Mehrteilern „Fünf Freunde“ und die „Schwarze Sieben“ über die „Hanni und Nanni“-Bücher bis zur „Dolly“-Prosa reichten, gelang ihr über ihren Tod hinaus bis in die heutige Zeit eine enorme Nachwirkung.

Blyton wurde am 11. August 1897 im Londoner Stadtteil Dulwich geboren. Ihr Vater weckte bei ihr schon früh das Interesse für die Natur, Musik und besonders für die Literatur. Dagegen hielt die Mutter nichts vom vielen Lesen. Das war in ihren Augen „Zeitverschwendung“. Daraus erwuchs schon bald ein andauernder Mutter-Tochter-Konflikt.

Blyton wuchs nach dem Umzug der Familie im Londoner Stadtteil Beckenham auf, besuchte als Tagesschülerin bis 1915 eine Mädchen-Internatsschule, fiel durch ihr „ausgezeichnetes Gedächtnis“ auf und gewann mit 14 Jahren einen Gedicht-Wettbewerb. Ihre besondere Erzählwirkung auf jüngere Kinder und die Ermutigung durch einen Herausgeber bewog sie zur Intensivierung ihrer Schreibversuche.

Nachdem der Vater die Familie wegen einer anderen Frau verlassen hatte, brach die Tochter eine Ausbildung zur Musikerin ab. Stattdessen absolvierte sie ein Lehrerseminar. Blyton arbeitete ab 1920 im Beruf, las dabei ihren Schülern eigene Prosa vor und sandte jene Geschichten, die das beste Echo hatten, an Zeitschriften. Mit Erfolg. 1922 erschien ihr erstes Buch. Dabei lernte sie Hugh Alexander Pollock kennen, einen Verlagsangestellten, den sie 1924 heiratete. Das Paar lebte fortan weiter im Umfeld von London. Blyton brachte zwei Mädchen zur Welt, gab den Lehrerberuf auf und widmete sich nach 1924 gänzlich der Schriftstellerei.

Dabei berücksichtigte sie ihr eigenes Erleben. Das reichte von Kindheitserlebnissen über Schulerinnerungen bis zu Natur- sowie Tierbegebenheiten, die in eindrucksvolle Stimmungsbilder einmündeten. Sie bevorzugte in ihren Darstellungen Kindergruppen, die auf die Hilfe der Erwachsenen verzichten, Werte wie Kameradschaft, Verschwiegenheit und Verlässlichkeit pflegen und dabei Abenteuer erleben bis dahin, dass „erwachsene Missetäter“ überführt werden. Ihre Helden sind fair, zeigen Mitgefühl für Schwache, lehnen Schleicher und Gewalttäter ab und beeindrucken durch Tierliebe.

Die handelnden Personen stammten analog zur Erfahrungswelt der Autorin aus Mittelschicht-Familien und repräsentieren eine „eigenständige Kinderwelt“. Dabei war in vielen Fällen für Leser aus ihrem Umfeld ein Wiedererkennungsmerkmal gegeben. Ein Charakteristikum für die Autorin war die Gewohnheit, ihre Geschichten in Serien anzulegen.

Doch ihre eigene Familie kam bei ihrer Buchproduktion zu kurz. Daran zerbrach ihre Ehe, die Anfang des Zweiten Weltkrieges geschieden wurde. Ihre Töchter fühlten sich vernachlässigt, was zu Kontroversen führte. Blyton heiratete 1942 in zweiter Ehe den Arzt Kennet Darrel Waters, verbot ihren Töchtern jeden weiteren Kontakt zum leiblichen Vater und widmete sich weiter der Schriftstellerei. Dazu gab sie nun auch zwei Zeitschriften heraus: „Sunny Stories“ und „Enid Blytons Magazine“. Parallel engagierte sie sich dauerhaft und in vielfältiger Form für behinderte Kinder.

In den 50er Jahren gab es in der englischen Presse Vorwürfe wegen ihrer Massenproduktion und gegen den „exzessiven Blyton-Konsum“. Die Autorin reagierte auf ihre Art: „Kritik von Leuten über zwölf interessiert mich überhaupt nicht.“

Aber auch Blyton kam an Grenzen. Ab 1961 zeigten sich bei ihr wachsende Anzeichen einer Alzheimer-Erkrankung. Sie, die für ihre Gedächtnis-Leistungen immer gerühmt wurde, hatte nun Aussetzer und war schließlich „verwirrt“. Ihr zweiter Mann pflegte sie bis zu seinem eigenen Tod 1967. Anschließend kam sie in ein Pflegeheim in Hampstead, wo sie am 28. November 1968 starb. Nach der Einäscherung wurde ihre Asche in einem Park verstreut. Danach sorgten ihre Töchter für Schlagzeilen. Während Tochter Gillian ihre berühmte Mutter jetzt verehrte, beschrieb Tochter Imogen die Mutter als „arrogant, ohne Mutterinstinkt und sehr streng“.

Nach ihrem Tod beauftragten Verlage wegen der weiterhin anhaltenden Nachfrage andere Autoren mit der Schaffung von Fortsetzungen im Stil von Enid Blyton. Blyton-Biografen hoben ihre „Schwarz-Weiß-Malerei“ als „Voraussetzung dafür hervor, die Leser zu lenken“, lobten ihre „starken Mädchenfiguren“ als „Antityp zur traditionellen Mädchenrolle“ und ihre Leistung, die Freude der Kinder am Lesen zu wecken. Es gab posthume Auszeichnungen für die Autorin und einen Film über Blytons Leben von 2009, der allerdings stark von den Aussagen der Tochter Imogen gefärbt ist. *Martin Stolzenau*

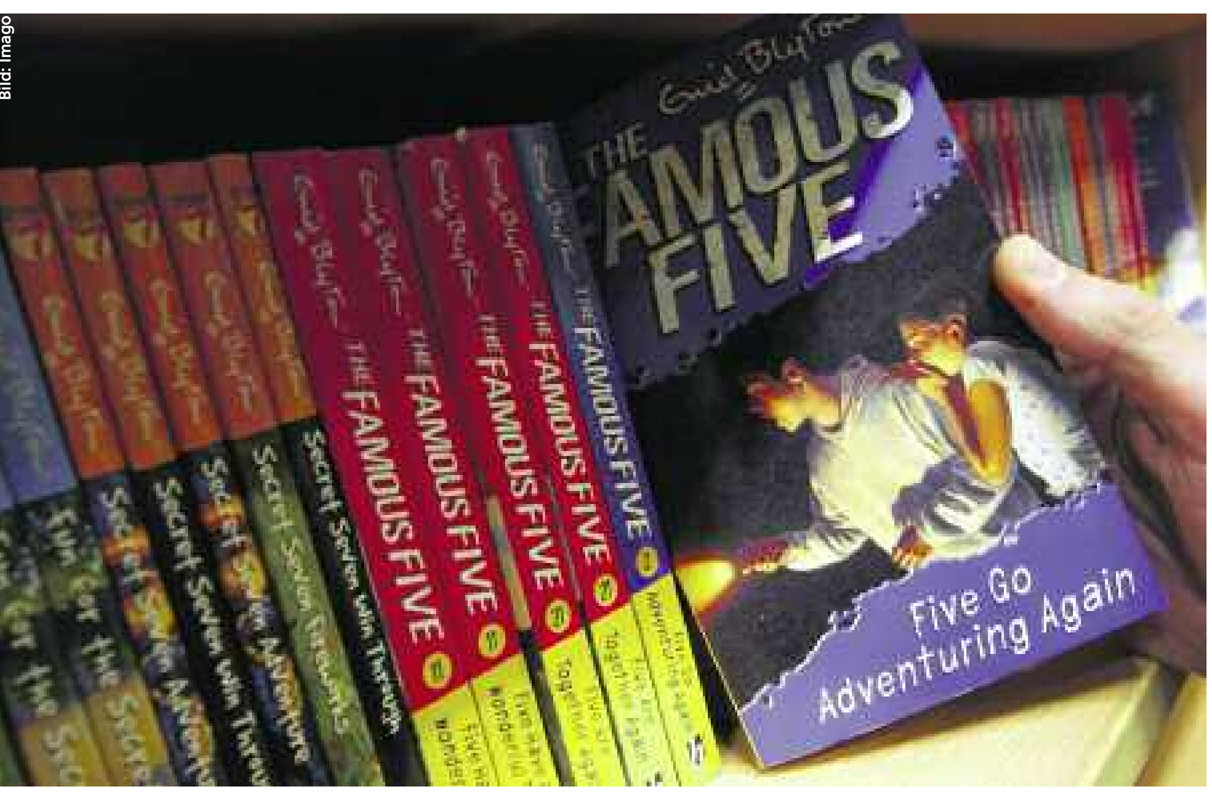


Bild: Imago

Harry Potter ohne Zauberstab: Die „Fünf Freunde“, die man in England als „Famous Five“ kennt

MELDUNGEN

Heino sagt »Tschüss«

Berlin – Nach 50 Millionen verkauften Platten und 50 Jahren Bühnenerfahrung soll für Heino Schluss sein. Der Sänger, dessen Markenzeichen die blonden Haare und die dunkle Sonnenbrille sind, feiert am 13. Dezember seinen 80. Geburtstag. Zuvor bringt er noch ein Abschiedsalbum heraus. Am 23. November erscheint „und Tschüss“. Die Doppel-CD enthält 16 Lieder, darunter ein Duett mit Wolfgang Petry sowie der Evergreen „Schwarzbraun ist die Haselnuss“ (Sony Music, zirka 18,99 Euro). *tws*

Nach Lübeck vertrieben

Lübeck – Unter dem Titel „Vertrieben – verloren – verteilt. Drehscheibe Pöppendorf 1945–1951“ beschäftigt sich eine neue Sonderausstellung im Industriemuseum Geschichtswerkstatt Herrenwyk, Kokerstraße 1–3, 23569 Lübeck, mit dem größten Flüchtlingsdurchgangslager Norddeutschlands im Waldhusener Forst. Mehr als eine halbe Millionen Vertriebene aus den Oder-Neiße-Gebieten fanden dort Aufnahme. Die bis zum 28. April 2019 laufende Ausstellung veranschaulicht das Lager durch bisher unveröffentlichtes Bildmaterial, Zeugenaussagen und wertvolle Erinnerungsstücke. Es werden die Problematik von Flucht und Vertreibung der Deutschen als unmittelbare Folgen des Krieges und die damit verbundene Bevölkerungsverschiebung aufgegriffen. Internet: www.geschichtswerkstatt-herrenwyk.de *tws*

»Namenlose Zivilfeigheit«

Kurz nach Kriegsende erschien Heinrich Manns »Der Untertan«

Vier Jahre musste Heinrich Mann warten, ehe sein Roman „Der Untertan“ in Buchform erscheinen konnte. Kaum war der Erste Weltkrieg vorbei und die Monarchie beendet, wurde seine satirische Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich vor genau 100 Jahren veröffentlicht. Der Roman des Bruders des späteren Nobelpreisträgers Thomas Mann gehört zu den wichtigsten Auseinandersetzungen mit der deutschen Geschichte im Kaiserreich des 19. und 20. Jahrhunderts und karikiert in ironischer Form am Beispiel des Untertanen Diederich Heßling das Verhältnis von kaisertreuen Bürgern und preußischem Staat.

Dass der Roman im Kurt-Wolff-Verlag als Abgesang auf eine vergangene Epoche am 30. November 1918 erschien, hat seine Vorgeschichte: Schon ab 1912 arbeitete Mann mehrere Jahre an dem Buch, das von Januar 1914 bis zum Kriegsausbruch als Fortsetzungsroman in der Zeitschrift „Zeit im Bild“ begann, aber mit Beginn des Ersten Weltkrieges der Zensur zum Opfer fiel.

Erst nach Kriegsende konnte der Roman in einer größeren Auflage in Deutschland erscheinen. Allein in den ersten vier Wochen wurden 80000 Exemplare verkauft. Neben dem bereits 1905 erschienenen Roman „Professor Unrat“, der Ende der 20er Jahre mit Marlene Dietrich unter dem Titel „Der blaue Engel“ verfilmt wurde, sollte „Der Untertan“ Heinrich Manns bekanntestes Werk werden. Kurt Tucholsky schrieb dazu 1919 in der „Weltbühne“: „Dieses Buch Heinrich Manns, heute, gottseidank, in aller Hände, ist das Herbarium des deutschen Mannes. Hier ist er ganz: in seiner Sucht, zu befehlen und zu gehorchen, in seiner Rohheit und in seiner Religiosität, in seiner Erfolgsanbeterei und in seiner namenlosen Zivilfeigheit.“

In der DDR, die 1951 gerade zwei Jahre alt war, wurde der Stoff in einem Film der DEFA unter der Regie von Wolfgang Staudte umgesetzt, in dem der bekannte Schauspieler Werner Peters die Hauptrolle übernahm. In den Nachkriegsjahren waren diese Filmpremieren noch von immenser Bedeutung, da es das dominierende Medium Fernsehen noch nicht gab. In der Bundesrepublik konnte der Film aber erst 1957 in einer gekürzten Fassung gezeigt werden. Unvergessen ist die Schlussszene, als Heßling bei seiner Rede zur Einweihung eines Kaiserdenkmals vom Gewitter überrascht wird und völlig durchnässt seine pathetischen Worte ins Leere spricht, weil das Publikum inzwischen das Trockene aufgesucht hat.

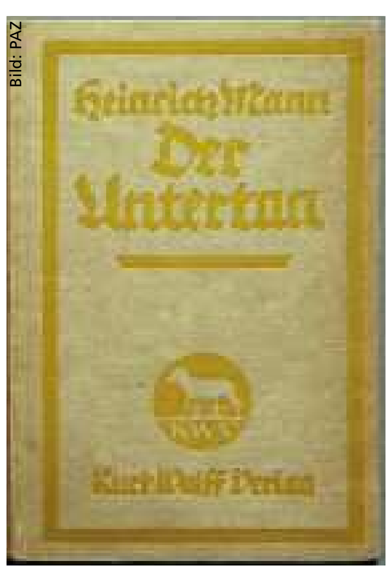


Bild: PAZ

Vor 100 Jahren erschienen: Erstausgabe des „Untertans“

Das Lübecker Buddenbrookhaus mit dem Heinrich-und-Thomas-Mann-Zentrum hat sich der Werkpflege dieser beiden Literaten seit dem vorigen Jahrhundert ständig gewidmet. Auch zum „Untertan“ gab es dort schon viele Veranstaltungen, so im Jahr 2007, als es von Mitte August bis Anfang November unter dem Titel „Vom Kaiserreich zum geteilten Deutschland“ zu Buch und Film sowie zu weiteren Literaturverfilmungen zahlreiche Veranstaltungen in der Stadt gab.

Heinrich Mann zeichnete in seinen Werken die Demokratie als eine geistige Lebensform, wofür er bis zu seinem Tod 1950 in den USA – neben seinem Bruder Thomas – in vielfältigen Veranstaltungen und Begegnungen, auch von Institutionen in Ost und West, gewürdigt wurde. Sein größtes Werk entstand im französischen Exil: ein zweibändiger historischer Roman über König Heinrich IV., einen streitbaren Humanisten. In seinem US-Exil näherte er sich ab 1945 wieder dem Literaturbetrieb in Deutschland und wurde besonders in der DDR durch einige Werkausgaben den Lesern erneut nahegebracht. Seine überführte Urne wurde am 25. März 1961 auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof in Ost-Berlin beigesetzt. *W. Dahle/tws*

Hübsche Verlockung

Kraftakt in Halle an der Saale – Museum Moritzburg zeigt Klimt

Das Kunstmuseum Moritzburg besitzt mit dem Porträt der Marie Henneberg eines von nur vier Gemälden Gustav Klimts, die deutschen Museen gehören. Die schöne Wienerin hat Gesellschaft bekommen. Neun Gemälde und rund 60 Zeichnungen Klimts sind zu ihr nach Halle an der Saale gereist. Das ist eine Sensation, weil die Besitzer seine Werke normalerweise nicht verleihen.



Bild: Kunstmuseum Moritzburg/Marcus-Andreas Mohr

Blick in Klimts Welt: Das Bild der Primavesi beherscht die Schau

Höhepunkte der Präsentation sind die Bildnisse von Damen, deren frühestes Klimts Schwester Klara (um 1880) zeigt. Die uns leicht kokett aus den Augenwinkeln anblickende junge Dame ist errötet. Dieses einnehmende Ausdrucksmittel erhob der Wiener Maler zum Markenzeichen seiner Porträts. Das zeigt aufs Schönste das Porträt Marie Hennebergs (1901/1902). Inmitten locker gesetzter, hell flirrender kurzer Pinselstriche erscheint ihr sorgsam gemaltes Antlitz. Mit dezenter Arroganz blickt die wohlhabende Dame über den Betrachter hinweg, während die geziert angewinkelten Finger der Rechten ihr Kinn stützen.

Zum Ölbild treten Vorzeichnungen, die Klimts Weg zur endgültigen Bildlösung aufzeigen. Während er mit den Zeichnungen unterschiedliche Körperhaltungen und Gesten erprobte, griff der Wiener Jugendstilkünstler für die Darstellung der Gesichter und Hände auf Fotografien zurück.

Mit seinen Damenbildnissen stieg der in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsene Klimt zu einem der bestbezahlten Maler seiner Zeit auf. Aber er war wählerisch und porträtierte nur Frauen, die ihn interessierten. Viele gehörten dem jüdischen Großbürgertum an. So auch Eugenia Primavesi. Auf einer Bleistiftzeichnung setzt der Gründungspräsident der Wiener Secession sie zunächst unvorteilhaft in Szene: Mit geballten Fäusten packt die Bankiersfrau deftig ihren Umhang. Im mit kräftigen bunten Farben ausgestatteten Porträt (1913/14) jedoch hat Klimt sie in eine hoheitsvolle Erscheinung verwandelt, die keine Miene verzieht. Aber die krallenartig angewinkelten Finger verraten ihre nervöse Anspannung.

In der immer am Attersee verbrachten Sommerfrische fand Klimt die Ansichten für seine stets quadratischen Landschaftsgemälde. Der ausgestellte „Buchenwald“ (um 1902) veranschaulicht deren Charakteristika: Das Motiv ist ausschnitthaft erfasst und weist einen hoch gelegenen Horizont auf. Weit größeres Aufsehen als die ungewöhnliche Landschaftsmalerei erregen aber damals wie heute Klimts nicht immer jugendfreie Aktzeichnungen und die erotisch aufgeladenen Jugendstil-Gemälde. Sie sind mit dem dunkeltonigen Ölbild „Irrlichter“ vertreten, in dem uns zwischen blinkenden Lichtpunkten Frauen verführerische Blicke zuwerfen. Doch Vorsicht! Der Titel warnt, dass sexuelle Verlockung mitunter tödlich enden kann. *Veit-Mario Thiede*

Bis 6. Januar im Kunstmuseum Moritzburg, Friedmann-Bach-Platz 5, Halle (Saale), geöffnet von Donnerstag bis Dienstag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 12 Euro, Infos im Internet: www.klimt2018.de

Das erste Treffen der »Großen Drei«

Auf der Konferenz von Teheran vor 75 Jahren ging es außer um die Kriegführung auch um die Nachkriegsordnung

Zwischen Dezember 1941 und Februar 1945 verständigten sich die Führungsmächte der Anti-Hitler-Koalition auf 15 größeren Kriegskonferenzen. Dabei stellte das Gipfeltreffen in Teheran vor 75 Jahren insofern eine Zäsur dar, als es erstmals zum persönlichen Zusammentreffen der „Großen Drei" Stalin, Churchill und Roosevelt kam und darüber hinaus nun auch die Probleme des kommenden Friedens nach dem Sieg über Deutschland stärker in den Vordergrund zu rücken begannen.

Ende 1943 gab die militärische Lage den Alliierten durchaus Anlass zu Optimismus. Sowjetische Großoffensiven an der Ostfront hatten zu erheblichen Geländegewinnen geführt, die deutschen U-Boot-Rudel im Nordatlantik erzielten immer geringere Versenkungserfolge, Italien war auf die eigene Seite übergewechselt, angloamerikanische Truppen standen sowohl auf Sizilien als auch auf der Apenninen-Halbinsel und schließlich musste das japanische Kaiserreich seine Hauptverteidigungslinie gegen die USA bis zu den Marianen und Westkarolinen zurückverlegen. Aus diesem Grunde lag es nahe, nicht nur über weitere militärische Maßnahmen, sondern auch über die politische Zukunft der Kriegsgegner in der Zeit nach dem Sieg zu beraten. Diesem Zweck dienten die Konferenz von Kairo vom 22. bis 26. November 1943, in der er es vor allem um das Schicksal Japans ging, und anschließend die von Teheran.

Die Metropole im Iran eignete sich insofern perfekt als Tagungsort, als das Land seit August 1941 unter sowjetischer und britischer Besatzung stand. Trotzdem hatten vorher Josef Stalin, Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt intensiv darüber diskutiert, wo ihr erstes persönliches Zusammentreffen stattfinden solle. Im Gespräch gewesen waren auch ein Kreuzer im Mittelmeer, die türkische Hauptstadt Ankara, Habanija bei Bagdad und Asmara in Eritrea. Am Ende konnte sich jedoch Stalin mit seinem Vorschlag durchsetzen, woraufhin ihm gleich noch ein zweiter Coup gelang. Unter Verweis auf angebliche Attentatspläne der deutschen Abwehr überredete der Kreml-Chef den US-Präsidenten unmittelbar vor Beginn der Konferenz am 28. November 1943 dazu, im Gästehaus der sowjetischen Botschaft zu wohnen statt in der abgelegenen und schwerer zu sichernden US-amerikanischen Vertretung. Das verschaffte dem in Teheran mit 3000 Mann präsenten sowjetischen Geheimdienst NKWD die Möglichkeit, sämtliche internen Gespräche der US-Delegation abzuhören und Stalin jeden Morgen über deren Inhalt in Kenntnis zu setzen. Bis heute wird darüber gerätselt, warum Roosevelt derart fahrlässig handelte – vielleicht sollte dies eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber Stalin sein, der ständig befürchtete, von seinen westlichen Partnern hintergangen zu werden, vielleicht war es aber auch nur Ausdruck seiner Naivität gegenüber dem sowjetischen Diktator.

Der militärische Teil der Besprechungen endete am 30. November, dem 69. Geburtstag des britischen Premierministers Churchill, und zwar sehr zur Zufriedenheit Stalins. Endlich hatte er eine konkrete Zusage in der Tasche, was das mehrfach versprochene angloamerikanische Landungsunternehmen in Frankreich betraf. Dessen Beginn wurde nun verbindlich auf den Mai 1944 festgesetzt. Zugleich konnte der sowjetische Diktator die Pläne Churchills durchkreuzen, auch im östlichen Mittelmeer und auf dem Balkan Offensiven zu starten. Naheliegenderweise war ihm klar, dass es dem Engländer darum ging, die Region, in der schon viele kommunistische Partisanen operierten, nicht zu einem Hinterhof der UdSSR werden zu lassen. Stalins Verhandlungserfolg in dieser Frage resultierte nicht zuletzt aus der mangelnden Unterstützung Churchills durch Roosevelt. Dem war es augenscheinlich wichtiger, sich das Wohlwollen des roten Diktators zu sichern, damit dieser später in den Krieg gegen Japan eintrete und an der Verwirklichung seiner Nachkriegs-Visionen in der Tradition seines Vorgängers Woodrow Wilson mitwirke. Dafür nahm der US-Präsident sogar eine mehrfache Brüskierung seines Verbündeten Churchill in Kauf. So zum Beispiel, als Stalin den Premierminister provokant fragte, ob er die Russen betrügen wolle, und später sehr zum Missfallen Churchills wodkaselig die summarische Erschießung von 50 000 bis 100 000 deutschen Offizieren ohne jedwedes Gerichtsverfahren anregte. In dieser Situation versuchte Roosevelt, scheinbar humorvoll zu schlichten, indem er einwarf, man könne sich ja bestimmt auch mit 49 000 Exekutionen zufrieden geben.

Hinsichtlich der Zukunft Deutschlands bestanden zwischen den „Großen Drei" in den weiteren Beratungen, die bis zum 1. Dezember 1943 andauerten, anfänglich ebenfalls Differenzen, die aber durch diverse Kompromisse überwunden wurden. Während Roosevelt den Plan entwickelte, Deutschland in fünf autonome Einzelstaaten zu zerstückeln, plädierte Churchill dafür, die süddeutschen Staaten von Preußen abzutrennen und an eine „Donau-Konföderation" anzuschließen. Stalin wiederum wollte verhindern, dass Deutschland sich nach dem Kriege militärisch wie wirtschaftlich erholt und verlangte daher ähnlich wie Roosevelt eine maximale Zersplitterung sowie strengste Strafen und Kontrollen. Am Ende delegierten die Verhandlungsführer die Lösung des Problems kurzerhand an die European Advisory Commission (EAC, Beratendes Komitee für Europa), einen von den Außenministern der „Großen Drei" eingesetzten diplomatischen Ausschuss mit Sitz in London.

Was Polen anging, wollte Stalin das sogenannte Ostpolen behalten, das Polen nach dem Gewinn des Polnisch-Sowjetischen Krieges 1921 annektiert und die Sowjetunion sich nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag 1939 zurückgeholt hatte. Für den erzwungenen Verzicht auf das mehrheitlich nicht von Polen bewohnte „Ostpolen" sollte Polen mit einem großen Teil des ebenfalls mehrheitlich nicht von Polen bewohnten Ostdeutschland entschädigt werden, was auf eine neue Westgrenze Polens im Bereich der Oder hinauslief. Nach kurzem Sträuben gaben Churchill und Roosevelt ihr Einverständnis.

Wenn Polen nach Westen rücke und „dabei auf einige deutsche Zehen tritt", meinte der britische Premier, dann „kann man das nicht ändern". Gleichermaßen anerkannten die beiden Angelsachsen noch einmal Stalins Ansprüche auf den nördlichen Teil Ostpreußens einschließlich Königsberg und bestätigten damit die Beschlüsse der Außenminister der UdSSR, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten auf deren Moskauer Treffen vom 19. bis 30. Oktober des Jahres.

Trotz persönlicher Animositäten und zutage getretener Meinungsunterschiede in wichtigen Sachfragen markierte die Konferenz von Teheran einen kurzen Höhepunkt des weitgehenden Einvernehmens zwischen den Führungsmächten der Anti-Hitler-Koalition. Dabei offenbarte sie aber zugleich, dass dauerhafte Harmonie zwischen den drei Großmächten im Bereich des Illusorischen lag. Insofern gehörte das Treffen mit zu den entscheidenden Schritten hin auf dem Weg zum späteren Kalten Krieg.

Wolfgang Kaufmann



Während der Teheran-Konferenz: Franklin D. Roosevelt, Winston Churchill und Josef Stalin auf der Dinner Party im viktorianischen Salon der britischen Botschaft in Persien aus Anlass des 69. Geburtstags des britischen Premierministers

Bild: Getty

Ist »mehr Europa« beim Militär eine Lösung?

Die Erfahrungen mit Grande Armée, Europäischer Verteidigungsgemeinschaft und Europa-Jeep gemahnen zur Vorsicht

Als Reaktion auf die aktuelle Krise fordert das Establishment „mehr Europa" oder – um es nüchterner zu formulieren – eine Vertiefung der Integration in der EU. Dabei soll der militärische Bereich nicht ausgenommen werden. Das Neueste ist die Forderung des französischen Präsidenten nach einer europäischen Armee für das 21. Jahrhundert.

Der historisch Interessierte fühlt sich an die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) des 20. Jahrhunderts und die Grande Armée des 19. Jahrhunderts erinnert. Die beiden unterscheidet, dass es die Grande Armée wirklich gab, während die EVG im Planungsstadium stekkenblieb. Ansonsten weisen die beiden jedoch bemerkenswerte Parallelen auf. Beide französischen Projekte sahen eine multinationale Armee vor, in denen die Deutschen Soldaten stellen, ohne angemessen an der strategischen Führung beteiligt zu sein. Großbritannien und Russland waren wohlweislich nicht dabei, da bei deren politischen Führungen nicht zu erwarten war, dass sie das militärische Potenzial ihres Landes in den Dienst Frankreichs stellen würden. Es spricht nichts gegen die Befürchtung, dass die von Macron vorgeschlagene europäische Armee auch wieder auf eine französische Armee kontinentaleuropäischer Nationalitäten hinauslaufen soll.

Wer in dieser Frage keine Wiederholung der Geschichte fürchtet, möge sich zwei Fragen stellen: Warum hat Emmanuel Macron mit seinem Vorschlag solange gewartet, bis neben den Russen auch das aus der EU ausscheidende Großbritannien außen vor war und sich Frankreich somit in einer europäischen Armee den Zugriff auf das deutsche Militärpotenzial mit keiner anderen Großmacht teilen muss?

Und wie soll sich eine europäische Armee in einer Situation verhalten wie beispielsweise bei der westlichen Militärintervention in Libyen 2011, als Frankreich an führender Stelle mitmachte und Deutschland nicht? Hier treffen zwei Philosophien und Mentalitäten aufeinander. Da ist zum einen die alte Kolonialmacht, deren imperiale, interventionistische und imperialistische Tradition nach zwei – wenn auch mit fremder Hilfe – gewonnenen Weltkriegen ungebrochen ist. Und da sind auf der anderen Seite die nach zwei verlorenen Weltkriegen leidgeprüften friedfertigen Deutschen.

Bei der Beantwortung der Frage, wessen Geistes eine gemeinsame Armee wäre, hilft ein Blick auf die bereits existierende gemeinsame Währung. In der Europäischen Zentralbank (EZB) prallen ebenfalls gegensätzliche Philosophien und Mentalitäten aufeinander, auf der einen Seite die traditionelle französische Weichwährungspolitik, auf der anderen Seite die Bundesbankpolitik der Deutschen, die im 20. Jahrhundert gleich zweimal ihr Geldvermögen eingebüßt haben. Wer sich die Zinspolitik der EZB anschaut, erahnt zumindest, wessen Philosophie und Mentalität sich bei derartigen im Kern deutsch-französischen Projekten durchsetzt.

Schon jetzt, wo die Deutschen mit der Bundeswehr noch eigenständige Streitkräfte besitzen, werden beispielsweise in der französischen Exkolonie Mali deutsche an der Seite französischer Soldaten für die Durchsetzung der Interessen Frankreichs in dessen vermeintlichem Hinterhof eingesetzt. Wie soll das erst werden, wenn die deutschen Soldaten nicht mehr einer deutschen Armee angehören?

Vor 40 Jahren kam statt des Europa-Jeeps der Iltis

Etwas weniger ambitioniert ist der Plan einer Vertiefung der Integration in der Europäischen Union auf dem Gebiete der Rüstungsindustrie. Synergieeffekte liegen auf der Hand. Hohe Stückzahlen würden die Kosten pro Waffe vermindern. Die Logistik würde durch eine einheitliche Ausrüstung erleichtert. Und schließlich würde eine gemeinsame europäische Wehrindustrie wettbewerbsfähiger gegenüber der außereuropäischen und den Europäern erlauben, Waffenprojekte anzupacken, für welche die europäischen Einzelstaaten zu klein sind.

Allerdings liegen auch hierzu bereits Erfahrungen vor, die wenig ermutigend sind. Ein halbes Jahrhundert ist es nun schon her, dass die großen Kernstaaten der Europäischen Gemeinschaft, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik und die Italienische Republik, für ihre Streitkräfte ein gemeinsames, trinationales modernes Pendant zum US-amerikanischen Jeep beschaffen wollten, den sogenannten Europa-Jeep. Die Italiener zogen jedoch letztlich einen Alleingang vor. Sie ersetzten ab 1974 ihren Fiat 1101 Campagnola statt durch den projektierten Europa-Jeep durch eine rein italienische Weiterentwicklung, den Fiat 1107 Nuova Campagnola, und schieden aus dem Drei-Staaten-Projekt aus. 1976 folgte Frankreich.

Es war einmal wieder die Bundesrepublik, die bis zuletzt auf eine europäische Lösung gesetzt hatte. Selbst als die Ersetzung des DKW Munga (Mehrzweck-Universal-Geländewagen mit Allradantrieb) keinen Aufschub mehr erlaubte, scherte die Bundesrepublik nicht etwa aus, sondern beschaffte ab 1969 als Interimslösung den VW Typ 181 Kurierwagen, ein Provisorium, das keinen Vierradantrieb besaß und damit nicht voll geländegängig war.

Nachdem sich die Partner aus dem Europa-Jeep-Projekt verabschiedet hatten, blieb der Bundesrepublik jedoch keine Alternative mehr zu einer nationalen Lösung. Nachdem über zehn Jahre mit der Entwicklung des Europa-Jeeps vertan waren, war nun Eile geboten. Eine klare Zusage für die Auslieferung der ersten Fahrzeuge bis Ende 1978 erhielt die Bundeswehr nur von Volkswagen, das denn auch den Auftrag für den Munga-Nachfolger erhielt.

Vor 30 Jahren am 30. November übergab der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen, Toni Schmücker, dem stellvertretenden Generalinspekteur des Heeres, Generalleutnant Rudolf Reichenberger, und dem Abteilungsleiter Rüstung im Verteidigungsministerium, Ministerialdirigent Siegfried Sadtler, die ersten 200 Exemplare des neuen VW-Geländewagens, denen bis 1982 8600 weitere folgen sollten. Den Namen des Fahrzeugs begründete Volkswagen wie folgt: „Als wendiges, gewissermaßen wieselflinkes und obendrein ungewöhnlich kräftiges Klettertier ist der Iltis allgemein bekannt. Was liegt näher, als ein Automobil, dessen Stärken im unbefestigten Gelände liegen, wo es ähnliche Eigenschaften entwickelt, mit gleichem Namen zu versehen."

Manuel Ruoff

80 Jahre nach der »Reichskristallnacht«

In Königsberg wurde die neue Synagoge feierlich eröffnet

In Königsberg fand am 9. November ein bemerkenswertes Ereignis statt: Die erste Synagoge der Stadt wurde genau an der Stelle eröffnet, an der sich die in der „Reichskristallnacht" 1938 zerstörte Königsberger Synagoge befand. Die Eröffnungsfeier wurde genau auf den 80. Jahrestag dieses denkwürdigen Datums gelegt.

Da das historische Datum in großen Schritten näherrückte, konnten einige Arbeiten im Inneren des Gebäudes nicht ganz abgeschlossen werden. Die Fassade ist an einigen Stellen auch noch nicht ganz fertiggestellt, ein Bauzaun steht noch, und die Gestaltung des umgebenden Geländes steht noch aus. Dennoch wurde in der Synagoge eine Ausstellung präsentiert, die über die Geschichte der Synagoge und über die Juden, die sich 1945 auf sowjetischer Seite an der Eroberung Königsbergs beteiligten, erzählt.

Zur Eröffnungsfeier waren 2000 Menschen gekommen. Im Königsberger Gebiet leben etwa 5000 Personen, die sich in der einen oder anderen Weise der jüdischen Gemeinde verbunden fühlen. Aufgrund der großen Menschenansammlung um die Synagoge war die Zufahrt an diesem Tag für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Unter den Gästen befanden sich der Hauptrabbiner Russlands, Berel Lasar, der deutsche Botschafter in Russland, Rüdiger von Fritsch-Seerhausen, der Generalkonsul der Bundesrepublik in Königsberg, Michael Banzhaf, der Gründer der Stiftung für die Wiederbelebung der Synagoge, Wladimir Kazman, sowie Vertreter vieler öffentlicher Organisationen und verschiedener religiöser Konfessionen. Für die feierliche Zeremonie legten sie einen roten Teppich aus. „Schalom dem Feiertag", rief der Redner. „Schalom", ertönte es von allen Seiten zur Antwort.

Zunächst wurde eine Thora-Rolle in die Synagoge gebracht – das wichtigste heilige Objekt im Judentum. Dann wurde die Mesusa am Haupteingang installiert, die mit Schrauben und einem Schraubenzieher befestigt wurde. Es handelt sich um eine kleine Schriftrolle mit Ausschnitten aus der Thora. Das Pergament wird in einem speziellen Etui aufbewahrt, das unbedingt am Türpfosten eines jüdischen Gotteshauses befestigt werden muss. Die Mesusa bewacht das jüdische Zuhause und alle, die sich darin befinden.

Der stellvertretende Bevollmächtigte des Präsidenten im Nordwesten der Russischen Föderation, Roman Balaschow, verlas das Grußwort des Chefs der Präsidialverwaltung, Anton Wajno, der sagte, dass die Gerechtigkeit durch die Wiederbelebung der Synagoge in Königsberg wiederhergestellt sei, und daran erinnerte, „zu welchen Folgen Chauvinismus, Nationalismus und religiöse Intoleranz" führten. Es ist bemerkenswert, dass weder der Gouverneur der Region, Anton Alichanow, noch Königsbergs Bürgermeister Alexej Silanow bei einem für die Region solch bedeutsamen Ereignis anwesend waren. Bei deutlich weniger bedeutenden Ereignissen zeigt häufig die gesamte Führung der Region und der Stadt Präsenz. Der einzige, der an diesem Tag an der Synagoge gesehen wurde, war Vize-Premier Harry Goldmann. Er trug eine blaue Kippa.

An dieser Stelle sei an den Rechtsstreit zwischen den Synagogenerbauern und den Stadtbehörden erinnert. Bei der staatlichen Sachverständigenprüfung des Synagogen-Bauprojekts stellte die Königsberger Verwaltung fest, dass die jüdische Gemeinde keine Erlaubnis zum Bauen habe, da die Arbeit im geschützten Bereich eines architektonischen Denkmals, des Waisenhausgebäudes, durchgeführt werde. Das Rathaus weigerte sich viermal, den Bauantrag der Synagoge stattzugeben, und reichte Klage beim Bezirksgericht ein. Das Gericht entschied, den Bau der Synagoge bis zur Erteilung einer gültigen Baugenehmigung zu untersagen. Die jüdische Gemeinde legte jedoch Berufung beim Schiedsgericht ein und gewann den Fall.



Ungleich bunter und flacher als der Vorgängerbau: Die neue Königsberger Synagoge Bild: J.T.

Zur Eröffnungsfeier waren viele Gäste von außerhalb der Russischen Föderation gekommen. Unter ihnen war auch Erik Braun. Seine Urgroßmutter war gebürtig aus Königsberg und wohnte unweit der Synagoge. Ihrer Familie war es gelungen, sich während der tragischen Ereignisse von 1938 zu retten und in die USA auszuwandern. Braun war während der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft nach Königsberg gereist. Von der Wiedererrichtung der Synagoge erfuhr er rein zufällig am Tag des Spiels zwischen England und Belgien, als er an der entstehenden Synagoge vorbeiging. Da beschloss er, unbedingt zur Eröffnung wieder nach Königsberg zu fahren.

Die neue Königsberger Synagoge erinnert in vielem an die ehemalige, ist aber nicht identisch mit dieser. Sie ist mit 36 statt 46 Metern zehn Meter niedriger als das Original, und ihre Fassade ist aus einem anderen Material. Die Fassade der Vorkriegs-Synagoge war komplett aus Backstein, die neue ist mehrfarbig. Die „Neue liberale Synagoge" war in den Jahren 1894 bis 1896 in der Lindenstraße gegenüber dem Dom gebaut worden.

Kazman erzählte bei der Eröffnung von Plänen zum Bau eines Hotels und eines Restaurants auf dem benachbarten Grundstück. Auf die Frage, wie viel der Bau der Synagoge ihn gekostet habe, antwortete er ausweichend, stellte aber klar, dass er selbst umgerechnet sechs Millionen Euro für den Bau gespendet habe. Der Wiederaufbau der Synagoge wurde dank zahlreicher Spenden verwirklicht, jeder half im Rahmen seiner Möglichkeiten: Der eine spendete 500 Rubel (zirka sechs Euro), und der 92-jährige Rentner Jakob Suchowolskij finanzierte mit umgerechnet 13 000 Euro die Herstellung der Eingangstür.

Im Erdgeschoss der Synagoge befindet sich nun ein Ausstellungssaal, in dem zurzeit eine Ausstellung von der Geschichte der Synagoge erzählt. Im zweiten Stock gibt es Gebetssäle für einige Hundert Besucher. Bald soll es hier eine Schule, einen Kindergarten, weitere Ausstellungen sowie koschere Wohltätigkeitsveranstaltungen geben.

Jurij Tschernyschew

»Sprechen wir über Preußen« – und ...

Der Journalist, Bestseller-Autor, Maler und Kunstsammler Joachim Fernau schrieb viel über Deutschland, aber nicht nur

Es verfaulte. Man hätte es retten können. Aber man gab ihm Opium, statt zu schneiden. Hören Sie, was die Ruinen, was die Säulenstümpfe auf dem Forum romanum rufen? Schönen Gruß an die Enkel." So lässt Joachim Fernau seine 1971 erschienene Geschichte des Römischen Reiches enden. Und schon in diesen wenigen Sätzen findet sich vieles, für das er als Schriftsteller bekannt war und ist: der pointierte Stil sowie der lockere, ironisch-saloppe, jedoch nie oberflächliche Umgang mit historischen Themen. Kulturpessimismus ist prägend, er selbst fühlte sich „100 Jahre zu spät" auf die Welt gekommen. Und nicht selten wird, wie im Zitat, der Vergleich der weit in der Vergangenheit liegenden Konstellation mit der eigenen Gegenwart heraufbeschworen, was nicht immer angenehm ist.

Zehn Jahre zuvor war bereits „Rosen für Apoll. Die Geschichte der Griechen" erschienen, Fernaus wohl bekanntestes Buch. Allein in gebundener Form erreichte es eine Auflage von nahezu einer halben Million.

Geboren wurde Fernau im September 1909 in Bromberg. Seinen Vater verlor er früh. Infolge des Ersten Weltkrieges, Fernaus Geburtsstadt wurde polnisch, erfolgte die Umsiedlung. In Hirschberg besuchte er das Gymnasium. Fernau volontierte in Berlin bei der „Telegraphen-Union". Vor allem als Sportreporter war er zunächst tätig. Neben dem Journalistischen folgte er einer weiteren Neigung, der Malerei. Vom Kunstprofessor Herman Sandkuhl ließ er sich ausbilden.

Eingezogen wurde Fernau gleich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges. Um eine Verwendung als Kriegsberichterstatter bemühte er sich; dass diese letztlich bei der entsprechenden Kompanie der Waffen-SS erfolgte, war nicht sein Wunsch. Er kam in der Kesselschlacht von Demjansk 1942 und bei Charkow 1943 zum Einsatz, 1944 an der Westfront. Von den in seiner Berichterstatterfunktion verfassten Publikationen wurde ihm später vor allem der im August 1944 im „Völkischen Beobachter" und auch andernorts abgedruckte Beitrag „Das Geheimnis der letzten Kriegsphase" vorgeworfen.

Dass es sich – Fernaus Aufgabe gemäß – um einen propagandistischen „Durchhalteartikel" im Sinne des NS-Regimes handelt, steht außer Frage. Zu spätem „Ruhm" gelangte der Text, als der Literaturwissenschaftler Peter Wapnewski Fernau 1967 deswegen massiv angriff. Dass derartige Artikel in der Kriegszeit zu hunderten produziert worden waren, interessierte wenig, ebenso die Frage, ob der Gelehrte sich daran auch gestört hätte, wäre der Schreiber nicht inzwischen zu einem äußerst erfolgreichen Autor geworden.

Fernau war im Übrigen nicht Mitglied der NSDAP – im Unterschied zu Wapnewski. Letzteres wurde allerdings erst 2003 bekannt. Dennoch wirkt das in der Folge entstandene Negativ-Bild bis heute nach. Der Fernau-Artikel der Online-Enzyklopädie Wikipedia beispielsweise überschlägt sich nahezu darin, ihn möglichst weit „rechts" einzuordnen. Seinen Büchern wird Trivialität bescheinigt, ohne nennenswert auf sie einzugehen.

Bei der Entnazifizierung war Fernau im September 1949 als „entlastet" eingestuft worden. Die von ihm seit Beginn der 1950er Jahre verfassten Werke erzielten hohe Auflagen. Er lebte in München, 1962 errichtete er in der Nähe von Florenz einen Zweitwohnsitz. In Florenz ist er am 24. November 1988 auch gestorben.



Vor 30 Jahren gestorben: Joachim Fernau Bild: pa

Fernau schrieb über Kunst, fertigte selbst Ölbilder und Tuschezeichnungen an und sammelte. Weiter zurückliegenden Epochen galt seine Zuneigung. Von ihm stammt „Knaurs Lexikon der alten Malerei" von 1958. Belletristisch betätigte er sich, heiter-leicht mit „Ein Frühling in Florenz", einem „Wettbewerb" dreier Studenten um eine schöne Frau. In „War es schön in Marienbad" bemüht sich Johann Wolfgang von Goethe, der die 70 bereits überschritten hat, um die über 50 Jahre jüngere Ulrike von Levetzow. Fernau gestaltet das Ganze tragikkomisch, garniert mit einer Portion unaufdringlicher (Literatur-)Geschichte.

Sehr ernst hingegen ist „Ein wunderbares Leben", ein autobiografisch geprägter Roman. Eine Frau – für die Figur stand Fernaus Mutter Pate – erleidet schwere menschliche Verluste. Sie löst sich immer weiter von der Wirklichkeit, in ihrer Phantasie haben die Geschehnisse einen anderen, positiven Verlauf genommen. Die den Leser verstört zurücklassende Quintessenz besteht darin, dass sie auf ihre Weise bis zum Ende glücklich lebt.

Bekannt ist Fernau aber vor allem für seine – bis heute lieferbaren – historischen Darstellungen. Anekdoten-durchsetzt, Personen eindrücklich charakterisierend, mitunter karikierend, vermittelt er einerseits historischen Stoff, andererseits geschichtsphilosophische Denkanstöße und Einsichten. Der Verleger Götz Kubitschek, Mitverfasser eines Werk-Bild-Bandes über Fernau, betont dessen besondere Stärke: „Zu pädagogischer Meisterschaft lief er auf, wenn er im Vorübergehen erzog."

Erster Erfolg war „Deutschland, Deutschland über alles ...' Von Arminius bis Adenauer" von 1952, eine deutsche Geschichte, die Fernau mit dem Vorsatz versah: „Deutschland. Meine Liebe. Mein Alptraum". Ein „Schurke von Format" ist der Merowinger-König Chlodwig für Fernau. Nach dem Westfälischen Frieden habe die Landkarte von Deutschland „nun wie ein Kind, das die Masern hat" ausgesehen und der Feldherr Helmuth von Moltke „arbeitete wie ein Chirurg", der Politiker Otto von Bismarck hingegen „als Internist". Aber es sind nicht nur die sprachlichen Bilder. In "Die Genies der Deutschen" – Fernau betrachtet als „Genies" Persönlichkeiten, die in ihrem Bereich als „Zeitenwender" gewirkt haben, so etwa Martin Luther oder Johann Sebastian Bach – findet er klare, grundsätzliche Worte: „Der billigste ‚gesunde Menschenverstand' wurde heiliggesprochen, da Kultiviertheit und Wissen für die faule Menge nicht billig genug erreichbar waren." In einem anderen Buch lässt sich Fernau von historischen Gestalten „besuchen". Er debattiert mit Aristides von Athen über den Gerechtigkeitssinn der Masse oder mit Andreas Hofer über den Heldentod. Die „Geschichte der Liebe" von 1958 wäre um ein Haar als „jugendgefährdend" eingestuft worden.

„Meine Vorfahren waren Preußen" bekennt Fernau in der Geschichte „seines" Landes mit dem Titel „Sprechen wir über Preußen. Die Geschichte der armen Leute". Militärisch, nicht kriegerisch sei es gewesen, und es habe „das Größte geschaffen, das ein Volk schaffen kann: einen Stil". Der Größe-Begriff hatte ihn auch schon in „Deutschland, Deutschland über alles ..." beschäftigt. Friedrich II. sei mitnichten wegen gewonnener Schlachten „der Große" gewesen. Groß sein heiße: „Lebensinhalt geben, Glauben geben, Stabilität geben."

Man sollte Fernaus Werke ruhig wieder einmal zur Hand nehmen. Es lohnt sich. *Erik Lommatzsch*

Unter Sachsen

Auf der Suche nach dem »rechten Mob« – Ein Herbstreise durch ein gespaltenes Land

„Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab kein Pogrom in Chemnitz“, so Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer am 5. September 2018. Merkels Verkündung, in Chemnitz habe es sehr wohl „Hetzjagden gegen Ausländer und rechte Zusammenrottungen“ gegeben, hat sogar Geheimdienstchef Hans-Georg Maaßen widersprochen. Dafür wurde er gesellschaftlich vernichtet. Schnell wurden alle Sachsen unter Generalverdacht gestellt, Nazis und Rassisten zu sein. Zu diesem Zeitpunkt ging es schon lange nicht mehr um die Ursache dieser nicht enden wollenden Polit-Operette, nämlich den Morden an jungen deutschen Bürgern in Chemnitz und Köthen durch muslimische Asylsucher. Unser Autor hat sich zur Wahrheitsfindung nach Mitteldeutschland auf den Weg gemacht, es wurde eine Reise durch ein gespaltenes Land.

Magdeburg, Aktionstag Schule gegen Rassismus, Schule mit Courage: Cornelia Habisch sieht gestresst aus. Die gedrungene Endfünfzigerin ist Landeskoordinatorin des jährlichen Aktionstages Schule gegen Rassismus, Schule mit Courage. Der findet direkt vor ihrer Dienststelle, der Landeszentrale für Politische Bildung Sachsen-Anhalt in Magdeburg, statt. Auf dem Platz wurden Bücherstände des Veranstalters und eine Bühne aufgebaut. Man findet viele Publikationen über Asyl, den Holocaust und den vermeintlich rechten Terror, Hass und Rassismus, der in Deutschland angeblich tobt.

Bildungsreisen für Kinder und Jugendliche in ein KZ in Polen werden angeboten. Auf der Bühne animiert ein Moderator die Schüler zum Tanzen für eine bessere Welt ohne Grenzen und Rassismus. Einige tragen Hemden mit Anglizismen wie „Refugees Welcome“, „no Nazis“ und „take care of the Planet“. Fast religiös verbrämt wird im staatlichen Auftrag für bunte Vielfalt, Multikultur und gegen „Rechts“ gepredigt, gleich einem Gottesdienst ohne Kreuz für alle Immigranten ohne Ziel.

Frau Habisch scheint wenig begeistert von meinen Fragen. Wo

Antisemitismus? Hat nichts mit dem Islam zu tun

denn der Rassismus herkomme und wer ihn in die Schulen trage? Habisch: Die Kolonialzeit und rechte Eltern seien die Wurzel. Sie verabschiedet sich schnell und verweist auf ihre Sekretärin zur Terminvergabe.

Viola Rieck ist Lehrerin, Referentin für interkulturelle Kommunikation, Toleranz, Gesundheit und Kreativität in Halle. Sie gleicht vom Habitus her Regine Hildebrandt und ist schon redseliger als Habisch. Rassismus komme stets aus der rechten Ecke, Antisemitismus habe stark zugenommen in Deutschland, sei aber nicht gruppenspezifisch, da er stets von Menschen kommt, sagt sie. Nicht „gruppenspezifisch“? Ich denke mir, eine Praxiswoche in einer Neuköllner Schule könnte bei ihrer Entscheidung, für welche Minderheiten sie sich künftig engagieren will, heilsam sein. Auf meine Frage, wo denn die muslimischen Teilnehmer seien, passt ihre Antwort ins Konzept: Die Eltern hätten Angst um ihre Kinder wegen rechter Gewalt und Rassismus.



Chemnitz: Der Ort, an dem Daniel H. getötet wurde

Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz der Landeszentrale bietet politisch korrekte Fortbildungen an: „Argumentationstraining gegen rechte Stammtischparolen, Blue-eyed-Brown-eyed-Training gegen Rassismus und Diskriminierung, ‚Eine Welt der Vielfalt‘ zum Thema interkulturelles Lernen“.

Magdeburg, Stadthalle, Vortrag von Birgit Kelle: Schon von Weitem erblicke ich viele junge Leute vor der Stadthalle. „Mehr Weiblichkeit wagen“, ein Thema, zu dem der Verein „Verantwortung und Wert“ geladen hat, begeistert also auch Deutschlands Zukunft, freue ich mich. Beim Näherkommen erblicken sie meine Deutschlandfahne am Fahrrad und ich schaue in finstere, teils vermummte Gesichter. Eine Kommunikation ist seitens der jungen Leute nicht erwünscht. Die Anführerin, eine Frau Anfang 20 mit Ameisenfigur, verteilt Flugblätter: „Gegen faschistische und rechtskonservative Werte wie von Birgit Kelle, Ehe, Küche, Vaterland – unsere Antwort Widerstand.“

Die Journalistin und Publizistin Kelle beginnt ihren Vortrag mit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Gender-Ideologie: einem erfundenen soziologischen Konstrukt ohne wissenschaftlichen Beweis, das Mann und Frau als Keimzelle des Lebens und Geschlecht negiere, schaffe den Einheitsmenschen ohne Identität und vor allem Arbeitsplätze, die niemand brauche. Fünf Milliarden Euro würden in der EU für Genderlehrstühle, Genderbeauftragte in Kirchen, Wirtschaft und Verwaltung, gegenderte Gärten, Toiletten, Spielplätze, Bauwesen und Universitäten ausgegeben, so Kelle. Die Genderindustrie arbeite nicht am Erhalt, sondern an der Zerstörung der Gesellschaft, denn die Mutterschaft der Frau wird zur Mutterrolle, vergleichbar mit einer Rolle in einem Theaterstück bar jeder Realität.

Fast unbemerkt haben sich die jungen Leute mit der schlechten Laune in die letzte Reihe im Vortragssaal gesetzt. Die Ameisenfrau gibt den Takt vor, Kelles Vortrag zu sprengen.

Erst sind es nur vereinzelte Zwischenrufe, Störgeräusche und Wurfgeschosse, dann wird skandiert: „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda.“ Fast alle sind nun vermummt und werden handgreiflich gegenüber den Vortragsgästen. Die Polizei muss kommen.

Kelle bleibt gelassen, sie kennt das schon. Als die Meinungswächter weg sind, sagt sie: „Widerspruch ist anstrengend, Wahrheiten werden niedergebrüllt, als rechts beschimpft und der Vortragende gesellschaftlich vernichtet.“ Schade, denn die jungen Leute hätten aus Kelles Ausführungen viele Erkenntnisse gewinnen können, hätte sie ihr Hass nicht daran gehindert.



Magdeburg: Aktionstag „Schule gegen Rassismus“ Bilder (3): Gehrke

Von meiner Deutschlandfahne draußen am Fahrrad blieb nur ein verkohlter Rest.

Chemnitz, Rat der Stadt: Im düsteren Rathaus benebelt mich der schwere Duft von Wofasept, einem DDR-Desinfektionsmittel der VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“. Durchdrungen von der Duftmischung aus Braunkohle und Formalin erreiche ich das Büro für Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Der freundliche Empfang nimmt rasch eine Wendung, als ich Auskunft über die Geschehnisse der vergangenen Wochen, den Messermord an Daniel H., begangen von Asylsuchern, den

Die Angst regiert in deutschen Amtsstuben

Trauermarsch und die angeblichen Hetzjagden gegen Ausländer begehre.

„Sie sind nicht angemeldet, Anfragen nur schriftlich. Eine Antwort muss mit den Vorgesetzten und der oberen Verwaltungsbehörde abgestimmt werden“, wird das Gespräch von der Vorzimmerdame jäh beendet. Die Angst regiert in deutschen Amtsstuben, seit Hans-Georg Maaßen für seine Ehrlichkeit medial fast täglich öffentlich hingerichtet wurde. In Köthen in Sachsen-Anhalt erlebte ich dieselbe Szene im dortigen Rathaus. In dem barocken Städtchen starb Markus B., nachdem er einen Streit zwischen muslimischen Asylsuchern schlichten wollte. Im Dresdener Rathaus gibt es sogar eine „Abteilung Politische Steuerung/Strategie“.

Nun betrete ich das Büro der Organisatoren der Bürgerproteste, der Bürgerbewegung „Pro Chemnitz“. Als Wandschmuck irritiert ein großes Porträt des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. „Hetzjagden gab es keine, Ausländer sind sicher in unserer Stadt“, beschwört der freundliche junge Büroleiter. Nicht weit entfernt vom Rathaus befindet sich ein Wohnblock für Asylsucher gegenüber dem Programmkino „Metropol“.

Im Ort begegnen mir, wie auch in vielen anderen Städten Sachsens, Kopftuchfrauen und afrikanische Asylsucher. Sie wirken selbstbewusst und keinesfalls ängstlich. Die Büroleiter der Linkspartei und Grünen im Chemnitzer Rathaus sehen das anders: Hier tobe der rechte Mob, Ausländer würden gejagt, wissen beide, obwohl sie bei den Kundgebungen selbst nicht dabei waren. Mit „Pro Chemnitz“ reden sie nicht, denn „das sind Nazis“.

Dresden, Tag der Deutschen Einheit: „Deutschland und Sachsen ging es noch nie so gut wie heute“, und „die größte Gefahr für unser Land kommt von rechts“, triumphiert Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beim Empfang in der Staatskanzlei zum Tag der Deutschen Einheit. Ein paar Straßen weiter hat als einzige Partei die AfD unter dem Motto „Mut zu Deutschland“ zum Bürgerfest geladen.

„Vor Kurzem hat sich bei der Zwangsräumung ihrer Wohnung eine 70-jährige Frau aus dem Fenster ihrer Wohnung gestürzt. Einer Million Kindern fehlt die Grundausstattung in der Schule, weil dafür kein Geld da ist. Ich habe nichts gegen Ausländer, bin aber dagegen, dass mit 78 Milliarden Euro die Asylindustrie am Laufen gehalten wird. Die Politik lockt kulturfremde Migranten an, wir müssen sie dauerhaft alimentieren, und dafür werden hier nicht wenige straffällig“, empört sich mein Sitznachbar, ein Herr um die 60 im Lodenjanker und Jägerhut.

An auffällig vielen öffentlichen Gebäuden sind, wie damals im Realsozialismus, politische Losungen angebracht. Im Bahnhof wird der Reisende empfangen mit: Unsere Identität heißt Vielfalt, im Stadtbild wird der Bürger vielfach propagandistisch auf Trab gebracht: Refugees Welcome, gegen Rassismus, für Weltoffenheit, Religionsfreiheit, Asylrecht und Toleranz lauten die Sprüche.

Bei einem Vortag in der TU Freiberg zeichnet Politikwissenschaftler Werner Patzelt ein düsteres Bild: „Kreißsaal, Hörsaal, Plenarsaal, dies ist der Weg der Eliten. Sie haben den Kontakt zum Volk verloren und sprechen die Sprache der Bürger nicht. Der Bürger stellt fest, im System stimmt etwas nicht und verleiht seinem Gefühl in Demonstrationen und Kundgebungen Ausdruck. Dafür wird er dann von den politischen Eliten als Pack, Nazi, brauner Mob und Rassist beschimpft. Das Versagen der herrschenden Politik ist leider bisher das beste Konjunkturprogramm für die AfD.“

3. Oktober, Tag der offenen Moschee: „Wir sind für die Erhaltung von Toleranz, Integration, Gemeinschaft“, bekennt sich das „Marwa Elsherbiny Kultur- und Bildungszentrum Dresden“. In ihrer Moschee, einem schmucklosen Plattenbaurumpf, werden Koran- und Arabischunterricht an-

»Das beste Konjunkturprogram für die AfD«

geboten. Alte Männer mit langen Bärten und hinter ihnen verhüllte Frauen stehen in drangvoller Enge auf dem Gebetsteppich.

Lina ist Konvertitin und freut sich, mir von ihrer Erleuchtung berichten zu können. Sie stammt aus Hamburg, mit ihren blauen Augen und den blonden Haaren unter dem Kopftuch fällt sie hier sofort auf. Die 30-jährige vollschlanke Frau ist nach islamischem Recht mit einem 20 Jahre älteren Ägypter verheiratet, der gerade auf Heimaturlaub weilt. Sie ist erst seit Januar 2018 gläubige Muslimin. Die Ehe wurde hier in der Moschee arrangiert.

Lina wurde antiautoritär erzogen, kennt das Christentum kaum und war eigentlich immer auf der Suche nach Stärke und klaren Regeln. Sie meint, wenn der Islam Staatsreligion wäre, sei es für die Gesellschaft sicherer, da der Koran und die Scharia dann die tragenden Säulen seien. Sie arbeitet als Sozialpädagogin in einer staatlichen Einrichtung und ist stolz, durch ihre Tätigkeit muslimische Familienzusammenführung zu ermöglichen und Abschiebungen zu verhindern. Sie findet, Allah macht glücklich.

Berlin, Demo „Unteilbar“: „Solidarität statt Ausgrenzung“. Mehr als 450 Verbände, Immigrantenorganisationen, „Geflüchteteninitiativen“ und prominente Einzelpersonen unterstützten das Bündnis #unteilbar, heißt es auf der Homepage der Tafel Deutschland e.V. Als Nachhaltigkeitsfan und langjähriger Mitarbeiter bei einer Tafel habe ich selbst erlebt, wie politisch die Tafeln in Deutschland mittlerweile geworden sind.

Wir reihen uns ein in die endlose Menschenschlange, die sich an diesem Spätsommer-Sonntag durch die Hauptstadt zieht. Kopftuchfrauen, LGBT (Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender, also Lesben, Bisexuelle, Schwule und Transgender), Türken und Kurden, Iraner und Afghanen, Juden und Moslems, Gruppen, die im Alltag verfeindet sind, eint an diesem Tag das Motto „gegen Rechts, Diskriminierung und Rassismus“.

Wir entdecken in der Menge einen Mann mit Cowboyhut und Deutschlandfahnen. Als wir ihn erreichen, ist er bereits umringt von aufgebrachten Meinungswächtern. Die Stimmung ist aggressiv. Er stehe hier für das Grundgesetz und wolle verhindern, dass nur Pegida das Nationalsymbol für sich beansprucht, beteuert er angsterfüllt. Sogleich wird er niedergebrüllt.

Während der rote Mob über den Fahnenmärtyrer herfällt, ereifert sich eine junge Antifa-Aktivistin: Der Mann habe doch selbst schuld, da er sich einen falschen Ort für seinen Bildungsauftrag ausgesucht habe. Nationalfahnen stünden für Nationalstaat und Abgrenzung, über 200000 Antifaschisten und Internationalisten stehen aber hier für grenzenlose Solidarität, für „No Border – No Nation“. Zudem sei die Deutschlandfahne negativ behaftet.

Meiner Frage, warum das so ist, folgt im ideologisch aufgeladenen Duktus: „Das reicht jetzt!“ Schon ihr Äußeres mutet rebellisch an:



Gera: „Der Islam gehört zu Deutschland“

Rothaarig, Nasenring und viel Metall im Gesicht. Sie sagte vorhin noch, sie sei für Toleranz und gegen Ausgrenzung. Wir haben den Mann mit den verhassten Nationalsymbolen nie wieder gesehen.

Die Deutungshoheit, ob der Bürger rechts, in der Mitte oder politisch links steht, obliegt nicht ihm selbst, sondern anderen.

Marcelo, ein sympathischer Deutsch-Brasilianer Mitte 30, hat es gerade heute wieder zu spüren bekommen. Wegen seines Schildes mit der Aufschrift: „Der Feind steht nicht rechts, sondern sitzt oben! Miteinander reden, Spaltung überwinden! Gemeinsam für eine bessere Welt kämpfen!“ Dem Kampfsportler wurden mehrfach Prügel angedroht, er wurde als Nazi beschimpft, Antifa-Aktivisten wollten sein Schild zerstören.

Marcelo ist verstört. „Ich bin Patriot, für Rechtsstaatlichkeit, das Grundgesetz und liebe meine deutsche Heimat. Das sind doch wohl Selbstverständlichkeiten für jeden deutschen Bürger“, meint er. Er verortet sich somit weder politisch rechts noch links, sondern in der Mitte der Gesellschaft. Doch das will hier keiner hören. *Thilo Gehrke*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 47 – 23. November 2018

Friedhöfe gegen das Vergessen

Die Stadt Insterburg fördert Gedenkstätten: Besuche des Poesie-Parks und des Soldatenfriedhofs

Dichter finden allgemeinhin in Russland größere Verehrung als anderswo. Es sei daran erinnert, dass das Schillerdenkmal vor dem Schauspielhaus beim Sturm auf Königsberg nur deshalb nicht zerstört wurde, weil ein unbekannter Rotarmist der Skulptur ein Schild mit der Aufschrift „Nicht schießen, es ist ein Dichter“ umgehängt hatte.

Die Verehrung, auch für deutsche Dichter, hält bei vielen Russen ungebrochen an. Deshalb verwundert es nicht, dass eine Gruppe russischer Enthusiasten in Insterburg auf dem ehemaligen Neuen Friedhof an der Kamswyker Allee, auf dem die ostpreußische Dichterin Frieda Jung beerdigt wurde, einen Poesie-Park, genannt „Frieda-Jung-und-Paul-Gretschischnikow-Poesie-Park“, angelegt hat, den sie in Eigenregie weiter ausbaut und pflegt (siehe *PAZ* Nr. 45).

Anstelle der nicht mehr existierenden Gräber haben sie selbst gehobelte Bänke aufgestellt, auf deren Lehnen Gedichte des jeweiligen Schriftstellers eingebrannt sind, leider bislang nur auf Russisch. Neben Frieda Jung wurde auf diese Weise der ostpreußischen Dichter Simon Dach bedacht, aber auch russische wie Anatolij Lunin und Pjotr Schukow.

Vom ehemaligen evangelischen Friedhof sind nur noch Reste des Haupteingangtors geblieben, die Hauptallee ist noch erahnbar. Ein findiger „Investor“ hat das erhalten gebliebene Friedhofsgebäude erworben, angebaut und das erhaltene Stück der Eingangsmauer in das neue Tor, das sein Grundstück schützt, integriert. Laut Dimitri Suchin, Mitbegründer des Vereins Kamswyker Kreis e.V., muss der Hauseigentümer seinen Anbau bald wieder abreißen, da er ohne Genehmigung gebaut habe und das Friedhofsgebäude unter Denkmalschutz gestellt wurde. Es sei für eine andere Nutzung vorgesehen.

Im Rahmenprogramm des Deutsch-Russischen Forums (DRF) in Insterburg hatte die deutsche Teilnehmergruppe nicht nur Gelegenheit, den Dichterpark zu Ehren Frieda Jungs zu sehen: Ein weiterer Programmpunkt führte sie zum Soldatenfriedhof von Insterburg, den der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 1996 der Öffentlichkeit übergeben konnte. Auf diesem Friedhof ruhen die Gebeine gefallener Soldaten aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Ursprünglich hatte der Friedhof eine Größe von 17 000 Quadratmetern, die jedoch auf 27 000 Quadratmeter erweitert werden musste aufgrund der großen Zahl der Umbettungen.





Unterschiedliche Arten des Gedenkens: Frieda-Jung-Bank im Poesie-Park (o.) und LO-Blumengebinde auf dem Soldatenfriedhof von Insterburg Bilder: MRK

Die Vertreter der Landsmannschaft Ostpreußen, Sprecher Stephan Grigat, Brigitte Stramm (Organisatorin des DRF und Kreisvertreterin von Labiau) und Rainer Buslaps (Kreisvertreter von Insterburg Stadt und Land) nutzten die Gelegenheit, ein Blumengebinde zum Andenken an die Gefallenen niederzulegen.

In seiner Ansprache erinnerte Buslaps an die hohen Opferzahlen, die beide Weltkriege gefordert hatten, die junge Männer, die kaum die Gelgenheit hatten, erwachsen zu werden, ihrer Zukunft beraubten.

Manuela Rosenthal-Kappi

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*

was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen.

Bitte unterstützen Sie auch 2018 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen.

Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft Ostpreußen mit Hilfe der Treuespende durchgeführt hat, mit Leben erfüllt.

Dies belegt die Liste der Veranstaltungen, die in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wurden. Beispielhaft seien das Seminar „Ostpreußen – Land – Geschichte – Kultur“ (20. bis 22. April), das Seminar „Stationen der ostpreußischen Geschichte (20. bis 22. September), die Werkwoche „Textile Volkskunst in Ostpreußen“ (8. bis 14. Oktober) oder das Seminar „Beiträge zur Kultur- und Politikgeschichte Ost- und Westpreußens“ (12. bis 15. November) genannt. Diese thematisch unterschiedlich ausgerichteten Veranstaltungen haben eines gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen auch nachwachsenden Generationen näher zu bringen. Nur so können wir verhindern, dass Ostpreußen eines Tages zu einem weißen Fleck auf der Landkarte wird.

Auch in Ostpreußen ist die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende aktiv. Am 16. Juni fand das Ostpreußische Sommerfest in Osterode statt. Die Chöre und Tanzgruppen der deutschen Vereine lockten über 1000 Besucher auf das Gelände des Amphitheaters zu Füßen des Drewenzsees, darunter auch zahlreiche Touristen und polnische Gäste, die häufig erstmals von der Existenz einer lebendigen deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen erfuhren. Hervorzuheben ist, dass zahlreiche Jugendgruppen das Programm des Sommerfestes bereicherten, darunter unter anderem eine Kindertanzgruppe aus dem Königsberger Gebiet.

Am 20. Oktober veranstaltete die Landsmannschaft Ostpreußen in Insterburg ihr 9. Deutsch-Russisches Forum.

Russische Museumsleiter, Bibliothekare, Heimatforscher und Deutschlehrer trafen mit den Kreisvertretern der Landsmannschaft Ostpreußen zusammen, um sich über Möglichkeiten zum Erhalt des deutschen Kulturgutes im Königsberger Gebiet auszutauschen. Die Rekordbeteiligung von 65 Teilnehmern belegt, wie groß das Interesse auf russischer Seite ist, der widrigen politischen Großwetterlage zum Trotz Kontakte in den Westen zu pflegen. Die Veranstaltungsreihe wird 2020 in Lüneburg mit einem Besuch des im August des Jahres wiedereröffneten Ostpreußischen Landesmuseum fortgesetzt.

Die Pflege der deutschen Soldatenfriedhöfe zählt seit vielen Jahren zu den Aufgaben der Treuespende. In beiden Weltkriegen haben deutsche Soldaten ihr Leben gegeben, um die ostpreußische Bevölkerung vor dem Feind zu schützen. Ihre selbstlose Opferbereitschaft verdient unsere uneingeschränkte Anerkennung. Deshalb hat die Treuespende dem deutschen Verein in Allenstein für die Pflege des dortigen deutschen Soldatenfriedhofes erneut eine Unterstützung zukommen lassen.

Bereits zum sechsten Mal traf sich vom 22. bis 24. Juni in Osterode die Jugend der deutschen Volksgruppe zur ostpreußischen Sommerolympiade. An der von Edyta Gladkowska, Leiterin des Verbindungsbüros der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein, organisierten Veranstaltung nahmen rund 80 Jugendliche aus den deutschen Vereinen in Allenstein, Bartenstein, Braunsberg, Heilsberg, Landsberg, Ortelsburg, Osterode, Rastenburg und Sensburg teil. Die Veranstaltung wurde unter anderem von der Landsmannschaft Ostpreußen und dem polnischen Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung finanziell unterstützt. Zweifelsohne ein Beleg, dass die Landsmannschaft im südlichen Ostpreußen ein akzeptierter Partner ist.

Das von der Landsmannschaft Ostpreußen betriebene Bildarchiv Ostpreußen wächst stetig weiter. Rund 10 000 Bilder sind in den letzten zwölf Monaten hinzugekommen. Aktuell stehen 115 000 Bilder den Nutzern zur Verfügung. Damit handelt es sich um das weltweit größte frei zugängliche Bildarchiv für Ostpreußen.

Königsberg

Ostpreußen helfen Ostpreußen

Zentrale Veranstaltung im Jahr 2019 ist das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen am 11. Mai in der Stadthalle Wolfsburg. Die Besucher erwartet ein abwechslungsreiches und interessantes Programm mit einem Querschnitt durch das ostpreußische Kulturschaffen.

So unterschiedlich die mit Hilfe der Treuespende durchgeführten Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen auch sind, eines haben Sie gemeinsam: Sie tragen dazu bei, das Wissen um Ostpreußen in der Öffentlichkeit wachzuhalten.

Um dies alles fortführen zu können, benötigen wir Ihre Hilfe und Ihre Spende – aus Treue zu Ostpreußen!

Wir geben Ostpreußen Zukunft.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den beiliegenden Zahlungsvordruck
oder geben Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der Commerzbank AG lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
IBAN: DE10 2004 0000 0634 2307 03 – BIC: COBADEFFXXX

Stephan Grigat
Rechtsanwalt und Notar
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



ZUM 106. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, am 23. November

ZUM 100. GEBURTSTAG

Klein, Fritz, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 28. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, am 24. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nischik, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 25. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Haak, Elly, geb. **Germuhl**, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. November
Hardt, Waltraut, geb. **Willumeit-Schwark**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 24. November
Konietzko, Günter, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 27. November
Stankewitz, Lieselotte, geb. **Royla**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 29. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brüggemann, Hildegard, geb. **Kulschewski-Kantner**, aus Grabnick, Abbau, Kreis Lyck, am 25. November
Ciesla, Alfred, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 25. November
Feige, Margarete, geb. **Groß**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 23. November
Stamminger, Edith, geb. **Penner**, aus Roloffseck, Kreis Gumbinnen, am 26. November
Weckwerth, Eva-Maria, aus Walden, Kreis Lyck, am 24. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Auhage, Lieselotte, geb. **Ludwig**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 29. November
Buhn, Edith, geb. **Zachau**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. November
Galpin, Edith, geb. **Gurklies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 23. November
Hüttenbach, Dr. Horst, aus Waldkeim, Kreis Preußisch Eylau, am 23. November
Kalinowski, Gerda, geb. **Kozik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. November
Krah, Herta, geb. **Petzke**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 28. November
Kupski, Herbert, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Lehmann, Waltraut, geb. **Voigt**, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Rehberg, Christa, geb. **Keneweg**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. November
Reichow, Elly, geb. **Bendul**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, am 29. November
Rogowski, Ernst, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 24. November
Roos, Elisabeth, geb. **Jäger**, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 23. November
Schulz, Gerda, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 29. November
Seitz, Else, geb. **Szech**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Battefeld, Grete, geb. **Ficht**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 29. November
Beister, Robert, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 26. November
Göttsche, Christel, geb. **Samel**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. November
Haedge, Just, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, am 27. November
Jelonnek, Erwin, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 25. November
Kahl, Charlotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. November
Kowalewski, Helmut, aus Lyck, am 28. November
Mikoteit, Hildegard, geb. **Sadlowski**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 28. November
Redepenning, Erna, geb. **Braunsberg**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 28. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dohmen, Gerda, geb. **Balzereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 25. November
Frambach, Margarete, geb. **Baumgardt**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 23. November
Groß, Siegfried, aus St. Lorenz, Kreis Fischhausen, am 26. November
Karpowski, Manfred, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 23. November
Koeppen, Horst, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November
Krämer, Hildegard, geb. **Gleich**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 29. November
Küster, Annaliese, geb. **Grabowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 29. November
Luttkus, Manfred, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 29. November
Priebe, Heinz, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 26. November
Ruchatz, Herbert, aus Lyck, am 23. November
Ruppel, Ruth, geb. **Schulz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. November
Schmidt, Dr. Peter, aus Ortelsburg, am 23. November
Wrobel, Anneliese, geb. **Braun**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 26. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Becker, Herbert, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 23. November
Beckmann, Anneliese, geb. **Beba**, aus Hellengrund, Kreis Ortelsburg, am 27. November
Bendszus, Ulrich, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 29. November
Heinrich, Elli, geb. **Dehn**, aus Woytnicken, Kreis Fischhausen, am 28. November
Kollakowski, Hildegard, geb. **Fester**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 25. November
Matthies, Ingrid, geb. **Freitag**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 23. November
Vogel, Hildegard, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 26. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bormüller, Irmgard, geb. **Bembenneck**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 27. November
Dose, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Königsruh, Kreis Treuburg, am 23. November
Dürre, Waltraut, geb. **Lemke**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. November
Gellert, Gerda, aus Neidenburg, am 29. November
Hochfeldt, Adelheid, aus Treuburg, am 25. November
Höpken, Hildegard, geb. **Urban**, aus Kinten, Kreis Heydekrug, am 23. November
Krähmer, Christel, geb. **Tauras**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 23. November
Kropmeier, Helen, geb. **Loch**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 24. November
Lagerpusch, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. November
Lipski, Gertrud, geb. **Czymoch**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 29. November
Loppow, Hanieli, geb. **Lask**, aus Walden, Kreis Lyck, am 25. November
Müller, Edeltraut, geb. **Celius**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 23. November
Niemeyer, Hildegard, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 28. November
Reichardt, Charlotte, geb. **Skrimmer**, aus Wehlau, am 29. November
Simeth, Traute, geb. **Schulz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. November
Will, Waltraud, geb. **Mischel**, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 26. November
Willig, Lieselotte, geb. **Pucknat**, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 29. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bausch, Christa Elisabeth, geb. **Dorss**, aus Treuburg, am 26. November
Buchholz, Helga, geb. **Noch**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 28. November
Dömpke, Edith, geb. **Kloß**, aus Wehlau, am 23. November
Janz, Lina, geb. **Wierczoch**, aus Guttschallen, Kreis Wehlau, am 28. November
Jobmann, Edith, geb. **Duddek**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. November
Krüger, Werner, aus Prostken, Kreis Lyck, am 24. November
Krummel, Gisela, geb. **Döhring**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 27. November
Kruska, Walter, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 23. November
Leske, Christa, geb. **Duddek**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 24. November
Möhricke, Marga, geb. **Rahn**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 24. November
Mrotzek, Gerhard, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 25. November
Petruck, Hedwig, geb. **Czapiewski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. November
Schinski, Annelore, geb. **Olias**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 28. November
Schlitzkus, Manfred, aus Ortelsburg, am 26. November
Schoeneck, Heidelore, geb. **Schöne**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 26. November
Schwettlick, Horst, aus Sophiental, Kreis Lötzen, am 25. November
Steinbacher, Fritz, aus Walddorf, Kreis Schloßberg, am 28. November

Venohr, Kurt, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 27. November
Weber, Hans-Ulrich, aus Nassenfelde, Kreis Elchniederung, am 24. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albrecht, Peter, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 24. November
Bäther, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 26. November
Boettcher, Wolfram, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 23. November
Buxa, Gerda, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 25. November
Dembrowski, Helga, geb. **Gunia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 25. November
Fietz, Ulrich, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. November
Glass, Elfriede, geb. **Baumgart**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 25. November
Göritz, Manfred, aus Gerhardsheim, Kreis Elchniederung, am 26. November
Hübner, Christel, geb. **Hochfeld**, aus Arnau, Kreis Fischhausen, am 23. November
Jahnke, Ursula, geb. **Symanzik**, aus Buttken, Kreis Treuburg, am 27. November
Jautzus, Klaus, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 26. November
Krupka, Otto, aus Klein Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 29. November
Möhrlein, Lucie, geb. **Falk**, aus Fischhausen, am 23. November
Puchert, Roswitha, geb. **Härtel**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 25. November
Sender, Helmut, aus Mertinsdorf, Kreis Sensburg, am 14. November
Spieshöfer, Friedrich-Karl, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 24. November
Stallmach, Konrad, aus Kielen, Kreis Lyck, am 26. November
Störmer, Arthur, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 28. November
Syperek, Gerhard, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 25. November

ZUM 75. GEBURTSTAG

Färber, Renate, geb. **Boy**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. November
Gabriel, Ulrich, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 29. November
Lauterbach, Gisela, geb. **Kösler**, auf Gut Meken, am 23. November
Lewandrowski, Helmut, aus Korkau, Kreis Neidenburg, am 27. November
Losch, Werner, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 29. November
Rebuschat, Joachim, aus Königsberg, Ponarth, Palvestraße, am 26. November
Schimkat, Wolfgang, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 25. November

Zusendungen für Ausgabe 49

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 49/2018 (Erstverkaufstag: 7. Dezember) bis spätestens Mittwoch, 28. November an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2019
16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Heiligenhof bei Bad Kissingen – Donnerstag, den 29. November bis Sonntag, 2. Dezember : Adventssingen. Schon zum 56. Mal treffen sich Alt und Jung, um mit dem traditionellen Adventssingen die Weihnachtszeit einzuläuten. Informationen unter Telefon (0971) 71470 oder Internet: www.heiligenhof.de

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Wir erleben gerade eine spannende politische Zeit und wollen mit unserer zur Tradition gewordenen heimatpolitischen Tagung in das Jahr 2019 starten. Der große Erfolg unserer Tagungen in den vergangenen Jahren und das rege Interesse der Teilnehmer haben dafür die Maßstäbe gesetzt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg laden alle an der Geschichte und Kultur Ostpreußens Interessierte zu dieser 61. Tagung sehr herzlich ein. Die Tagung findet am Wochenende 16. und 17. Februar 2019 in 27356 Rotenburg (Wümme), Gerberstraße 16 (Theodor-Heuss-Schule) statt. Es konnten wieder kompetente Referenten gewonnen werden.

Für Besucher der Tagung ist die Mensa der Theodor-Heuss-Schule bereits ab 14 Uhr geöffnet, und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Christopher Spatz, Bremen, die Tagung mit seinem Vortrag „Wolfskinder“ einleiten. Nach einer kurzen Pause wird Direktor Wolfgang Freyberg, Ellingen, das Thema „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und Masuren nach 1945“ behandeln. Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten und für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen. Am folgenden Tag, Sonntag, 17. Februar 2019, 10 Uhr, wird die Tagung in der Theodor-Heuss-Schule fortgesetzt. Wolfgang Brandes, Fallingbostel, wird uns die wahre Geschichte des Hauptmanns von Köpenick schildern. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet sein.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir um verbindliche Anmeldung, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 27 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen bis zum 9. Februar 2019 (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22355 Hamburg. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.

Kurt-Werner Sadowski



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Heimatgruppe

Hamburg – Dienstag, 4. Dezember, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17: Treffen zu einem vorweihnachtlichen Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel, Erzählungen, Singen und Julklapp. Bitte bringen Sie ein Päckchen mit. Gäste sind immer herzlich willkommen. Informationen erteilt Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Spornitz – Sonnabend, 24. November, 10 bis 15 Uhr, Landhotel, Am Alten Dütschower Weg 1, 19372 Spornitz: 52. Gesamtdeutsches Heimattreffen des ostpreußischen Regierungsbezirks Gumbinnen. Zu dem 52. Gesamtdeutschen Heimattreffen laden wir in das an der B 191 gelegene Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, alle Landsleute und auch daran interessierte Teilnehmer herzlich ein. Auskunft erteilt Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@arcor.de



INSTERBURG – Stadt und Land

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 1. Dezember, 11 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26 I, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Weihnachtsfeier. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Hamburg – Mittwoch, 5. Dezember, 12 Uhr, Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Vorweihnachtsfeier mit Liedern und Gedichten. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de

Köln – Mittwoch, 5. Dezember, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg): Weihnachtsfeier. Anmeldung und Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

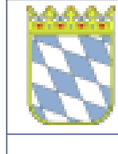
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Busreise vom 10. – 16. Mai 2019. Am 11. Mai 2019 findet in Wolfsburg das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen statt. Dies nehmen wir zum Anlass für eine 7-tägige Busreise. Der Ablauf ist wie folgt vorgesehen: Freitag, 10. Mai, 9 Uhr: Abfahrt von Mannheim zur Übernachtung im Intercity Hotel in Braunschweig. Sonntag, 11. Mai, geht es nach Wolfsburg (33 km) zum Ostpreußentreffen. Am Nachmittag fahren wir für die nächsten 5 Nächte nach Visselhövede in der Lüneburger Heide in das Hotel Jeddinger Hof. Von Sonntag, den 12. Mai bis Mittwoch, den 15. Mai, unternehmen wir Ausflugsfahrten nach Bremen, Lüneburger Heide, in das „Alte Land“ über Buxtehude nach Jork und nach Lüneburg mit Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums. Am 16. Mai treten wir dann wieder die Heimreise nach Mannheim an. Der Reisepreis beträgt pro Person im Doppelzimmer 570 und 670 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet folgende Leistungen: Gesamte Busreise inklusive aller Rundfahrten, sechs Übernachtungen mit Frühstück und Abendessen, davon ein Heidebuffet, eine Kaffeetrinken mit Kuchen in der Lüneburger Heide. Eintrittsgelder sind exklusive.

Diese Reise wird von der Memellandgruppe Mannheim und der LG der LO Baden-Württemberg durchgeführt. Anmeldungen bei Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229; E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de

Buchen – Sonnabend, 1. Dezember, 14 Uhr, Pfarrscheune in Buchen-Hainstadt: Weihnachtsfeier der Kreisgruppe mit ansprechendem Programm. Der Kleinbus holt ab: um 12.30 Uhr in Mosbach am Busbahnhof und Kaufland, um 13.10 Uhr in Buchen am Ring und Musterplatz sowie um 13.30 Uhr Walldürn an der Volksbank.

Stuttgart – Dienstag, 4. Dezember, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Kleiner Saal: Weihnachtsfeier der Frauengruppe mit Grabbelsack.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Bericht zur 10. Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ostpreußen, Schloß Ellingen. Auf der Herbst-Kulturtagung der Landesgruppe Bayern, wiederum organisiert von dem Landeskulturreferenten Dr. Jürgen Danowski, wurden unterschiedlichste Vorträge geboten. Eröffnet wurde die Tagung mit einem Vortrag von Dr. Danowski selbst, der uns in die vorchristliche Zeit zu den alten Prußen mitnahm. Dieses friedfertige baltische Volk, welches später in den Preußen aufging, vielerlei Naturgottheiten verehrte, siedelte nachweislich seit ca. 4500 Jahren in dem Gebiet Ost- und Westpreußens.

Weiter ging es mit einer Autorenlesung „Letzte Fahrt nach Königsberg“ von Ulrich Trebbin, Moderator beim Bayerischen Rundfunk. Sein Roman erzählt die Familiengeschichte seiner Großmutter, die kurz vor der Einkesselung Königsbergs noch in ihre Heimatstadt zurückfuhr, um eingemachten Schweinebraten aus dem Keller gen Westen zu schicken. Dabei wird die Geschichte der Protagonistin von ihrer Jugend an bis zur endgültigen Flucht mit dem letzten Zug erzählt.

Nach der Mittagspause verwandelte der Stellvertretende Landesvorsitzende Rüdiger Stolle die rund 100 Teilnehmer der Tagung in einen durchaus passablen Chor, der unter anderem das „Ännchen von Tharau“ zweistimmig erklingen ließ. Nach der Singstunde wurde durch den ehemaligen Direktor des Deutsch-Russischen-Hauses in Königsberg, Andre Portnjagin, eine Präsentation über die Architektur der heutigen Stadt am Pregel gehalten. Dabei wurde sowohl auf alte noch erhaltene Baustile samt historisch restaurierten Stadttoren und Villen sowie auf jüngere Architektur hingewiesen. Interessant war dabei, dass der Bauhausstil der 1920er Jahre bereits viele funktionale Elemente der späteren Sowjetarchitektur vorwegnahm.

Zu guter Letzt widmete sich Klaus Weigelt, Präsident des Ostdeutschen Kulturrates , dem Begriff der „Heimat in Text und Sprache“ exemplarisch am Werk von Ruth Geede. Die „Mutter der Ostpreußischen Familie“, die dieses Frühjahr verstarb, hatte noch bis zum Schluss im Alter von stolzen 102 Jahren für die *Preußische Allgemeine Zeitung* geschrieben. Mit Geschichten wie „Der Sauerampfer“ sorgte der Vortragende für einen humorvollen Ausklang der Tagung.

Die Themen für die nächsten Kulturtagungen im Jahr 2019 stehen bereits fest: Für die Frühjahrstagung kündigte Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Originalaufnahmen des Königsberger Rundfunks an. Nach Landeskulturreferent Dr. Danowski werden bei der Herbsttagung Natur und Landschaft in Ost- und Westpreußen im Mittelpunkt stehen.

Marc Zander

Altmühlfranken – Freitag, 23. November, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Der Tierfilmer Heinz Sielmann“ – Filmabend. Vorher gemeinsames Essen (Curry-Wurst).

Hof – Sonnabend, 8. Dezember, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Adventsnachmittag.

Landshut – Donnerstag, 6. Dezember: Weihnachtsmarkt auf der Burg Trausnitz.

Nürnberg – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Ende der U1 gegenüber): Wir feiern Advent, Gäste herzlich willkommen.

Weiden – Nach der Begrüßung und den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald allen Mitgliedern, die im November Geburtstag feiern können. Es folgte ein Bericht des 1. Vorsitzenden Norbert Uschald von der Landeskulturtagung der Landesgruppe im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Im dortigen ehemaligen Schloss des Deutschen Ordens wurde ein interessantes und abwechslungsreiches Programm geboten. Es gab Vorträge über die Prußen, die zwölf baltischen Volksstämme, die dem späteren Preußen den Namen gaben, sowie über die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens Königsberg. Auch über die heuer im hohen Alter von 102 Jahren verstorbene Autorin Ruth Geede konnte man Interessantes erfahren.

Es stand auch ein gemeinsames Singen von ost - und westpreußischen Volksliedern auf dem Programm. Nach diesem Bericht trug Barbara Uschald ein Gedicht von Theodor Fontane vor und Ilse Stark brachte ein zur Herbstzeit passendes. Im Anschluss daran sorgte der Vorsitzende zusammen mit seiner Gattin Anita für musikalische Unterhaltung.

Herzliche Einladung an die Anwesenden erging zum Totengedenken am Totensonntag, 25. November, im Weidener Stadtfriedhof. Treffpunkt ist um 10.45 Uhr bei der Aussegnungshalle.

Die Vorweihnachtsfeier findet am Sonntag, 2. Dezember, 14.30 Uhr im Café Mitte statt. *N.U.*

Der **BdV KV Leipzig** führt am 8. Dezember, 13.30 Uhr, im Gewandhaussaal des Leipziger Ratskeller, Burgplatz 1, die Jahresabschlussveranstaltung durch. Kulturelle Umrahmung: Familie Wegelin/Hartok und der Chor „Lied der Heimat“.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

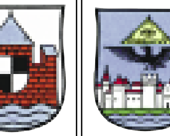
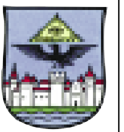
KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.




Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Seniorenfreizeitstätte „Maria Rimkus Haus“, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin. Anfragen: Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.

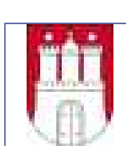



Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 1. Dezember, 13 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



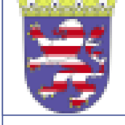
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 8. Dezember, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr) bis zirka 17 Uhr, Hotel NewLivingHome, Julius-Vosseler-Straße 40, Hamburg-Lokstedt: Weihnachtsfeier der Landesgruppe. Das Residenzhotel liegt etwa 50 Meter entfernt von der Haltestelle Hagenbecks Tierpark (U-Bahn Linie U 2 oder den Buslinien 22, 39, 181 und 281) und ist auf ebenem Wege gut zu erreichen. Es erwarten Sie der Chor „Abendklang“, weihnachtliche Gedichte und Verse von Christel Neumann und weitere besinnliche Vorträge. Ein Kaffeegedeck (ein Stück Torte & ein Stück Butterkuchen und Kaffee satt) für 10 Euro pro Person. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Frauengruppe – Freitag 23. November, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: „Von Königsberg in die Welt – Schwermer Marzipan“, Kaffee und Marzipantorte.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Bei der letzten Monatsversammlung sprach Manfred Hoyme über den westpreußischen Journalisten und Schriftsteller A. E. Johann. Er wurde im Jahre 1901 in einem kleinen Ort bei Bromberg als Sohn eines Postbeamten geboren. Dort besuchte er das Gymnasium und studierte nach dem Abitur Journalistik. Er wurde zunächst Journalist und reiste viel, und zwar in alle Erdteile. Seine Reiseberichte erschienen in der Berliner Vossischen Zeitung. Später schrieb er Romane, in denen er seine Erlebnisse verarbeitete. Im Zweiten Weltkrieg war er Kriegsberichterstatter und geriet in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Er wurde in ein Lager in den USA geschickt. Von dort floh er und schlug sich durch alle Erdteile durch bis nach Hause. Das alles verarbeitete Johann in seinen Romanen „Schneesturm“, „Weiße Sonne“ und „Steppenwind“. Dort fliehen drei deutsche Gefangene aus einem Kriegsgefangenenlager in den USA und arbeiten sich durch die Welt, zum Beispiel als Tomatenpflücker in Kalifornien, als Holzfäller in Kanada oder als Seemann. Kanada hatte es A. E. Johann vor allem angetan. Seine Triologie über den Lebensweg eines Deutschen aus Bromberg (Hans Rademacher) „Im Strom“, „Das Ahornblatt“ und „Aus dem Dornbusch“ beschreibt seinen eigenen Lebenslauf. Nach dem Kriege wanderte er nach Kanada aus. Sein Roman „Wälder jenseits der Wälder“ ist ein Abenteuerroman von der Erschließung Kanadas. „Hinter den Bergen das Meer“ beschreibt die dramatische Kanu-Expedition des Schotten MacRencie, dem der abenteuerliche Vorstoß durch unerforschtes Land bis zum Stillen Ozean gelang. Johann beschreibt aber auch andere Gegenden: „Am Rande der Winde“ beschreibt die Erlebnisse eines deutschen Arztes auf Sumatra, und „Südwest“ spielt in Afrika. In seinen Berichten und Romanen, die gut lesbar sind, schildert Johann nicht nur Tiere und Landschaften, sondern geht neben den Naturschönheiten auch auf die Geschichte der bereisten Länder ein, oft verbunden mit einer Familiengeschichte, wie in seinem Westpreußen-Roman „Sehnsucht nach der Dobrinka“.

Manfred Hoyme hatte mehrere Bücher mitgebracht, die von Hand zu Hand gingen und in denen man auch kurz lesen konnte. Zum Schluss brachte er noch eine kurze Leseprobe aus einem der Bücher. Er erhielt für seinen Vortrag viel Beifall.

Die nächste Monatsversammlung findet am Mittwoch, dem 28. November um 15 Uhr im Café Eckstein in Dillenburg statt. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Nach dem Kaffeetrinken wird Christine Hoyme über Adventsbräuche sprechen, wie über den Hausvater Wichern vom Rauhen Haus in Hamburg, der den ersten Adventskranz aufhängte.

Ingrid Nowakiewitsch

Wetzlar – Sonntag, 2. Dezember, 15.30 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Advents- und Weihnachtsfeier. Dabei wird Pfarrer Christian Silbernagel (Büblingshausen) eine Andacht gestalten. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonntag, 2. Dezember, 11 bis 16 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“ Anklam, Baustraße / Nähe Markt: Adventsfeier. Eingeladen sind alle Landsleute aus Ost- und Westpreußen, aber auch aus Pommern, dem Sudetenland und Schlesien sowie Angehörige und Gäste. Auf dem Programm stehen der Rückblick 2018, ein Kassenbericht und die Vorhaben für 2019. An die Adventsandacht schließt sich das feierliche Gedenken an die verstorbenen Landsleute des Jahres 2018 an. Vorbereitet sind ein gemeinsames Mit-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

»Erhalten und Gestalten«

Unter diesem Motto stand die Werkwoche zum 64. Mal

Das Jahr bietet uns verschiedene Festtage, wir aber, die Teilnehmerinnen der Werkwoche in Helmstedt, erleben jedes Jahr eine ganz besondere interessante Zeit, die wir intensiv und dankbar erleben und nicht missen möchten.

War das eine Woche! Der warme goldene Oktober strahlte in seiner schönsten Pracht, und so war die Stimmung einfach prächtig, die Arbeitsfreude groß... Das morgendliche Singen unter der Leitung von Marianne Knopp war immer ein fröhlicher Anfang. Der Filmabend, mit einem Film aus vergangenen Zeiten - Fischer am Kurischen Haff - erinnerte uns an Menschen und Zeiten, denen wir verpflichtet sind.

In den Arbeitsgruppen wussten unsere Werkleiterinnen mit ihrer schier unendlichen Geduld und Hilfsbereitschaft jederzeit Rat. In der großen Gruppe der Strickerinnen wurden die verschiedensten Muster und Modelle angefertigt – in diesem Jahr wurde häufig das Doppelstricken in allen möglichen Varianten geübt –, und oft saß jemand ratlos da, etwas stimmte nicht, aber was? Unsere liebe umsichtige Frau Gudrun Breuer fand nicht nur den Fehler, sondern half auch rasch und geschickt, ihn zu beseitigen. Bei Fragen von Farbkombinationen und neuen Mustern und Modellen wurden wir gründlich beraten, und wer sich an etwas Neues wagen wollte, wurde fachkundig ermutigt. Eine Anfängerin, die sich ein ganz bestimmtes Motiv in den Kopf gesetzt hatte, bekam nach Feierabend am späten Abend eine Vorlage gezeichnet und konnte überglücklich ihr Werk fertigstellen.

Ein Besuch bei den Weberinnen war die helle Freude. Man muss einmal die Vielfalt an Farben, Modellen, Schals, Tischläufern, Decken, Wandbehängen und bunten Jostenbändern in allen erdenklichen Längen und Breiten gesehen haben und sich vorstellen, was an verschiedenen Geräten dazu nötig ist – und welche Vorbereitungen getroffen werden müssen. Unsere Werkleiterin Barbara Lorenzen hatte schon Tage zuvor die großen Webstühle vorbereitet und eigenhändig nach Helmstedt geschafft, und wer die geschäftige Stille in der Webstube erlebt hat, weiß die viele Mühe belohnt. Frau Liesa Rudel, die ausschließlich die Arbeit am Webrahmen vermittelt, kommt extra aus der Schweiz angereist. Sie folgte auf Dagmar Adomeit, die, von uns allen hochverehrt, über Jahrzehnte die Werkwochen begleitet hat, einfach für jeden da war und sogar im ehemaligen Ostpreußen viele Male Werkwochen veranstaltet hat und jetzt ihren wohlverdienten Ruhestand genießt.

Das Trachtenschneidern unter der Leitung von Helga Ständecke und Marianne Knopp fiel in diesem Jahr leider aus, aber wir erinnerten uns an das letzte Jahr, in dem Stücke gezeigt wurden, passend für jede Größe, und selbst Kleider verändert und so umgearbeitet wurden, dass sie für die nächste Trägerin passten.

Die Weißstickerinnen waren wie immer mit Arbeiten beschäftigt, die ein näheres Kennenlernen lohnen. Da werden die feinsten Stiche in Weiß – Schwarz war nur dem Adel vorbehalten – in die zartesten weißen Stoffe gearbeitet, dabei werden die dünnen Fäden gezählt, und bei jedem neuen Anfang gibt es eine andere Art von Stichen. Man muss schon sehr genau hinschauen, um diese feine und elegante Arbeit würdigen zu können, und voller Respekt vernahmen wir die Erklärungen unserer Werkleiterin Ute Tenzer, die uns sorgfältig und gründlich die einzelnen Muster erklärte.

Kurz, bei welcher Arbeitsgruppe wir auch hereinschauten, die Vielfalt an Ideen, der Einfallsreichtum an Techniken, das Zusammenstellen von Mustern und Farben waren außerordentlich beeindruckend und ließ uns voller Ehrfurcht zurückblicken. Da ist über Jahrhunderte ein reicher Wissensschatz entstanden, überliefert von denen, die vor uns gelebt, gedacht und gearbeitet haben. Es ist ein großartiges Erbe, und wir haben das große Glück, das vermittelt zu bekommen. So gilt unser Dank den umsichtigen hilfsbereiten und unendlich geduldigen Werkleiterinnen, die uns mit ihrem Können begleitet haben und dafür gesorgt haben, dass wir nicht nur mit großer Freude und Konzentration bei der Arbeit waren, sondern auch glücklich die begonnene Arbeit fertigstellen und frohgemut mit nach Hause nehmen konnten.

Nochmals herzlichen Dank für die schöne erlebnisreiche Zeit, wir freuen uns schon alle sehr auf die nächste Werkwoche in Helmstedt. *Elke Wasgindt-Langeheine*

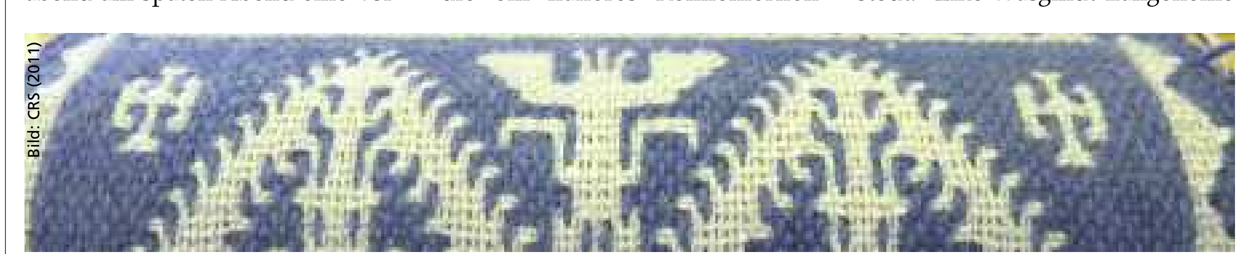


Bild: CRS (2011)

deutscher Reichspräsident (Friedrich) – gewöhnlich, alltäglich – ungläubig, misstrauisch – bemalen, auftragen – musikalisches „Hoch“ – hessische Landschaft – Einsiedler, Klausner – Platzmangel, Raumnot – Früchte einbringen – Sitzung, Tagung – Ackergrenze – dt. Eiskunstläuferin (Katarina) – Besitz, Vermögen – Kerbtier – Wirtschaftsembargo – Stadt im Ruhrgebiet – jap. Kunst d. Papierfaltens – Schiffssteueranlage – Schmuckstein – unbedarft – Rist des menschlichen Fußes – Reihe, Folge – eilig, dringend sein – körperliche Leistungsfähigkeit – Fluss zum Rhein – Berufsvereinigung, Zunft – schlau, verschlagen – Kurzwort für Jugendliche(r) – Gastaufenthalt – Skilauftechnik – Schreibgerät – griechischer Hirtengott – engl.-amerik. Längenmaß – Wagenbespannung – Gaststätte – Nachtlager im Freien – jüdisches Fest – Kartenspiel für eine Person – Veranstaltung, Ereignis (engl.) – Meeressäugetier – Pate – Teil der mechanischen Uhr – Gewürz-, Heilpflanze – weibliche Ziege (südd.) – Gegensatz – Nadelbaum – orientalisches Färbemittel – Abkürzung für Band (Bücher) – Dringlichkeitsvermerk – freier Verteidiger beim Fußball – als Anlage zugefügt – luftförmiges chem. Element – ärmelloser Umhang – Kniegeige – aufhören – Bitterstoff in Getränken – Kanzelredner – holländ. Entertainer (Rudi) – Heiterkeit, Witz – Fluss in Osteuropa (Westl. Dwina) – Schutz, fürsorgliche Aufsicht – vor dem Erkanntwerden schützen – eine Zahl – dekoratives Plakat – landwirtschaftliches Gerät – ital. Autor (Umberto) – Mensch, der etwas stiehlt – langschwänziger Papagei – ugs. für matt, kraftlos – speziell zu diesem Zweck – nur geistig vorhanden – Vorname Strawinskys – Held; Halbgott (griech. Myth.) – Sinfonie Beethovens – Sportruderboot – Lobrede – Sohn Abrahams im A. T. – Waldland in Feld verwandeln – Anzahl kleiner Lebewesen – Kanton u. Bundesstadt der Schweiz – Behälter für ein alkohol. Getränk – baschkirische Hauptstadt – Kosmetikartikel; Salbe – verehrtes Vorbild – Vornehmtuer – blassroter Farbton – französisches Adelsprädikat – jmdm. die Unwahrheit sagen – eindringlich um etwas bitten – Handwerker (Fenster) – Tierunterkunft – Ärger, Wut – Teil des Gesichts

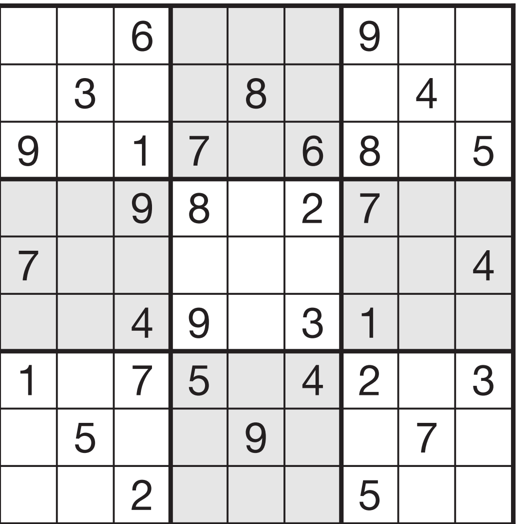
PAZ18_47

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Massiv, 2. Fussel, 3. Butter, 4. Dattel, 5. heiter, 6. Revier – Mutter, Vetter

Kreiskette: 1. Kattun, 2. Gnitte, 3. Rogner, 4. sirren, 5. Wunsch – kategorisch

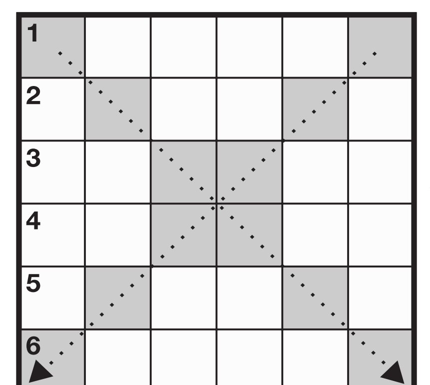
Sudoku



		6				9		
	3			8			4	
9		1	7		6	8		5
		9	8		2	7		
7								4
		4	9		3	1		
1		7	5		4	2		3
	5			9			7	
		2				5		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



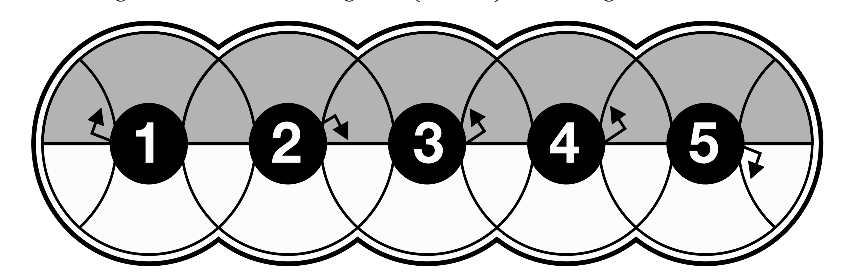
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Verwandte.

1 Gebirgsstock
2 Fädchen
3 Milchprodukt
4 Palmenfrucht
5 sonnig, wolkenlos und hell
6 Polizeidienststelle

Kreiskette

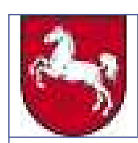
Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für mit Nachdruck und bestimmt.

1 Baumwollstoff, **2** norddeutsch: kleine Mücke, **3** weiblicher Fisch, **4** einen hell klingenden Ton von sich geben (Mücke), **5** Verlangen, Bitte



Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

tagessen, eine weihnachtliche Kaffeetafel und ein schönes Angebot an Bärenfang und Heimatbüchern. Ehrengast ist die Schriftstellerin Ulla Lachauer, die ihre bekannten und neuen Bücher über Ostpreußen vorstellt. Ein Ohrenschmaus wird das Advents-Konzert mit dem Blasorchester der Hansestadt Greifswald und dem Shanty-Chor Insel Usedom e.V. Am 2. Dezember ist im Volkshaus letzte Gelegenheit, Weihnachtspäckchen für Ostpreußen zu spenden. Diese bringt einige Tage später ein Transporter mit der Fähre ins Memelland zu dortigen evangelischen Sozialstationen und deutsch-litauischen Vereinen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 28. November, 15 Uhr, Jasperallee 42 (Eingang Sozialverband): Vortrag „Name und Geschichte zum Fahrrad" mit Bildern von Professor Dieter Cherubim.

Oldenburg – Bericht über unsere Versammlung am 14. November. Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg bediente sich wieder eigener Quellen und hörte den Bericht von Gisela Borchers über ihre Ostpreußenreise im Sommer 2018. Eine Flugreise nach Königsberg und von dort mit dem Bus in die Rominter Heide, nach Tilsit, Rundfahrten durch die Elchniederung, nach Cranz und einem Besuch der Kurischen Nehrung mit der Vogelstation Rossitten und der Hohen Düne bei Pillkoppen: Acht Tage durch das Königsberger Gebiet zeigte Borchers anhand von vielen Bildern per PowerPoint. Eine Fahrt auf dem Königsberger Seekanal nach Pillau und eine Wanderung in den Großen Moosbruch im Kreis Labiau im Hochsommer zählten zu den Höhepunkten. Es war ein beeindruckender Überblick von einer Fahrt durch leeres Land, dessen Leben sich auf die wenigen Städte konzentriert und in dem von der früheren Betriebsamkeit mit ihrer pulsierenden Geschäftigkeit im und auf dem Land nichts mehr zu spüren ist.

Am 12. Dezember treffen wir uns um 15 Uhr zur Adventsfeier. Lieder, Gedichte und Geschichten rund um Advent und Weihnachten sollen im Mittelpunkt stehen, und auf einem Adventsbasar im Stadthotel Eversten bieten wir Advents- und Weihnachtsprodukte unserer Mitglieder an. *G.B.*



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonntag, 2. Dezember, Wohnstift Salzburg, Memeler Straße 35, 33605 Bielefeld: Advent-Heimatnachmittag. Es soll ein besinnlicher Nachmittag werden. Im Mittelpunkt steht die Andacht von Herrn Pfarrer i.R. Falk, das gemeinsame Kaffeetrinken und Schabbern. Der Posaunenchor Schloß Neuhaus wird den musikalischen Rahmen gestalten. Wir erbitten einen Unkostenbeitrag von 5 Euro pro Mitglieder und 8 Euro pro Gast; die Anmeldung zwecks Kuchenbestellung bitte bis zum 23. November unter Telefon (05202) 5584. – Montag, 10. Dezember, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag „Weihnachten in Ostpreußen".

Düren – Mittwoch, 5. Dezember, 16 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Weihnachtsfeier.

Bericht – Die Landsmannschaft Ost-und Westpreußen Kreisgruppe Düren e.V. hatte am 7. November eine außerordentliche Mitgliederversammlung mit Neuwahlen des Vorstands im BdV sowie in der LO abgehalten. Zum neuen Vorstand im BdV wurde Ursula Kluge als erste Vorsitzende gewählt, als zweite Gerda Wornowski, Kassenwart: Waldemar Boeck, Kassenprüfer: Franz Grunwald und Ulrich Porschke, Schriftführerin: Gerda Wornowski.

Zum Vorstand in der LO wurde erste Vorsitzende Gerda Wornowski, als zweite Ruth Seidscheck, Kassenwart: Ernst Wornowski, Kassenprüfer: Franz Grunwald und Ulrich Porschke, Schriftführerin: Ruth Seidscheck. Der neue Vorstand vom BdV sowie der LO wurde einstimmig gewählt.

Die Gewählten nahmen die Wahl an und bedankten sich für das ihnen erbrachte Vertrauen.

Die Vorsitzende Gerda Wornowski bedankte sich bei dem neugewählten Vorstand, dass er die Wahl angenommen hat, und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit.

Düsseldorf – Dienstag, 4. Dezember, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf: Buchpräsentation „Was ist mit Polen los?", Gespräch mit Marta Kijowski und Michael Zeller. – Mittwoch, 5. Dezember, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 6. Dezember, 18 Uhr, Raum 412, GHH: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonntag, 16. Dezember, 12 bis 18 Uhr: Ostdeutsche Weihnacht auf Schloss Burg. Fahrpreis bei 30 Personen: 14 Euro. Eintritt: 4 Euro. Anmeldungen bis spätestens 6. Dezember bei Edith Koitka unter Telefon (0211) 682318.

Lippe – Mittwoch, 12. Dezember: Adventsveranstaltung.

Münster – Sonntag, 25. November, 15 Uhr, Lambertuszimmer, Restaurant Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, 48143 Münster: Jahreshauptversammlung. – Die Frauengruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Münster (Westf.) e. V. trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Edith Ay und Irmgard Bludau im historischen Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, in Münster. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Neuss – Donnerstag, 29. November, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube: Tag der offenen Tür mit Kaffee und Kuchen. – Sonntag, 2. Dezember, 15 Uhr (Einlass: 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Adventsfeier der Ostpreußen mit besinnlichen Liedern und Gedichten, Kaffee, Kuchen und ostpreußischen Spezialitäten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Horst Braczko wurde 90 Jahre. An diesem Tag, am 4. November wurde dieses besondere Ereignis mit Freunden, Verwandten und Bekannten gefeiert. Viele ostpreußische Landsleute gaben ihm die Ehre. Sie bedankten sich für seinen unermüdlichen Einsatz für seine Heimat Ostpreußen. Zu den Gratulanten gehörten die Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr, der er als Wehrleiter viele Jahre angehörte. Der gemischte Chor von Langenberg überbrachte ihm ein musikalisches Ständchen. Es folgten Vertreter der Kirche, der Agrargenossenschaft und der Bürgermeister der Stadt. Wir wünschen Horst Braczko die beste Gesundheit und Gottes Segen auf allen seinen Wegen.

Horst Braczko wurde am 4. November 1928 in Stanken, Kreis Lyck in Ostpreußen geboren.

Als 16-Jähriger wurde er mit seiner Familie aus der Heimat vertrieben, und sie fanden in Sachsen ein neues Zuhause.

Später heiratete er, und sie bekamen zwei Kinder. Durch ständigen Kontakt zu den Verwandten in Westdeutschland erfuhr er, dass sich die Landsleute aus den Vertreibungsgebieten zu Vereinen zusammengefunden hatten und sich zu ihrer Heimat bekennen durften. Durch seine Eheschließung mit seiner Frau Brigitte kam er zur Landwirtschaft.



Jubilar: Horst Braczko mit Tochter Ina Bild: privat

Nach der politischen Wende nahm er Kontakt zu Verbänden in den alten Bundesländern auf, er bekam Hinweise und Unterstützung und war somit in der Lage in Limbach-Oberfrohna eine BdV-Gruppe zu bilden. Auch bei der Gründung der LM Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Limbach-Oberfrohna war er einer der Gestalter.

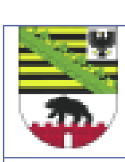
Horst wurde wie sein Sohn Uwe Mitglied im BdV und bekam für seinen unermüdlichen Einsatz die goldene Ehrennadel des BdV verliehen sowie die Silberne Ehrennadel der LM Ostpreußen. Die LG Sachsen würdigte seine Arbeit mit dem Kulturpreis.

Braczko baute seine Scheune um und schaffte dadurch einen guten Raum (Heimatstube) für Beratungen des Vorstandes.

Mit seiner Frau wurde er Mitglied im gemischten Chor Langenberg und war immer bemüht, viele Lieder aus seiner Heimat zu Gehör zu bringen. Das Ehepaar Braczko unternahm viele Fahrten in seine Heimat Ostpreußen und brachte Getreide mit. Dieses hat er auf seinen Feldern ausgesät und nach der Ernte eine echte ostpreußische Erntekrone gefertigt. Es ist zu einer schönen Tradition geworden, das Erntedankfest nach ostpreußischer Art zu feiern. Er baute auf seinen Feldern Mais an und fertigte daraus Girlanden, um den Saal schön zu schmücken. Dazu stellt er auch seine alten landwirtschaftlichen Geräte zur Ausstellung bereit.

Mit Rat und Tat ist er uns eine große Hilfe bei der ehrenamtlichen Arbeit für die KG Limbach-Oberfrohna. Trotz seiner familiären Situation, Verlust der Ehefrau und seines Sohnes Uwe, ist Horst Braczko weiter aktiv in der Kreisgruppe tätig. Dies kann man nicht genug würdigen. Zu unseren Beratungen des Vorstandes begrüßt er uns freundlich, und unsere Heimatstube ist gemütlich, warm und sauber, dank unseres Landsmannes Horst Braczko.

Er ist für ein gutes und ehrliches Miteinander, und wir haben ihm sehr viel zu verdanken, dass unsere Heimat Ostpreußen lebt. Die *Preußische Allgemeine Zeitung*, ist für ihn ein Stück Heimat, und alle erfahren von ihm Wissenswertes darüber. Wir alle sind sehr froh, einen so guten und freundlichen Ostpreußen zu haben. *Familie Kedzierski*

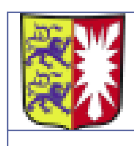


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 23. November, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VD Gardelegen: gemütliches Beisammensein in der Vorweihnachtszeit.

Halle – Freitag, 7. Dezember, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (Marktplatz): Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonntag, 25. November, 15 Uhr Friedhof Am Friedenshügel in der Kapelle: Totensonntag, Es wird eine Mitfahrgelegenheit angeboten.

Malente – Sonntag, 9. Dezember (2. Advent), 15 Uhr, Pflanzencenter Buchwald, Krummsee, Rövkampallee 39: Adventsfeier. Als Abschluss unserer Jahresarbeit wollen wir uns in einer besinnlichen Feierstunde bei Kaffee und Kuchen in froher heimatlicher Runde im Pflanzencenter zusammensetzen. Für die Mitglieder gibt es ein Stück Torte/Blechkuchen plus Kaffee satt. Jeder kann uns mit Beiträgen auf die Weihnachtszeit einstimmen. Angehörige der Landsmannschaften sind ebenfalls herzlich eingeladen. Melden Sie sich bitte umgehend im Blumenhaus Franck, (Inh. St. Munkelt) Malente. Bahnhofstraße 26 an. Telefon (04523) 2659 nur in dringenden Fällen.

Allen Mitgliedern, die aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen können, wünscht der Vorstand eine friedliche Weihnachtszeit und ein gesundes „Neues Jahr 2019".

Mölln – Freitag, 30. November, 15 Uhr, Quellenhof: Adventsfeier. Die Möllner Preußen laden ihre Mitglieder und Gäste herzlichst ein. Sie beginnt mit heimatlichem Glockengeläut. Nach der Begrüßung der Gäste durch unseren Vorsitzenden Klaus Kuhr wird unser Mitglied, Probst Erwin Horning einige Worte zur Advents- und Weihnachtszeit sagen. Es werden Weihnachtslieder gesungen, eventuell sagt auch jemand ein Gedicht auf. Zum gemeinsamen Kaffeetrinken gibt es ein Stück Marzipantorte und ein Stück Butterkuchen für 7,50 Euro. Anschließend werden uns „Die Schaalseejungs" mit ihren Liedern begeistern. Anmeldungen unter Telefon (04542) 5044 bis zum 25. November.

Georg Braun, Schriftführer

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 29. November, 14 Uhr, Klönstuv: Seniorenbegegnung. – Sonnabend, 1. Dezember, 15 Uhr, Klön Stuv, Rosenstraße: Adventsfeier mit dem Singkreis Ostholstein. Landesvorsitzender Edmund Ferner wird über die Bedeutung der Landsmannschaft sprechen und der Pastor besinnliche Worte zum Advent. Der Kostenbeitrag für Kaffee, Tee und Kaffee beträgt 10 Euro. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 26. November unter Telefon (04528) 495 oder 9901.

Uetersen – Freitag, 7. Dezember, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Wir feiern Advent. Es wird, wie immer, vorgelesen und gemeinsam gesungen.

»Hilfe für Euch«

Oldenburg – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. November, jeweils von 11–17 Uhr, im StadtHotel, Hauptstraße 38-40, Oldenburg-Eversten: Verkaufsausstellung der Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch" zum Advent.

Auch im 35. Jahr ihres Bestehens stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch" ihre wertvollen Handarbeiten aus, die in einem „Hilfe-zur-Selbsthilfe"-Projekt in Ostpreußen gearbeitet wurden.



Bild: privat

Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Sonnabend, 24., und Sonntag, 25. November, findet der 23. **Bunte Herbstmarkt** im Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordenschloß Ellingen statt.

Noch bis Sonntag, 25. November, wird hier die Ausstelllung der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen „**Verschwunden. Orte, die es nicht mehr gibt**" zu sehen sein.

Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de oder E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Trauer um Günter Kunick – Kreisgruppe Münster

Am 12. Oktober 2018 verstarb unser langjähriges und geschätztes Mitglied Günter Kunick im hohen Alter von 88 Jahren nach einem Krankenhausaufenthalt in Münster. Noch im Mai 2015 konnten wir ihm im Kreise seiner Familie zu seinem 85. Geburtstag gratulieren. Sein Lebensweg begann am 18. Mai 1930 im westpreußischen Marienburg an der Nogat, berühmt durch das von den Polen wieder hergestellte gleichnamige ehemalige Deutschordensschloss, wo er die ersten vier Lebensjahre verbrachte. Durch den beruflichen Weg seines Vaters gelangte er 1934 schon nach Münster in Westfalen und verlebte hier glückliche Kinderjahre, die allerdings durch das Vermisstenschicksal des Vaters wie auch durch die eigene Einberufung zur militärischen Ausbildung jäh beendet wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg heiratete Günter Kunick 1957 Margret Kanowsky, eine Vertriebene aus Ostpreußen, gründete eine Familie und erwarb für sich und seine Familie durch Fleiß und Tüchtigkeit als Malermeister eine sichere Lebensgrundlage. Nach langer Berufstätigkeit in seinem selbstständigen Meisterbetrieb lebte er als Ruheständler bis zu seinem Tode trotz altersbedingter Beschwerden und Einschränkungen eigenständig. Stets war er interessiert an seinen Mitmenschen. Mit helfender Begleitung seiner Töchter und deren Familien, den Familien Nikolaus und Engelbert, lebte er in den letzten Lebensjahren in seiner Wohnung am Dondersring in Münster. Trotz seiner frühen Verankerung in Westfalen vergaß Günter Kunick seine alte Heimat Westpreußen nie und schloss sich nach dem Zweiten Weltkrieg schon früh unserer landsmannschaftlichen Vereinigung an und blieb ihr bis zu seinem Tode treu. Seine freundliche und besonnene Art wurde von allen Vereinsmitgliedern geschätzt. So führte er die Finanzen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Kreisgruppe Münster (Westf.) e. V. erfolgreich ein Vierteljahrhundert als Schatzmeister und übergab seinem Nachfolger in diesem Ehrenamt 2014 eine gut gefüllte Kasse und ein penibel geführtes Kassenbuch. Bis 2016 diente er dem Verein weiter als Kassenprüfer und nahm auch anderweitig rege am Vereinsleben teil. Wir haben mit dem Tode von Günter Kunick einen aufrichtigen Mitmenschen und treuen Kameraden sowie Landsmann verloren. Wir vermissen ihn und werden ihn in Erinnerung behalten.

Den trauernden Familien Nicolaus und Engelbert sprechen wir unsere aufrichtige Anteilnahme aus. Münster (Westf.), Oktober 2018 Im Namen aller Mitglieder der Landsmannschaft Ost - und Westpreußen Kreisgruppe Münster (Westf.) e. V. *Dieter Zank*

Ostpreußisches Landesmuseum – Die Kurische Nehrung

Lüneburg – Mittwoch, 28. November, 18.30 Uhr, Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt: 6 Euro: „Die Kurische Nehrung – einstige Grenzregion zwischen Deutschland und Litauen“.

Beeindruckt von der Kurischen Nehrung hatten sich Thomas Mann und seine Frau 1929 entschlossen, ein Sommerhaus bei Nidden errichten zu lassen, in dem sie mit ihrer Familie die Sommerurlaube der Jahre 1930 bis 1932 verbrachten.

Die großartige Landschaft der Nehrung und das von der Moderne weitgehend unberührte Leben der Menschen hatten seit Mitte des 19. Jahrhunderts Künstler und Touristen in die nordöstlichste Ecke Preußens, später des Deutschen Reichs gezogen. Maler wie Max Pechstein und Karl Schmidt-Rottluff und der Schriftsteller Thomas Mann ließen sich von der Landschaft inspirieren. Diese Tradition endete mit dem Zweiten Weltkrieg.

Auch für die Litauer besaß die Kurische Nehrung eine besondere Bedeutung. Auf Initiative litauischer Schriftsteller wurde das im Zweiten Weltkrieg beschädigte Haus von Thomas Mann 1967 als Gedenkstätte für den Schriftsteller wiederhergestellt. Nach der Unabhängigkeit Litauens 1990 umfassend restauriert, wurden in dem Haus ein kleines Museum sowie das Thomas-Mann-Kulturzentrum eingerichtet.

Die Veranstaltung will die Geschichte der Kurischen Nehrung und den mit dem Landstrich verbundenen Mythos für Deutsche und Litauer aufzeigen und fragen, inwiefern das heutige Thomas-Mann-Kulturzentrum Traditionen aufnimmt. Der Themenabend ist eine gemeinsame Veranstaltung des Deutschen Kulturforums östliches Europa, des Nordost-Instituts und des Kulturreferats für Ostpreußen und das Baltikum am Ostpreußischen Landesmuseum.

Programm

Begrüßung: Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums.

Vorträge: „Zur Geschichte der Nehrung im 19. und 20. Jahrhundert“ von Nijole Strakauskaite, Universität Memel.

„‘Wunderland’ Kurische Nehrung – der Mythos eines Landstrichs in Deutschland und Litauen in der Zwischenkriegszeit“ von Eva Pluharova-Grigiene, Borgwedel.

„Die Sprachlandschaft der Kurischen Nehrung“ von Christiane Schiller, Humboldt-Universität zu Berlin.

„‘Die Beständigkeit der Erinnerung’. Formen und Funktionen des Niddener Thomas-Mann-Hauses in den letzten sechzig Jahren“ von Professor Ruth Leiserowitz, Deutsches Historisches Institut, Warschau.

Moderation: Professor Joachim Tauber.

Film: „Thomas Mann: Mein Sommerhaus“

Der Vortrag, den Thomas Mann 1931 im Rotary Klub in München gehalten hat, wird von seinem Enkel Frido Mann gelesen, dazu zeigt der Film Landschaftsaufnahmen der Kurischen Nehrung, von Nidden sowie Ansichten des Ferienhauses von Thomas Mann, heute Museum und Sitz des Thomas-Mann-Kulturzentrums Litauische Filmproduktion von Arvydas Barysas, 2015, Dauer: 20 Minuten.

Ende der Veranstaltung gegen 21 Uhr. Um eine Anmeldung wird gebeten unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de

Weitere Veranstaltungen unter Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Hofer Reihe „Berühmte Ostpreußen“: Ludwig Diehl

Der Kulturwart der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof, Bernd Hüttner, stellt regelmäßig berühmte Ostpreußen und deren Lebensgeschichte vor. Im Ok-tober war dies der Württemberger und Wahl-Ostpreuße Dr. med. Ludwig Diehl, der zu den profiliertesten Arztpersönlichkeiten Ostpreußens in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gehörte. Er wurde am 16. Dezember 1876 in Tübingen geboren und studierte in Leipzig.

Im Sommer 1908 erfuhr der ausgebildete Arzt, der mittlerweile als Oberarzt in Oberhausen arbeitete, dass das neu erbaute 60-Betten-Krankenhaus in Rastenburg einen Leitenden Arzt suchte. Diehl bewarb sich und übernahm am 8. August die Stelle, nachdem der Kreis seine Wünsche bezüglich des Gehalts, einer Verbesserung des Instrumentariums und der Beschaffung eines neuzeitlichen Röntgengerätes großzügig erfüllt hatte.

Dieses gute Verhältnis zwischen der Verwaltung des Hauses und ihrem Chef zahlte sich aus. Das Kreiskrankenhaus wurde unter Diehls Leitung zu einer Musterklinik in der Provinz. Der Württemberger brachte ein gutes fachliches Können, das er bis ins Alter hinein erweiterte, und die preußischen Tugenden mit, auf die es in seiner Stellung besonders ankam: außerordentliche Gewissenhaftigkeit und ausgeprägtes Pflichtgefühl. Und so wuchs die Rastenburger Klinik ständig. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurde sie durch Anbau eines Flügels auf 120 Betten erweitert. Nach Ausbruch des Krieges erfolgte ein weiterer Anbau, um eine große Verwundetenstation aufzunehmen. Im Sommer 1917 wurde Diehl selbst eingezogen, um in einem Feldlazarett in Bauske in Kurland als Chirurg zu wirken. Im November 1918 entließ man ihn wieder nach Rastenburg. Ende 1919 hatte das Haus bereits 200 Betten, die in mehrere selbständige Abteilungen gegliedert waren. Eine neue Periode umfangreichen Schaffens brach an. Diehl war in seinem Element und galt bald in der ganzen Provinz als gesuchter Konsiliarius und hervorragender Operateur, der die Kranken von weither anzog.

Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, wurde infolge der Nähe des Kriegsschauplatzes im Polenkrieg das Krankenhaus extrem beansprucht. Es folgten schwere Jahre für Diehl, der seine Wohnung ins Krankenhaus verlegte, um jederzeit zur Stelle zu sein. Im Jahre 1941 fielen seine beiden Söhne innerhalb von zwei Monaten im Luftkampf. In fanatischer Arbeit suchte Diehl, der das Krankenhaus kaum noch verließ, mit diesem Schicksalsschlag fertig zu werden.

Er erkannte früh, dass es um das Schicksal seiner Wahlheimat schlimm bestellt sein würde, wenn die Front nicht zu halten war. Als am 26. Januar 1945 endlich der Räumungsbefehl kam, entschloss sich Diehl, bei den nicht transportfähigen Kranken zu bleiben, und schickte seine Gattin, die bis zuletzt bei ihm ausgehalten hatte, mit den Worten fort: „Jeder Soldat muss auf seinem Posten aushalten; du musst fort, ich habe sonst keine Ruhe mehr. Du musst dich den Kindern erhalten.“ Ein Wiedersehen gab es nicht. Die letzten Tage dieses hoch verdienten Mannes müssen fürchterlich gewesen sein. Er war als einziger Arzt im Krankenhaus verblieben. Und dann brachen Tod und Verwüstung in Rastenburg ein. Schreckliche Dinge spielten sich ab, so schlimm, dass alle in der Stadt verbliebenen Ärzte sich selbst und ihren Angehörigen und Angestellten das Leben nahmen.

Auch der Chefarzt Diehl sah keine Hoffnung mehr und wählte am 31. Januar 1945 den Freitod. Seine Schwestern bestatteten ihn im Krankenhausgarten.

Bis zum letzten Augenblick folgte der Arzt jedoch seinem hippokratischen Eid und Lebensmotto, einem Wort des Sokrates: „Wo einer sich selbst hinstellt, weil er meint, dort sei es am richtigsten, oder wo er von seinem Vorgesetzten hingestellt wird, dort muss er nach meiner Meinung ausharren, auch wenn es gilt, Gefahren zu bestehen.“ *Jutta Starosta*

Eine Reise wert

BernStein-Konzert im Memelland

Am 6. und 7. Oktober war der Sänger BernStein im Memelland, und zwar in Heydekrug. Trotz der herbstlichen Kühle war es für ihn „einer der beglückendsten Besuche im alten Ostpreußen.“

Bereits beim ersten Rundgang in der kleinen Stadt Memel konnte er erkennen, dass sich die Litauer gerne an ihre deutsche preußische Vergangenheit erinnern und den Deutschen offen und freundlich begegnen. Alte deutsche Inschriften an Gebäuden (Kaufläden) und an der Evangelischen Kirche begeistern. Auch die Kirche verbirgt ihre deutsche Herkunft nicht. Über dem Portal prangt die Inschrift: „Ein feste Burg ist unser Gott“ und das ganze „Vater unser“ über und an dem Altar, die Gefallenlisten des Ersten Weltkrieges ist ebenfalls in deutscher Sprache. Der litauische Begleiter erklärte stolz, dass man dies sogar während der russischen Zeit erhalten habe.

Mitten im Ort findet man ein Standbild des Hugo Scheu, eines deutschen Kaufmanns aus Heydekrug, der sehr viel für seine Heimatstadt getan hat und dessen Villa, liebevoll renoviert, als Museum und Tagungsort genutzt wird.

Als Unterkunft dient das Hotel Deims, das von einem Deutschen lange vor dem Ersten Weltkrieg gegründet wurde und heute wieder in den Händen der Familie ist.

Kurz: die Menschen in Heydekrug begegnen einem freundlich, interessiert und liebevoll.

Schon seit vielen Jahren bestand das Vorhaben eines Bern-Stein-Konzertes im Memelland. Jetzt war es soweit. Der gute Geist in Vorbereitung und Ablauf war und ist Gerlinda Stunguriene. Ihr Herz schlägt für Ostpreußen und für gute Beziehungen zu Deutschland. Sie entstammt einer deutschen Familie aus Windenburg am Haff. Viele verdanken ihr wunderbare Begegnungen in Heydekrug, aber auch in vielen Orten in Deutschland ist sie bekannt. Sie ist die Vorsitzende der deutschen Minderheit in Heydekrug.

Am Sonnabend, den 6. Oktober verfolgten aufmerksame Zuhörer sein Konzert „Von Königsberg nach Kiel“. Es wurden alte und eigene Lieder des Sängers mit an die Wand projizierten Bildern, die sich alle mit Ostpreußen früher und heute befassen, verstärkt. Da auch die Texte eingeblendet wurden, stand dem Mitsingen nichts im Wege. Viele beherrschten die schönen Volkslieder und wollen sie immer wieder hören.

Am selben Wochenende gab auch das Forum-Baltikum, die Dittchen-Bühne aus Elmshorn eine Vorstellung zum Besten, und zwar „Reise nach Tilsit“, ein Stück vom „Poeten aus dem Memelland“ Herrmann Sudermann.

Am Sonntag gab es einen weiteren Höhepunkt: In der Evangelischen Kirche in Heydekrug wurde ein Chorwettbewerb ausgetragen – Chormusik auf höchstem Niveau. Man erlebt die Begeisterung der Balten für die Musik und das Singen.

Der Sänger BernStein durfte mit einer Solopartie beim Chor „Heide“ mitwirken. Der Chor ist vielen bekannt, weil er schon oft in Deutschland aufgetreten ist.

Eigens für diese Konzertreise komponierte er ein Lied, das nun gemeinsam mit dem Chor uraufgeführt wurde. Langanhaltender Beifall war ihr Lohn und der Solist erhielt von Aldona Wilhelmina Petrosiene (87) rote Rosen. Sie ist seit 20 Jahren im Vorstand der deutschen Minderheit in Heydekrug und schon lange mit dem Sänger bekannt.

BernStein fasst seine Erfahrungen, die er an diesem Wochenende sammeln durfte, wie folgt zusammen: „Was habe ich gelernt: Es fühlt sich gut an, wenn Litauer und Deutsche sich gemeinsam an die Vergangenheit erinnern und auch erkennen, was in dieser Zeit gut und wertvoll war.

Die Litauer setzen auf Deutschland, weil sie sich Schutz und Sicherung und Entwicklung ihres Staates erhoffen. Dabei achten und bewundern sie die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und sind dankbar für den Einsatz der Bundeswehr in ihrem Land.“

Er selbst hofft auf ein baldiges Wiedersehen.

Bernd Krutzinna/PAZ

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Sie hatten viele Kameraden

In Plawniowitz, Stollarzowitz und Tost halten die Deutschen den Volkstrauertag in Ehren

Mit dem Lied „Ich hatt‘ einen Kameraden“, gespielt vom Blasorchester „Ostroppa“ aus dem gleichnamigen Gleiwitzer Stadtteil, begann die Gedenkfeier des Deutschen Freundschaftskreises Plawniowitz (Plawniowice) an der dortigen Kapelle des heiligen Johannes Nepomuk. Gedacht wurde – wie an vielen Orten in Oberschlesien ganz in der alten deutschen Tradition des Volkstrauertages – allen Opfern des Krieges. Im großen Saal der Feuerwehr konnten die Besucher eine historische Ausstellung „1914–1918“ sehen.

Die Sammler und Hobbyhistoriker Roland Skubala und Norbert Koziol aus Peiskretscham [Pyskowice] präsentierten Originaluniformen aus preußischer Zeit. Koziol hatte bereits 2017 eine große Ausstellung seiner Sammlung preußischer Militaria im Gleiwitzer Museum, Skubala im Museum der Stadt Peiskretscham.

Ebenso wurde in Stollarzowitz [Stolarzowice] und Tost [Toszek] Kriegsopfern gedacht, in Tost standen besonders die Internierten des dortigen Lagers des Innenministeriums der UdSSR (NKWD) im Mittelpunkt. Sie stammten neben Oberschlesien auch aus der preußischen Provinz Sachsen, aus Brandenburg und dem Sudetenland. In der Christus-König-Kirche in Stollarzowitz wurde eine Gedenkmesse gelesen und im Anschluss in einem Vortrag an die Internierten, Ermordeten und Vermissten des Lagers Tost erinnert. Die Gedenkfeiern in Sollarzowitz, Tost und Plawniowitz zu den Stillen Tagen im November werden im Jahreskalender der deutschen Volksgruppe besonders wahrgenommen, die die Gedenken sich auf Lager in der Nähe dieser Orte beziehen und die drei genannten Deutschen Freundschaftskreise (DFK) organisatorisch besser aufgestellt sind als viele Nachbarortsverbände.



Regionale Militärgeschichte: Norbert Koziol mit seiner Uniformsammlung

Das Lager Tost wurde in der örtlichen Psychiatrischen Klinik, der ehemaligen Landespflegeanstalt, eingerichtet. Hier befand sich zuvor ein Lager der Nationalsozialisten, in dem ab Mai 1945 zunächst etwa 1000 Oberschlesier sowie Breslauer festgehalten wurden. Im Sommer 1945 kamen weitere 3600 Gefangene aus dem überfüllten Speziallager Bautzen hinzu. Insgesamt wurden dort mehr als 4600 Menschen interniert. Die Gefangenen mussten in der Umgebung Zwangsarbeit leisten. Im Lager haben etwa 3300 Gefangene ihr Leben verloren, weitere verstarben nach ihrer Freilassung an den Folgen der Internierung. Begraben wurden die Gefangenen zuerst auf dem jüdischen Friedhof in Tost, später aus Platzmangel in einer Sandgrube.

Nach der Auflösung des Lagers Ende 1945 haben sich Ordensschwestern der Ordensgemeinschaft der Borromäerinnen und die Anwohner um die freigelassenen Lagerinsassen gekümmert. Seit 1993 arbeitet Sybille Krägel geb. Rasmussen von der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien aus Hamburg, deren Vater selbst im Lager umkam, an der Erfassung der im Lager Internierten. 1998 wurde für die Toten des NKWD-Lagers Tost ein Gedenkstein errichtet. An dieser Gedenkstätte finden alle zwei Jahre im Mai Gedenkveranstaltungen zur Erinnerung an die Lagerinsassen, die unmenschlichen Bedingungen erleiden mussten, statt. Auch in Oberschlesien wurde eine Gefallenenliste, die sogenannte „Wycisk-Liste“ erarbeitet.

Der Toster DFK engagiert sich seit den frühen 90er Jahren an der Aufarbeitung der Geschichte des Lagers und pflegt Grabstätten und die Kontakte zu den Familien der dort Inhaftierten. Eine weitere Veranstaltung im Rahmen des Opfergedenkens ist die Ausstellung „Wörter meine Fallschirme. Horst Bienek 1930–1990“, die bis Ende Dezember auf dem Toster Schloss präsentiert wird. Der in Gleiwitz geborene Horst Bienek wurde nach der Vertreibung in Ostberlin 1951 durch das polnische Volkskommissariat des Inneren für vier Jahre festgenommen. In seinen ersten Werken beschreibt er seine Erfahrungen aus der Lagerzeit, später war sein literarisches Schaffen mit Gleiwitz und Oberschlesien verbunden. Seine Heimatstadt besuchte er erstmals nach 42 Jahren im Rahmen einer filmischen Biographie. *Chris W. Wagner*

Gedanken zum Totensonntag

Am Totensonntag werden vielerorts Gedenkfeiern für Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten abgehalten. Auf vielen Friedhöfen gibt es ein Gedenkkreuz für die Verstorbenen aus dem deutschen Osten. Für die Familien ist es bitter, sie erinnern sich an die gepflegten Friedhöfe zu Hause – wobei die Erlebnisgeneration, die alles noch aus eigener Anschauung kennt, kaum noch unter uns ist. Das Schicksal der Friedhöfe in der Heimat ist zumeist entwürdigend, in vielen Fällen wurde die Totenruhe gestört, die Gräber ausgehoben, auf der Suche nach Schmuck und Grabbeigaben. Die Grabsteine oftmals zerstört oder „umgenutzt“.

Viele unserer ostdeutschen Landsleute wissen aber gar nicht, wo ihre in Krieg und Vertreibung umgekommenen Familienmitglieder begraben sind. Da ist es tröstlich zu wissen, dass z.B. auch Umbettungen der Zivilbevölkerung auf dem Kriegsgräberfriedhof in Neumark-Glinna bei Stettin stattgefunden haben.

Im Gegensatz zum Volkstrauertag, früher Heldengedenktag genannt, ist der Totensonntag hauptsächlich dem Gedenken der Familienmitglieder gewidmet. Alle Gräber – ohnehin über das gesamte Jahr liebevoll gepflegt – erhalten jetzt einen besonderen Schmuck und vielfach werden auch Lichter angezündet.

Doch was fällt uns auf, wenn wir Friedhöfe besuchen? Die herkömmlichen Gräber werden immer weniger, nach Ablauf der immer kürzeren Liegefrist wird zumeist nicht verlängert. Es soll keiner mehr Arbeit damit haben. Auch sind die Grabstellen sehr teuer geworden. Es werden Urnengräber auf Gemeinschaftsanlagen bevorzugt. Ich finde das schade, denn Friedhöfe zu besuchen bedeutet auch immer, sich in die damalige Zeit hineinzuversetzen, die alten Grabsteine mit ihren Verzierungen, oft Engeln und Blumen, erzählen Geschichte. Wenn man z.B. den Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg besucht, findet man die Gräber vieler bekannter Persönlichkeiten. Auch dadurch sind diese unsterblich.

Nach der Wende wurden einige verwahrloste, ehemalige deutsche Friedhöfe in Stettin und Hinterpommern zu Lapidarien umgestaltet oder sie wurden auf den jetzt polnischen Friedhöfen errichtet. Als Beispiel sei der Hauptfriedhof in Stettin genannt, der seit einigen Jahren den polnischen Status eines geschützten Nationaldenkmals besitzt.

Der Friedhof wurde im Jahre 1901 auf einer Fläche von ursprünglich 64 ha eingerichtet. Der älteste Teil des Friedhofs wurde von dem herausragenden Städteplaner und Architekten Wilhelm Meyer (*28. Juni 1854 in Bad Schwartau, † 14. August 1935 in Stettin) nach dem Vorbild des Friedhofs Hamburg-Ohlsdorf entworfen. Von ihm stammen weitere repräsentative Objekte, auch die Hakenterrasse in Stettin. Sein Grabmal gibt es noch.

Bis 1918 wurden die Hauptkapelle, das Haupttor und das Verwaltungsgebäude, aber auch einige der Panorama-Achsen errichtet. Der erste Friedhofsdirektor, Georg Hannig, war auch Landschaftsarchitekt, er gestaltete die Parkanlage. Zielsetzung war es, durch Nutzung der natürlichen Besonderheiten die Gesamtanlage in die vorhandene Landschaft einzupassen. Der Friedhof sollte sowohl eine malerische Parkanlage sein, als auch den Charakter eines „Memorialparks“ besitzen. Die meisten Wege im alten Teil des Friedhofs sind verschlungen und durchziehen ihn in einem Netz von kleinen Kreisen. Der von Platanen flankierte Hauptweg führt vom Zentraleingang direkt auf die Kapelle zu und diese Hauptachse verbindet und teilt den alten und den neuen Bereich des Parkfriedhofs.

Wahre Künstler schufen wunderschöne Grabsteine und Skulpturen. Ihren Platz fanden hier Avantgardewerke von Bestelmeyer, van Dahl, Kusthardt, Lederer und die berühmte „Mutter Erde“ von Ernst Barlach, das sich jetzt in Güstrow befindet.

Die Gedenkstätte der ehemaligen Stettiner (Lapidarium) befindet sich im Bereich des früheren Urnenhains. Nach der Rekonstruktion von 2006-2007 wurden hier neben den erhaltenen Denkmälern zahlreiche Grabmäler aufgestellt, die früher von ihren ursprünglichen Standorten entfernt wurden. Grabstätten bedeutender Stettiner Familien zeugen von einer leider vergangenen Zeit, doch ihr Andenken wird jetzt bewahrt. Man sieht u.a. die Grabstätten von Bernhard Stoewer, dem Stettiner Industriellen. Unternehmen, die mit der Marke Stoewer verbunden waren, stellten Nähmaschinen, Schreibmaschinen, Fahrräder und Autos her. Daneben Grabsteine der Familien Funk und Borchers vom Anfang des 20. Jh.. Das monumentale Grabmal der Familie Hentschel in Form einer ionischen Säulenhalle. Daneben steht ein Denkmal aus rotem Sandstein, und etwas weiter die Grabplatte der Familie Käsemacher-Bauer in Form einer Ädikula. Das Grabmal mit der Büste von Hermann Haken und seiner Ehefrau Johanna. Hermann Haken war in den Jahren 1877–1907 Oberbürgermeister von Stettin, er führte einen komplexen Umbau des Stadtplanungssystems durch und trug bedeutend zur Entwicklung der Stadt bei. Grabmäler an zwei Rotunden für die Soldaten des deutschen Infanterie Regiments Nr. 357, die im Ersten Weltkrieg gefallen sind. Sie enthalten eine Inschrift mit der Beschreibung der Schlachtorte.

Doch auch in Stettin-Hökendorf und auf dem alten Dorffriedhof in Lübzin am Dammschen See gibt es Lapidarien. Die Stettin-Hökendorfer versäumen es nie, ihrer Toten zu gedenken.

Der Totensonntag ist das evangelische Gegenstück zum katholischen Allerseelen. Er ist immer der letzte Sonntag im Kirchenjahr. Auf ihn folgt der erste Advent.

Brigitte Stramm





v. l. Das Grabmal Hermann u. Johanna Haken; Stettin-Hökendorf; Neumark-Glinna; Dorffriedhof in Lübzin.

(Fotos: Klesczewski, Stramm, privat)





Mit dem Eisbrecher „Stettin“ auf stürmischer Ostseefahrt

Dampf-Highlight in Vorpommern. Über eine Woche lag der Veteran an der Steinernen Fischbrücke. Unüberhörbar, denn seine Dampfpfeife dröhnte von Zeit zu Zeit über den Stralsunder Hafen. Drei Dutzend zahlende große und kleine Passagiere ließen sich die sechsstündige Reise bis zum ersten Etappenziel Saßnitz auf Heimatkurs nicht entgehen. Viele hansestädtische Seh-Leute sehen dabei zum ersten Mal „ihren“ Hafen aus der Vogel- oder Brückenperspektive. Oder fahren



Elende Schaukelei

mit einem „so großen Schiff“ unter Rügen- und Ziegelgrabenbrücke hindurch. „Richtigen Seegang“ hat es dann gratis dazugegeben. Am Ausgang des Greifswalder Boddens erwischt es den tropfenförmigen Rumpf voll. Nach der Kursänderung auf Saßnitz kommen querab Rügen die vom Ostwind aufgeworfenen Wellen dwars, wie es seemännisch heißt, also direkt von der Seite. Da die sonst bei einem Schiff seitlich unter Wasser angebrachten Schlingerkiele fehlen, die den Seegang gemildert hätten, fängt die gute, alte „Stettin mächtig an zu rollen. Manchmal so unkontrolliert, dass Vieles aus seinen Halterungen gerissen wird oder wie allerlei Gläser und Geschirr einfach zu Bruch geht. „Aber“, so der Stralsunder Dr. Wolfgang Kelm, „das gehört doch irgendwie dazu. Seine Frau Aenne hingegen findet die „elende Schaukelei gar nicht so witzig“. Ihren Sohn, Dr. Uwe Kelm, zieht es in den Kesselraum: „Einmal Heizer sein, das wollte ich schon immer!“ Aber schon nach zwei Stunden ist die Rollerei im Hafen von Saßnitz vorbei. „So als wäre nichts gewesen“, lacht Günther Soltau und kauft sich an Land erst mal eine Thüringer Bratwurst, „denn Seeluft macht ja bekanntlich hungrig“. Wie auch er gehen alle Mitpassagiere begeistert von Bord und streben dem Bahnhof zu. Im Zug nach Stralsund ist dann genügend Zeit, um noch einmal die bewegte Geschichte des Dampfers Revue passieren zu lassen.

Gebaut von den Stettiner Oderwerken, wurde die „Stettin“ am 16. November 1933 als bis dahin größter Eisbrecher unter deutscher Flagge in Dienst gestellt.

Auftraggeber war die Industrie- und Handelskammer zu Stettin für das Einsatzgebiet Oder und Stettiner Haff. Gegen Kriegsende flüchtete das Schiff in den Westen und wurde dem Wasser- und Schifffahrtsamt Hamburg unterstellt mit dem Liegeplatz Tonnenhof Wedel. Bis 1981 tat der 2200-PS-Dampfer unermüdlich Dienst. Zahlreiche schwierige Einsätze hatte er auf Unterelbe, Nord-Ostsee-Kanal, Kieler Förde und Ostsee zu absolvieren.

Im Jahre 1982 wurde die „Stettin“ als technisches Kulturdenkmal anerkannt und vom „Förderverein Eisbrecher STETTIN“ übernommen. Seitdem wird der original erhaltene Eisbrecher im Sommer für Gästefahrten unter Dampf gehalten und dient in der übrigen Zeit als liegendes Museumsschiff, überwiegend im Hamburger Museumshafen Oevelgönne. Ende 2008 feiert sie ihren 75. Geburtstag.

Stettin an zweiter Stelle

Ihrer geografischen Lage an der letzten möglichen Überquerungsstelle des bis zu acht Kilometer breiten, von zwei Flussarmen durchzogenen Urstromtals verdankte Stettin, bis 1945 Pommerns Hauptstadt, ihre Entwicklung zum bedeutenden Schifffahrts- und Wirtschaftszentrum. Mit einem Güterumschlag von 8,4 Mio. Tonnen schob sich Stettin ab 1936 nach Hamburg an die zweite Stelle der deutschen Häfen.

Die Winter im Osten brachten oft schon vor Weihnachten geschlossene Eisdecken. So wäre hier ein winterlicher Schiffsverkehr ohne Eisbrecherhilfe kaum denkbar gewesen. Dem führenden Ostseehafen Stettin fiel bei der technischen Entwicklung des Eisbrecherwesens eine Sonderrolle zu. Die Stadt wurde Heimathafen einer privatwirtschaftlich organisierten Eisbrecherflotte und damit Namensgeberin jenes Dampfeisbrechers, der bis 1945 Flaggschiff der Flotte war, zu der auch „Preußen“, „Pommern“, „Berlin“, „Swinemünde“ gehörten, der glücklich alle Widrigkeiten des Krieges überstand.

Flüchtlingsschiff

Die „Stettin“ gab vielen Seeleuten im Winter ihr tägliches Brot, den Kaufleuten sicherte sie den ganzjährigen wirtschaftlichen Erfolg. Unzählige Schiffe hat sie während ihrer Dienstzeit aus dem Eis gebrochen. Bei allen Einsätzen war das Glück ihr stiller Begleiter. Für viele Betroffene ist die „Stettin“ deshalb zu einer Art Symbol geworden: nie die Hoffnung aufzugeben.

Sie hat sowohl der Handelsschifffahrt als auch der Kriegsmarine bis Anfang 1945 geholfen. Im März 1945 konnte sie mit mehr als 500 Kriegsflüchtlingen von Stettin aus über die Ostsee nach Kopenhagen entkommen.

Aufgrund hoher Personal- und Unterhaltungskosten wurde es unwirtschaftlich, die „Stettin“ weiterhin als Eisbrecher einzusetzen. Es fehlte darüber hinaus technisches Personal, auch Trimmer und Heizer.

Rettung Förderverein

So wurde die „Stettin“ 1981 durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nord außer Dienst gestellt. Der Weg in den Hochofen schien unausweichlich. Aber auch in dieser Situation hatte die „alte Lady“ Glück. Gegründet wurde schließlich der Förderverein „Eisbrecher STETTIN e.V.“ mit dem Ziel, die „Stettin“ als technisches Kulturdenkmal fahrfähig der Nachwelt zu erhalten. Den Aktivitäten der Gründungsmitglieder, den vielen Spendern und Sponsoren ist es zu verdanken, dass der Verein 1982 die „Stettin“ kaufen konnte. Seitdem ist er Eigner und Reeder. Neuer Heimathafen wurde die Hansestadt Lübeck, gleichzeitig auch Patenstadt von Stettin.

Peer Schmidt-Walther

www.dampf-eisbrecher-stettin.de



Der Pommern-Greif am Steven des Eisbrechers „Stettin“

Es gab Vorbehalte

Zu: Von der Diskriminierung zur Verfolgung (Nr. 44)

Im Zusammenhang mit den schlimmen und traurigen Vorkommnissen anlässlich der Judenverfolgung in der deutschen Vorkriegszeit erwähnt der Autor, dass Hitler bis 1942 in Zusammenwirkung mit zionistischen Organisationen für jeden abgeschobenen Juden 1000 Reichsmark auszahlte. England aber forderte 1000 Pfund, eine Summe, die das Reich in Kriegszeiten nicht aufbringen konnte. England und die USA nahmen überhaupt sehr wenige Juden auf.

Der Satz „Nachdem ab 1933 zunächst nur jüdische Konsumenten im Ausland den Kauf deutscher Waren verweigert hatten“ verschleiert die Brisanz der Ereignisse. Am 24. März 1933 riefen Londoner Händler zu einem Wirtschaftsboykott gegen Deutschland aus. Deutsche Exporte wurden in den USA zerstört, Waren nicht mehr gekauft. Hitler erließ daraufhin einen Boykott jüdischer Geschäfte. Dieser dauerte jedoch nur ein Wochenende, da die deutsche Bevölkerung ihn nicht mitmachte.

Wenn auch diese Vorkommnisse in keiner Weise Ausschreitungen gegen jüdische Bürger rechtfertigen, so können sie doch erklären, warum ein Teil der Bevölkerung Vorbehalte gegen Juden hatte. Dass es vorher in Deutschland wenig „Antisemitismus“ gegeben haben muss, scheint mir die Tatsache zu belegen, dass nach 1918 (nach der Wiedergründung der Polnischen Republik und nach der Bildung des „Polnischen Korridors“) zirka 500 000 polnische Juden ins Deutsche Reich flohen, um den Drangsalierungen durch Polen zu entgehen.

Brigitte Bean-Keiffenheim, Frankfurt am Main

Grüner Höhenflug ist ein Luxus-Symptom

Zu: Jung, attraktiv, identitätslos (Nr. 46)

Der Europa-Parteitag in Leipzig zeigte: Die Grünen wollen regieren und sie wissen, dass die rotgrüne Koalition, in der sie 1998 erstmals Bundesministerien führten, auf absehbare Zeit kein gangbarer Weg zur Macht ist. Selbst dann nicht, wenn sie ebenso wie die Sozialdemokraten längst bereit sind, mit der Linkspartei zu paktieren.

In Leipzig gab es zum Thema Migration die Andeutung eines Streits. Die Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer ist für diese Partei weiterhin ein No-Go. Jeder soll das Recht haben, einen Asylantrag zu stellen – natürlich mit positivem Bescheid. Dieses gilt ebenfalls für Klima- und Wirtschaftsmigranten. Die Massenvergewaltigung in Freiburg wurde so gut wie gar nicht erwähnt. Und kaum hat Herr Kretschmann etwas Vernünftiges über die Kriminalität der Schutzsuchenden gesagt, herrscht erst einmal Stille – dann wird er förmlich zerrissen.

Über die Finanzierung der Gäste, Aushöhlung unserer Sozialsysteme, innere Sicherheit und Infrastruktur wird nicht debattiert. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt sagte vor drei Jahren: „Unser Land wird sich ändern und zwar drastisch – und ich freue mich darauf!“

Mit Besorgnis denke ich an das Vokabular der stellvertretenden Bundestagsvizepräsidentin Frau Roth, die unser Deutschland mit Dreck betitelte. Des Weiteren: Noch mehr Europa, bis zu den Vereinigten Staaten von Europa sowie EU-Steuern auf Energie.

In der Realität richten die Grünen mit ihrer Arroganz und Gesinnungsethik in Europa eher Schaden an. Nach dem nächsten kalten Winter oder kühlen Sommer sowie dem ersten gravierenden Stromausfall sind die Grünen auch wieder da, wo sie hingehören.

Der Höhenflug der Ökopartei ist ein Luxus-Symptom. Deren Moral und Ziele finden Leute nur so lange erstrebenswert, wie es ihnen nicht ganz persönlich ans Eingemachte geht. Auf Dauer haben sie keine Chance, weil es um die Grundlagen unserer Existenz geht – und das werden die Menschen spüren.

Johann Eggers, Jützbüttel



Hat auch bei den Briten viel Kredit verspielt: War Kanzlerin Merkel (hier mit Premierministerin May) Schuld am Brexit? Bild: Imago

Taube Ohren

Zu: AfD in grotesker Lage (Nr. 45)

Groteske Lage? Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, ausnahmslos alle Personen im Lande bezüglich ihrer Verfassungstreue zu beobachten – und zwar geheim, daher der Name Geheimdienst. Wer eine Beobachtung ankündigt, hat sich schon verraten („lieber Verfassungsfeind, pass’ auf, wir beobachten Dich!“).

Wie viel Dummheit kann sich dieser Staat eigentlich noch leisten? Die AfD sollte progressiv mit der „Gefahr“ umgehen und vom Verfassungsschutz Angaben über einige Radikalinskis anfordern zwecks Ausschluss der Störenfriede. Das wäre doch mal eine gute „Amtshilfe“.

Oder sind sie etwa eingeschleust? Die ständige Zerstörung der Wahlplakate und andere Aktionen zeigen das geistige Niveau der politischen „Mitbewerber“. Wenn das die Argumente der Mitbewerber sind, dann liebe AfD: Spart euch die Kosten fürs „Plakaten“, das Hirn der Gegner spricht aus ihren Taten.

Bedenklich ist, dass sich die anderen Parteien in klammheimlicher Freude nicht lautstark von diesem „Kampfstil“ distanzieren – ich höre nichts, auch nicht von meiner Partei, der ich seit 58 Jahren angehöre. Taube Ohren allerorten – muss wohl doch AfD wählen.

Werner Czinczel, Gaggenau

Asyl für Merkel

Zu: Massenzuwanderung als großes Ziel (Nr. 44)

In einem solchen Fall von enormer Wichtigkeit und Tragweite bedarf es unbedingt einer Abstimmung vor der Unterschrift, und zwar ohne Fraktionszwang. Bestenfalls sollte es eine Volksabstimmung geben, denn Frau Merkel braucht es ja bei ihrer politischen Kurzlebigkeit nicht mehr auszubaden. Armer Nachfolger!

Armes Deutschland! Sollte Merkel dennoch die Unterschrift in Marrakesch leisten, so sollte sie dann auch gleich dort Asyl beantragen, denn auf dem Rückflug dürfte sie als persona non grata das Flugzeug nicht mehr verlassen.

Willi Brüsewitz, Berlin

Ohne Merkel wäre es wohl nicht zum Brexit gekommen

Zu: Nachruf auf eine schon zu lange Regierende (Nr. 42)

Die treffende Beurteilung über die Bundeskanzlerin will ich noch um einen Punkt ergänzen: Ich bin der Auffassung, dass die im Vereinigten Königreich im Jahre 2016 abgehaltene Volksabstimmung über den Brexit ohne Angela Merkel knapp für die EU ausgefallen wäre.

In seinem ausführlichen Bericht über die Brexit-Kampagne „All out War“ zitiert der Journalist Tim Shipman Ex-Premierminister David Camerons engen Berater Andrew Cooper, wonach Merkels Entscheidung, die deutsche Grenze zu öffnen, die „Remain“-Seite fünf Prozent der Wähler kostete. Darüber hinaus verweigerte Brüssel (das heißt: Merkel und Junker) David Cameron die Kompromisse, die er brauchte, um zu Hause die Mehrheit seiner Partei hinter sich zu halten.

Rob Oxley von „Vote Leave“ schrieb, dass Cameron „didn’t give them (unentschlossenen konservativen Abgeordneten) the lifeboat they needed to back Remain“, aber Cameron konnte ihnen kein Rettungsboot anbieten, weil ihm das notwendige Entgegenkommen seitens der EU verweigert wurde.

Ich bin selbst Brite und wohne meistens im Ausland. Ich bin EU-Gegner, aber ich bin auch faul! Allein Merkels Entscheidung, im Jahre 2015 verfassungswidrig die deutschen Grenzen zu öffnen, veranlasste mich, nach Hause zu fahren, um in der Volksabstimmung den Brexit zu wählen. Das kostete mich Zeit, Aufwand und Geld. Ohne Merkel hätte ich es nicht getan.

M. E. Walker, Köln

Wie es kam, dass »Sachsen« nach Sachsen »abwanderte«

Zu: Plädoyer für die mutigen Sachsen (Nr. 38)

Und wieder hat Eva Herman „Frei gedacht“, klar und deutlich, und diesmal eine Lanze für unsere sächsischen Landsleute gebrochen, die von den sogenannten Leitmedien verstärkt und ungerechtfertigt in die braune Ecke geschoben werden und mit ihnen das gesamte Bundesland, der Freistaat Sachsen.

Vergessen wird, dass sich die Mitteldeutschen ein ganz anderes Urteilsvermögen erworben haben, als die meisten Einwohner der alten Bundesrepublik. Immerhin waren sie es, die die Vereinigung West- und Mitteldeutschlands erkämpften, als die meisten Westdeutschen sich noch im Schlaf der Umerziehung befanden. Besonders sie sind es, die die Gefahren deutlicher erkennen, die dem deutschen Volk drohen.

Bevor ich zum Kern meines Schreibens komme, soll der gesamten Redaktion, allen Autoren und Mitarbeitern, Lob, Dank und Anerkennung ausgesprochen werden für all das, was Woche für Woche geleistet wird. Und das besonders auch im politischen Bereich, wo geradegerückt wird, was vom Staatsfernsehen und weiteren „Mainstream-Medien“ falsch berichtet oder unterschlagen wird, wobei oftmals der Ausdruck Lügen- und Lückenpresse angebracht ist, so wie es auch Chemnitz und Köthen vor Kurzem zeigten.

Vergessen werden sollen auch nicht die Leserbriefschreiber, die bezeugen, wie wichtig die *PAZ* ist und zeigen, dass sich die *Preußische Allgemeine Zeitung* auf dem richtigen Weg befindet. Stellvertretend beziehe ich mich auf die Leserzuschrift „Nachträglich zum Polen gemacht“ von Peter Martenka (Nr. 39). Diese Ungeheuerlichkeit musste zweimal gelesen werden, um sie zu begreifen. Statt Peter Martenka könnte dort jeder andere Name stehen, der in den fremd verwalteten Gebieten geboren wurde. Der Verfasser wurde als Deutscher in Deutschland geboren und sollte neuerdings in Polen mit einer polnischen Staatsangehörigkeit geboren worden sein. Gnädigerweise wurde die Herkunftsstaatsangehörigkeit in deutsch geändert, aber beim Geburtsland wurde aus „Polen“ nur „ungeklärt“. Wohlgemerkt, Peter Martenka wurde vor dem Zweiten Weltkrieg geboren, im zum Deutschen Reich gehörenden jahrhundertelang deutschen Pommern.

Und nun zum ursprünglichen Anlass dieses Schreibens. Hier meine ich, ist eine Ergänzung angebracht. Von den mutigen Sachsen heutzutage wurde eine Verbindungslinie zu den Sachsen zur Zeit Karls des Großen gezogen. Es könnte nun geschlussfolgert werden, dass die damaligen Sachsen die Ahnen der heutigen Sachsen wären. So ist es aber nicht. Die Sachsen von heute haben mit den Sachsen von damals, von der Übernahme des Namens abgesehen, keine Gemeinsamkeit.

Herzog Widukinds Stamm lag im Norden

Wie ist es aber dazu gekommen, dass der Name „Sachsen“ einem anderen Volksstamm übergestülpt wurde? In seiner größten Ausdehnung reichte das Stammesherzogtum Sachsen von der Ems und dem Niederrhein im Westen bis zur Elbe-Saale-Linie im Osten und von der Eider im Norden bis zur Ruhr und dem Harz im Süden. Es gliederte sich in Nordalbingien (im heutigen Holstein), Westfalen (mit Osnabrück, Münster und Dortmund) und daran anschließend in Engern westlich und östlich der Weser. Weiter in Ostfalen mit Lüneburg, Hildesheim, Braunschweig, Magdeburg und Halberstadt.

1180 wurde das Stammesherzogtum des Welfen Heinrich des Löwen von seinem Vetter, dem Stauferkaiser Friedrich I. (Barbarossa) zerschlagen und in viele Einzelterritorien zersplittert. Dabei entstand das neue Herzogtum Sachsen an der Elbe, das aber mit Lauenburg und einem Landstreifen entlang der Elbe nur ein geringes Randgebiet des alten Herzogtums umfasste, und weiter mit Wittenberg, das nicht zum alten Stammesherzogtum gehörte.

Das neue Herzogtum erhielten auch nicht die Welfen, sondern die Askanier, die bis zum Ende des Ersten Weltkrieges in Anhalt (im heutigen Bundesland Sachsen-Anhalt) regierten. Hier ist der Ursprung zu sehen, weshalb der Name Sachsen nach Süden wanderte, in ein Gebiet, in dem niemals Sachsen sesshaft waren.

1260 wurde das Herzogtum Sachsen in die Linien Sachsen-Lauenburg – den Landkreis „Herzogtum Lauenburg“ gibt es heute noch – und Sachsen-Wittenberg geteilt. 1356 erhielt Sachsen-Wittenberg mit der Goldenen Bulle die Kurwürde, und so war der sächsische Kurfürst neben drei weiteren weltlichen und drei geistlichen auch einer der sieben Fürsten und Fürstbischöfe, die den Deutschen König beziehungsweise Deutschen Kaiser wählen durften.

Als die Askanier 1422 ausstarben, wurde das Herzogtum Sachsen-Wittenberg nicht an die bis 1689 bestehende Linie Sachsen-Lauenburg gegeben, sondern 1423 mit der Kurwürde an die Wettiner in der Markgrafschaft Meißen. Damit ging die Markgrafschaft, das Kerngebiet des heutigen Sachsens, im Kurfürstentum Sachsen auf, zu dem seit Mitte des 13. Jahrhunderts auch die Landgrafschaft Thüringen gehörte.

Einer der wichtigsten Einschnitte im nunmehrigen Sachsen war die Leipziger Teilung der Brüder Ernst und Albrecht 1485, mit der das Kurfürstentum Sachsen-Wittenberg und die Landgrafschaft Thüringen an die Ernestiner fielen und die Albertiner das nunmehrige Herzogtum Sachsen mit Dresden, Leipzig und Meißen erhielten. Nach dem verlorenen Schmalkaldischen Krieg 1547 mussten die Ernestiner Sachsen-Wittenberg mit der Kurwürde und weitere Gebiete an die Albertiner abtreten, die jetzt die Kurfürsten von Sachsen wurden.

Auch in den wiederholt geteilten Ernestinischen Herzogtümern in Thüringen lebte Sachsen bis zum Ende des Ersten Weltkrieges fort. Heute ist der gewanderte Name noch in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt enthalten.

War der Name Sachsen lange Zeit im Norden keine Landesbezeichnung mehr, so erlebte er nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung des Landes Niedersachsen auf angestammtem Boden seine Auferstehung, wenn auch zur Unterscheidung zu dem heutigen Sachsen (Obersachsen) als Niedersachsen. Und trotzdem, die „neuen Sachsen“ haben mit den „alten Sachsen“ mit ihrem Kampfesmut etwas gemeinsam. Deshalb passen zu ihnen auch die mittleren Zeilen der ersten Strophe der inoffiziellen niedersächsischen Hymne, die da lautet:

„Von der Weser bis zur Elbe, / von dem Harz bis an das Meer, / stehen Niedersachsens Söhne, / eine stolze Burg und Wehr. / Fest wie unsre Eichen / halten alle Zeit wir stand, / wenn Stürme brausen übers deutsche Vaterland. / Wir sind die Niedersachsen, / sturmfest und erdverwachsen, / heil Herzog Widukinds Stamm!“

Manfred Weinhold, Hamburg

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Hier liegt man richtig

Diesen Sonntag ist wieder Totengedenken – Ein Besuch auf zwei Nürnberger Friedhöfen, die vor 500 Jahren eingeweiht wurden

Die Nürnberger Johannis- und Rochusfriedhöfe zählen zu den schönsten Begräbnisstätten Europas. Kunstvolle Epitaphien zieren die Gräber berühmter Persönlichkeiten wie Albrecht Dürer.

Am 31. Oktober 1518 richtete Kaiser Maximilian I. ein folgenreiches Schreiben an den Nürnberger Rat. Der über die hygienischen Verhältnisse auf den innerstädtischen Friedhöfen entsetzte Herrscher verfügte, dass die Toten fortan außerhalb der Mauern der Reichsstadt beerdigt werden sollen. Der Rat richtete daraufhin die Friedhöfe St. Johannis und St. Rochus ein. Sie haben es zu Weltruhm gebracht. Der geht sowohl auf die Grabstätten prominenter Persönlichkeiten wie Albrecht Dürer als auch auf eine gestalterische Besonderheit zurück: Die Gräber sind mit liegenden Steinen überdeckt, die kunstvolle Grabschilde aus Bronze oder Messing aufweisen. Die beiden Friedhöfe „leben“: Noch heute kommt es zu Beisetzungen in historischen Grabstätten.

Wegen seiner Rosenstöcke wird der Johannisfriedhof auch „Rosenfriedhof“ genannt. Für den Rochusfriedhof hat sich die Bezeichnung „Handwerkerfriedhof“ eingebürgert, weil auf ihm die „Epitaphien“ genannten Grabschilde von Handwerkern reich vertreten sind. Viele beschränken sich in gekonnter Schlichtheit auf Namen und Beruf der Bestatteten. So teilen uns eine Brezel und ein Brötchen mit, dass Jorg Feirabend Bäcker war. Sein Epitaph ließ er 1523 gießen. Es war üblich, sich bei Zeiten selbst um den Kauf der Grabstätte und die Gestaltung des Grabschildes zu kümmern.

Andere Epitaphien geben der christlichen Auferstehungshoffnung Ausdruck. Die Brüder Sebold und Hans Mair erwarben für sich und ihre Ehefrauen Anna und Katharina ein Gemeinschaftsgrab. Das Grabschild von 1564 zeigt Sebold und Hans beim Gebet unter dem am Kreuz hängenden Christus. Hinter beiden steht je eine Bügeltasche zum Zeichen dafür, dass sie das Handwerk des „Täschners“ ausübten.

Zwischen den Grabsteinen von Bierbrauern, Brillenmachern, Lebküchlern, eines Henkers und Angehöriger vieler anderer Berufe liegen die von historischen Persönlichkeiten. Allen voran Peter Vischer der Ältere (um 1460–1529), den die Stadt mit einem Ehrengrab bedacht hat. Der Leiter der seinerzeit bedeutendsten Messinggießerei im Lande hatte fürstliche und kirchliche Auftraggeber in ganz Europa. Herausragend ist das von ihm und seinen Söhnen für die Reliquien des heiligen Sebaldus geschaffene Grabmal in der Nürnberger Sebalduskirche. Viele der frühen Epitaphien der beiden Friedhöfe gingen aus seiner Werkstatt hervor. Sein eigenes trägt die lateinische Inschrift: „Das (ewige) Leben, nicht den Tod fasse ins Auge.“





Viele Berühmtheiten sind hier unter Rosen begraben: Johannisfriedhof mit Kirche Bild: Thiede

Auf dem Johannisfriedhof befinden sich die Ehrengräber weiterer Künstler. Einer von ihnen ist Wenzel Jamnitzer (1508–1585), der für den Rat und den Kaiserhof Goldschmiedearbeiten schuf. Der für Kaiser Maximilian I. tätige Bildhauer Veit Stoß (1447–1533) erfreut sich eines Ehrengrabs, obwohl ihn der Stadtrat wegen Urkundenfälschung schwer bestraft hatte: Er ließ dem Künstler mit einem glühenden Spieß die Backen durchbohren und erkannte ihm das Bürger- wie Meisterrecht ab. Gleichwohl blieb Stoß tätig. Sein vor 500 Jahren vollendeter „Engelsgruß“ mit den überlebensgroßen Figuren der Heiligen Jungfrau und des Verkündigungsengels ist ein Glanzlicht der künstlerischen Ausstattung der Nürnberger Lorenzkirche.

Trotz Ausschilderung ist es gar nicht so einfach, das Ehrengrab Albrecht Dürers ausfindig zu machen. Die lateinische Inschrift des pultartig aufgerichteten Kopfendes lautet: „Was an Albrecht Dürer sterblich war, liegt unter diesem Grabhügel.“ Die in der Gießhütte Peter Vischers d. Ä. angefertigte Bronzetafel stiftete der ebenfalls auf dem Johannisfriedhof bestattete Patrizier Willibald Pirckheimer seinem Freund Dürer. Der wohlhabende Künstler hatte sich die Grabstätte übrigens nicht etwa selbst geleistet, sondern folgte seinen Schwiegereltern in die von ihnen erworbene nach. Des später mit mehreren neuen Bestattungen versehenen Dürergrabes nahm sich 1681 der Maler und Kunsthistoriker Joachim von Sandrart an. Er ließ den Grabstein erneuern und steuerte Bronzetafeln mit langen lateinischen und deutschen Lobeshymnen auf Dürer bei.

Nicht weit vom Dürergrab entfernt klappert ein Totenschädel mit den Zähnen. Und das kommt so: Der Patrizier Andreas Georg Paumgartner (1613–1686) leistete sich eines der aufwendigsten Epitaphien des Johannisfriedhofs. Der Entwurf stammt von dem Künstler Georg Schweigger. Auf eigene Initiative setzte er auf das Fußende des Grabsteins eine Zugabe, die sich bei den Besuchern des Friedhofs größter Beliebtheit erfreut: Einen Totenschädel aus Bronze, der mit beweglichem Unterkiefer ausgestattet ist.

Rund 6000 Epitaphien sind auf den beiden Friedhöfen erhalten. Als besonders schützenswert gelten die des 16. bis 18. Jahrhunderts. Die jüngeren werden in vielen Fällen entfernt, wenn die Grabstätte einen neuen Besitzer bekommt. Die Tradition der gegossenen Grabschilde lebt bis heute fort. Unter den jüngeren des Johannisfriedhofs fällt ein Spitzdrachen auf. Er zieht scheinbar die Namensschildchen der Bestatteten gen Himmel.

Auf dem Rochusfriedhof wiederum findet sich ein Grabschild, das einen Schmunzeln lässt. In Anspielung auf ein populäres Lied von Frank Sinatra blickt eine Dame zufrieden auf ihr Leben zurück: „I did it my way“ (Ich hab es auf meine Weise getan) – und bekräftigt das mit dem Zusatz „Extraordinary“, also auf „außergewöhnliche“ Art.

Veit-Mario Thiede

Der Nürnberger St. Johannisfriedhof liegt an der Johannisstraße, der St. Rochusfriedhof an der Rothenburger Straße, geöffnet bis 6. Dezember von 8 bis 17 Uhr, danach bis 6. Januar nur bis 16 Uhr und von April bis September von 7 bis 19 Uhr.

Eine Jahrhundertfälschung

Vor 250 Jahren sorgten die »Prillwitzer Idole« für viel Wirbel

Der Neubrandenburger Arzt Dr. Hempel machte 1768 einen Hausbesuch bei der Familie Sponholz. Über den Breesener Pastor August Sponholz war sie mit dem Maler Caspar David Friedrich verwandt, dessen ältere Schwester Catharina 1791 in die Pastorenfamilie eingeheiratet hatte. Dr. Hempel traf an diesem Tag auf Johanna Sponholz, die Witwe des Goldschmieds und Geldverleihers Andreas Friedrich Sponholz. Aus der Ehe entstammten drei Söhne: der exzentrische Gideon und die Goldschmiede Jonathan und Jakob.

Dr. Hempel fiel schon bald eine mit Runen verzierte Löwenfigur ins Auge, angeblich habe sie ein priesterlicher Vorfahre der Familie Sponholz im Pfarrgarten von Prillwitz ausgegraben. Der Doktor war begeistert, kaufte 35 Figuren, aber nicht nur er. Man riss den Brüdern die Figürchen aus den Händen und zahlte ihnen viel Geld dafür.

„Rethra“, das Heiligtum der Slawen, war das Zauberwort, das ein Runen-Kenner auf einer Löwenfigur entziffert haben wollte. Der verschrobene Gideon entwickelte sich zum gefragten Altertumskenner, aber auch zum Schrecken der Stadt. Gerüchte gingen um, er sei mit dem Teufel im Bunde gewesen. Als er 1807 unverheiratet im Alter von 62 Jahren starb, warf man Leinsamen auf seinen Sarg, das sollte vor seiner Wiederkehr als Untoter schützen.

Jahrzehnte später kamen Zweifel über die Echtheit der nach ihrem Fundort benannten „Prillwitzer Idole“ auf. Die Großherzogliche Kommission verhörte 1827 schließlich mehrere ehemalige Angestellte der Familie Sponholz, darunter den Goldschmied Neumann. Ihn ereilte die Reue, und er gestand seine Beteiligung an den Fälschungen. Bis heute gilt Gideon als der kreative Kopf der



Bild: Fr. Piekosiński, Kamienie mikorzyńskie, Kraków 1896

Fälschungen: Prillwitzer Idole

Fälscherbande, Jakob war vermutlich für die Feinarbeit zuständig gewesen, während Jonathan, zur fraglichen Zeit auf Gesellenwanderung, unbeteiligt am Herstellungsprozess war.

Dessen Tochter Johanna Wilhelmine wurde schließlich selber Opfer eines Mannes mit krimineller Energie, die in dem Fall nicht in kreative Bahnen gelenkt wurde. 1802 heiratete sie in der Dorfkirche von Sabel bei Neubrandenburg den Pächter Georg Heinrich Wollmer. Von „häuslichen Umständen“ ist in einer rätselhaften Aktennotiz des bekannten „Dichterpfarrers“ Ernst Theodor Johann Brückner am 31. Oktober 1802 die Rede, die die „Beschleunigung einer ehelichen Verbindung“ erfordere.

Zu einem unbekannten Zeitpunkt suchte Wollmer Jahre später das Weite, ließ Frau und Kinder bei Nacht und Nebel im Stich. 1819 veröffentlichte die Stettiner Regierung einen Steckbrief, darin fahndete die Polizei nach dem „angeblichen Amtmann“ wegen „Herumtreibens als Spieler“. Am 7. Dezember 1825 starb der mysteriöse Wollmer in Penzlin an der Schwindsucht. Seine leidgeprüfte Ehefrau überlebte ihn um 34 Jahre. Friedrich Otto war ihr einziger Sohn, der in Neubrandenburg blieb.

Der eine Sohn Wilhelm Friedrich Wollmer blieb nach seiner Gesellenwanderung als Bäcker in Dänemark. Der andere Sohn Heinrich Wollmer zog als Mehl- und Vorkosthändler nach Charlottenburg, wo er 1833 Henriette Emilie Rungenhagen heiratete, eine Großnichte zweiten Grades des Komponisten und Direktors der Berliner Sing-Akademie, Carl Friedrich Rungenhagen.

Die Prillwitzer Idole werden heute im Mecklenburgischen Volkskundemuseum Schwerin-Mueß aufbewahrt. *Bettina Müller*

Untergang einer Dynastie

Schloss Charlottenburg zelebriert die Herrschaft der Hohenzollern

Vor 100 Jahren wurde in Deutschland die Monarchie zu Grabe getragen. Damit endete mit dem Ersten Weltkrieg auch die Herrschaft der Hohenzollern. Die im Jahr 1061 erstmals in Quellen nachweisbare Dynastie hatte ununterbrochen seit 1415 zunächst das Kurfürstentum Brandenburg, ab 1701 das Königreich Preußen und ab 1871 das Deutsche Kaiserreich regiert. Die Spuren, welche diese lange Herrschaft bis heute hinterlassen hat, beleuchtet eine neue Dauerausstellung, die unter dem Titel „Das Preußische Königshaus – Eine Einführung in die Dynastie“ jetzt im Berliner Schloss Charlottenburg präsentiert wird.

Im Zentrum der Ausstellung steht die Vermittlung des auch von Rückschlägen geprägten Aufstiegs der Dynastie durch Herrscherporträts rund um die Neupräsentation des Kronschatzes. Die Karkassen der für König Friedrich I. und Königin Sophie Charlotte angefertigten Kronen glänzen hier im Wettstreit mit Reichsapfel, Zepter, dem brandenburgischen Kurschwert und dem preußischen Herzogsschwert sowie dem Reichssiegel.

Zuvor widmet sich die Ausstellung der Frage nach dem Selbstverständnis hohenzollernscher Herrschaft. Wie in anderen Dynastien spielen dabei Rang und Altehrwürdigkeit die entscheidenden Rollen. Die Erfindung früher Familienmitglieder, verdeutlicht durch ein fiktives Porträt, macht dies ebenso sichtbar wie die Rückbesinnung auf überkommene Traditionen. So reaktivierte Friedrich Wilhelm IV. das Huldigungszeremoniell und ließ die Ruine der Stammburg am Rand der Schwäbischen Alb in neogotischen Formen wiederaufbauen.



Funeralhelm von 1688 Bild: SPSG

In weiteren Räumen wird den Mitteln nachgespürt, die den Aufstieg der Hohenzollern ermöglichten. Die Heiratspolitik wird nicht nur durch die Porträtpräsenz verschiedener Gemahlinnen von Hohenzollern-Herrschern erfahrbar. Insbesondere macht eine Medienstation anhand von Medaillenprägungen auf zwölf Vermählungen das dadurch entstandene europaweite Adels-Netzwerk auf interaktive Weise nachvollziehbar.

Selbstverständlich erfolgte die Herrschaftserweiterung nicht immer auf friedlichem Wege. In einem weiteren Ausstellungsbereich wird die Bedeutung des Militärs unter den Hohenzollern thematisiert, für deren männliche Familienmitglieder seit der Zeit Friedrich Wilhelms I. die Uniform zur Alltagskleidung wurde. Im Mittelpunkt dieser Präsentation stehen 16 von einstmals 140 Soldatenfigurinen, die um 1830 geschaffen wurden, um dem männlichen Nachwuchs die Kennzeichen der verschiedenen Regimenter nahezubringen.

Schloss Charlottenburg ist für diesen historischen Überblick ein idealer Ort. Seit dem späten 17. Jahrhundert haben alle Könige und Königinnen Preußens hier gelebt oder an Schloss und Park gebaut und ihre Spuren hinterlassen. Trotz der Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg ist es beim Wiederaufbau gelungen, diese historischen Schichten wieder erlebbar zu machen und Schloss Charlottenburg als authentischen Ort der Hohenzollern-Dynastie zu präsentieren. *tws/SPSG*

Schloss Charlottenburg – Altes Schloss, Spandauer Damm 10–22, 14059 Berlin, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 16.30 Uhr, Eintritt: 10 Euro.

Erich von Däniken legt nach

Der Schweizer Hotelier Erich von Däniken wurde 1968 durch seinen Bestseller „Erinnerungen an die Zukunft“ weltberühmt. Darin vertrat der wissenschaftliche Autodidakt zum ersten Male die bis heute heftig umstrittene These, dass die Erde in grauer Vorzeit von Außerirdischen besucht worden sei und es rund um die Welt Beweise dafür gebe. Diese versuchte von Däniken in 40 weiteren Büchern, Filmen und TV-Serien zu verbreiten, wobei allein die Weltauflage der Druckwerke inzwischen bei rund 70 Millionen Exemplaren liegt. Seine letzte diesbezügliche Schrift trägt den Titel „Neue Erkenntnisse“. Darin konzentriert sich der nunmehr 83-Jährige vor allem auf vier Themen.

Zum Ersten diskutiert er neue Erkenntnisse über die zahlreichen, seltsam deformierten Schädel aus prähistorischen Zeiten, welche man inzwischen überall auf der Erde findet – die sind seiner Meinung nach keine Überreste von Erdbewohnern. Zum Zweiten behauptet von Däniken genau das Gleiche auch über jene merkwürdigen Skelette aus Südamerika mit nur drei Fingern oder Zehen und darüber hinaus ebenfalls extrem langgezogenen Schädeln. In diesem Falle zitiert der Autor diverse Fachwissenschaftler, die behaupten, die Fundstücke seien echt und daran gesicherte DNA-Reste keiner irdischen Spezies zuzuordnen.

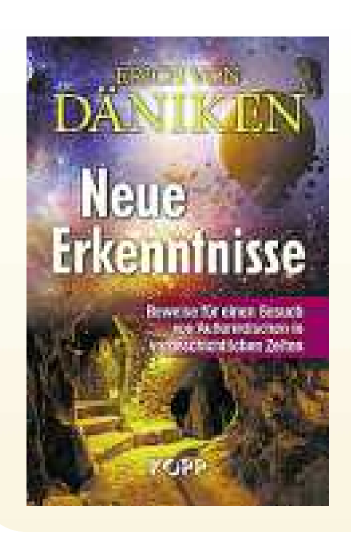
Zum Dritten beschäftigt sich von Däniken einmal mehr mit den großen Pyramiden Ägyptens und macht geltend, dass es sich um keine Grabmale handele und die Bauwerke im Übrigen auch nicht während der 4. Dynastie um 2600 v. Chr. entstanden sein könnten. Denn es sei schlichtweg unmöglich – so der Schweizer – sechs Pyramiden mit einem Bauvolumen von fast 900000 Kubikmetern unter den damaligen Bedingungen in weniger als 100 Jahren zu errichten. Und tatsächlich existieren keinerlei offizielle Inschriften, welche beispielsweise auf den Pharao Cheops als Bauherrn der großen Pyramide von Gizeh hinweisen, obwohl die Herrscher am Nil doch sonst so bemüht waren, ihre Namen bei jeder sich bietenden Gelegenheit der Nachwelt zu hinterlassen. Wieso dann gerade nicht an einem solch einzigartig monumentalen Bauwerk? Hier erscheint die Schlussfolgerung von Dänikens, dass die Pyramiden deutlich älter seien, also nicht auf die Pharaonen zurückgehen, durchaus plausibel. Dahingegen sind seine Vermutungen, wozu sie tatsächlich gedient haben könnten und wer die wahren Erbauer seien, schwammiger und spekulativer.

Erklärungen für Unerklärliches

Zum Vierten verweist von Däniken auf die ebenfalls rund um den Globus zu findenden unterirdischen Anlagen aus der Steinzeit oder später, für welche die Geschichtswissenschaft bislang ebenfalls keine vernünftige Erklärung gefunden hat. Dazu zählen die sogenannten „Drachenhäuser“ in Griechenland, Großdolmen in Irland, der Bretagne, Skandinavien, Malta, Nordafrika, Japan, Korea, Indien und Südamerika, uralte ausgedehnte Tunnelbauten in Österreich sowie gigantische unterirdische Städte wie die im Huangshan-Gebirge in Südost-China und Derinkuyu in Kappadokien. Laut von Däniken handelt es sich dabei samt und sonders um „Schutzbauten“, in denen die Menschen abwarteten, bis das mörderische kosmische Bombardement endete, welches aus „Sternenkriegen“ zwischen den Göttern – sprich verfeindeten Gruppierungen von Außerirdischen – resultierte. Als Beleg führt der Autor hier unter anderem alte Überlieferungen diverser Naturvölker, das Hindu-Epos Matsya Purana, „Maya-Codices“ sowie Passagen aus der Bibel an.

Vermutlich wird von Däniken auch für dieses Werk wieder heftig kritisiert werden. Wobei der Gegenwind zum einen von Seiten der etablierten Wissenschaft kommen dürfte, die gerne von „unhaltbaren Thesen“ spricht, ohne aber konkret zu den rätselhaften Hinterlassenschaften aus der Vergangenheit Stellung zu nehmen, welche der Schweizer mit zahlreichen aufschlussreichen Fotos vorstellt. Zum anderen steht zu erwarten, dass erneut auch der Vorwurf des „Rassismus“ auf den Tisch kommt: Erich von Däniken spreche den außereuropäischen Völkern der Vergangenheit die Fähigkeit zu höheren kulturellen Leistungen ab, hieß es nämlich schon oft. Das freilich ist ein klassisches Totschlagargument, um begründete Zweifel an der Richtigkeit etablierter historischer Dogmen schon im Ansatz als „rechtes Gedankengut“ zu diskreditieren. Daher tut jeder, der Interesse an dem Thema hat, gut daran, das Buch selbst in die Hand zu nehmen, um sich eine eigene Meinung zu bilden.

W. Kaufmann



***Erich von Däniken: „Neue Erkenntnisse. Beweise für einen Besuch von Außerirdischen in vorgeschichtlichen Zeiten“,** Kopp-Verlag, Rottenburg 2018, gebunden, 218 Seiten, 19,99 Euro*

Psalmen auf CD

Die Neue Genfer Übersetzung (NGÜ) ist ein gemeinsames Projekt der Genfer Bibelgesellschaft, der Deutschen Bibelgesellschaft und des Brunnen Verlags. Sie versucht, den Inhalt zuverlässig und verständlich wiederzugeben. Bei ihrer recht modernen Sprache sehnt sich der Leser oder Zuhörer manchmal nach der sprachlich virtuosen Lutherübersetzung, aber Luther hat bei seiner Übersetzung Inhalte oft so übersetzt, dass sie zu seiner Glaubenslehre passen. Das ist bei der NGÜ eher nicht der Fall. Sie möchte mit der inhaltlich möglichst genauen Übersetzung das Vertrauen in die Bibel fördern und einen neuen Zugang zu Gottes Wort ermöglichen. Da ist es nur konsequent, den Text auch barrierefrei zu gestalten, und zwar in Form eines Hörbuches. Bislang sind das Neue Testament und die Sprüche erschienen und nun auch ein Hörbuch mit den Psalmen. Gelesen werden diese von der TV-Moderatorin Doro Wiebe, die mittlerweile den Nachnamen Plutte trägt.

Vertrauen in die Bibel fördern

Bei einem Hörbuch muss man die Stimme mögen. Das kann man bei Doro Wiebe. Gerade die emotionalen Psalmen liest zwar jeder auf seine eigene Weise, und eine Sprecherin kann nicht alle Lesarten abdecken, aber man kann ihrer Stimme gut folgen. Eine Männerstimme gibt an, welcher Psalm folgt, angefangen von Psalm 1 bis hinzu Psalm 150. Danach hört man jeweils die TV-Moderatorin.

Leider gibt es keine Einführung und auch kein Nachwort der Herausgeber. Das ist schade, aber die Psalmen stehen eben für sich.

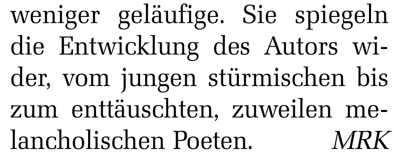
Die CD ist ein MP3-Hörbuch und bietet auch drum herum nicht viel. Doch die Papphülle schützt die CD und erfüllt damit ihren Zweck.

Christiane Rinser-Schrut



***„Neue Genfer Übersetzung – Die Psalmen als Hörbuch“**, gelesen von Doro Wiebe, Brunnen Verlag, Gießen 2018, Spielzeit: 5 Stunden, 48 Minuten, 9,50 Euro*

Gesammelte Liebesgedichte



Rechtzeitig vor Weihnachten hat der Hoffmann und Campe Verlag einen Gedichtband mit Liebesgedichten Heinrich Heines als ideales Mitbringsel herausgegeben. Die darin veröffentlichte Lyrik ist auf Grundlage der von Manfred Windfuhr im selben Verlag herausgegebenen historisch-kritischen Werkausgabe, der sogenannten Düsseldorfer Ausgabe, erfolgt.

Neben bekannten Gedichten wie „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten“ enthält die Sammlung auch weniger geläufige. Sie spiegeln die Entwicklung des Autors wider, vom jungen stürmischen bis zum enttäuschten, zuweilen melancholischen Poeten.

MRK



***Heinrich Heine: „Kurze Worte, lange Küsse. Liebesgedichte“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2018, gebunden, 110 Seiten, 15 Euro*

Auf in die »Murkelei«

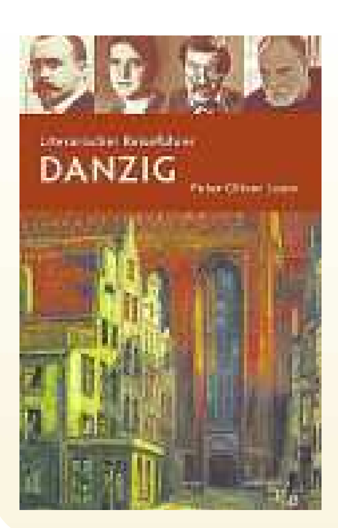
Ein bisschen zum Gruseln, ein bisschen zum Freuen und ganz viel fantastisches Abenteuer, das ist das Kinderbuch „Frau Wolle und der Duft von Schokolade“. Die Geschwister Merle und Moritz leben mit ihrer vielarbeitenden Mutter allein. Der Vater hat sie scheinbar verlassen, ist nur des Nachts über den Weltempfänger, den er den Kindern hinterließ, auf einem Radiosender zu hören.

Mit Frau Wolkenstein beginnt für die Kinder ein abenteuerliches Nachtleben, das sie aus ihrem Kinderzimmer in eine fantastische Welt, die Murkelei, von der ihr Vater ihnen immer erzählt hatte, entführt. Dort gibt es listige Spitzzahntrolle und einen hilfreichen Fuchs. In ihrer ersten Nacht entkommen sie den kleinen Spitzzahntrollen, die die Kinder durch Schokolade ebenfalls in Spitzzahntrolle verwandeln wollen. Doch dann verlieren die Kinder ihren Weltempfänger, ihre einzige Verbindung zum Vater. In der zweiten Nacht versuchen sie unter Einhaltung bestimmter Regeln, die sie von der Kinderfrau erhalten, und mithilfe des Waisenfuchses Silberträne diese Verbindung zum Vater wiederzuerlangen.

Im Nachwort erzählt die preisgekrönte Kinderbuchautorin Jutta Richter, dass ihr Vater jeden Sonntag die Geschichten von Hans Fallada vorgelesen und sie von ihm den Ausdruck „Murkelei“ entliehen habe. Der Text ist großzügig auf die Seiten verteilt und immer wieder mit Bildern bereichert, die Kapitel sind nur wenige Seiten lang, sodass Viertklässler beim Lesen nicht überfordert sein werden. Ein schönes Buch über die Sehnsucht nach einer heilen Familie mit Mutter und Vater. Empfohlen wird es ab neun Jahren, und zwar mit Grund: Das Buch ist durch die Spannung und die gruseligen Spitzzahntrolle nichts für ganz junge Leser oder Zuhörer.

Wunderbar sind auch die farbigen Illustrationen von Günter Mattei. Das letzte Bild zeigt zwei Spitzzahntrolle mit einem Schild, das die Aufschrift trägt „Fortsetzung folgt“. Man kann also davon ausgehen, dass „Frau Wolle“ eine Reihe wird und „der Duft von Schokolade“ nur den Auftakt in die fantastische Welt der Murkelei bildet. Man darf gespannt sein.

CRS



***Jutta Richter: „Frau Wolle und der Duft von Schokolade“** Carl Hanser Verlag, München 2018, Hardcover, 143 Seiten, 13 Euro*

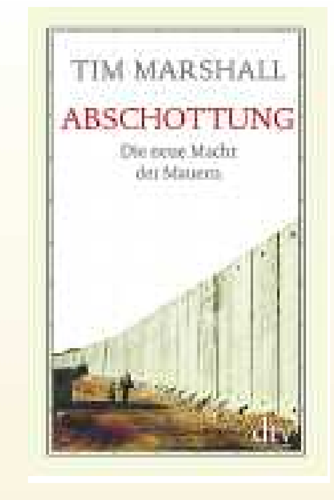
Tim Marshall sieht Grenzen als Übel

Es gibt Menschen, die halten Grenzen für wichtig, weil sie Sicherheit und Ordnung sowie Identität schaffen. Andere sehen in Grenzen übles Teufelswerk, das nur zu Zwistigkeiten nach dem Motto „Wir hier auf der einen und die Fremden da drüben auf der anderen Seite“ führe. Zur letzteren Gruppe zählt der US-Journalist beziehungsweise Einwanderungsbefürworter Tim Marshall, wie er in seinem Buch „Abschottung. Die neue Macht der Mauern“ zeigt.

Der Autor beschreibt darin einige der stark befestigten Grenzen, welche sich mittlerweile bereits 65 Länder der Welt zugelegt haben – die Hälfte der Anlagen entstand übrigens erst nach Beginn des neuen Jahrtausends. Und das ist der Kern des Problems: Die Zunahme der „Mauern“ resultiert in wesentlichem Maße aus der Entwicklung seit dem 11. September 2001. Die islamische Welt ist ein Pulverfass ohnegleichen geworden und selbst Länder wie Saudi-Arabien versuchen nun, den Terror – und im Übrigen auch die Armut unter Glaubensgenossen – mithilfe von Mauern „draußen“ zu halten. Dennoch behauptet Marshall, die Grenzbefestigungen Saudi-Arabiens stünden „da nicht als steinerner Ausdruck des Misstrauens der Saudis gegenüber ‚den anderen‘, denn jenseits der Grenze haben diese ‚anderen‘ größtenteils die gleiche Religion, Sprache und Kultur wie die Bewohner des Königreichs“.

Danach zieht der Autor dann ausgiebig über die angeblich sehr viel negativ zu sehenden Grenzbefestigungen osteuropäischer Länder und der USA zur Verhinderung illegaler Immigration her, wobei er sich auch in permanenter Trump-Schelte übt. Das ist zum einen langweilig und wirkt zum anderen wie von interessierter Seite in Auftrag gegeben.

W. K.



***Tim Marshall: „Abschottung. Die neue Macht der Mauern“**, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, gebunden, 330 Seiten, 24 Euro*

Im Schneckentempo durch Danzig

100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg richtet sich der Blick nach Danzig. Der Versailler Vertrag, der Danzig zur Freien Stadt erklärt hat, und der polnische Korridor, der dazu führte, dass auf der Danziger Westerplatte der Zweite Weltkrieg begann, rückten die Stadt in den Mittelpunkt der Weltpolitik.

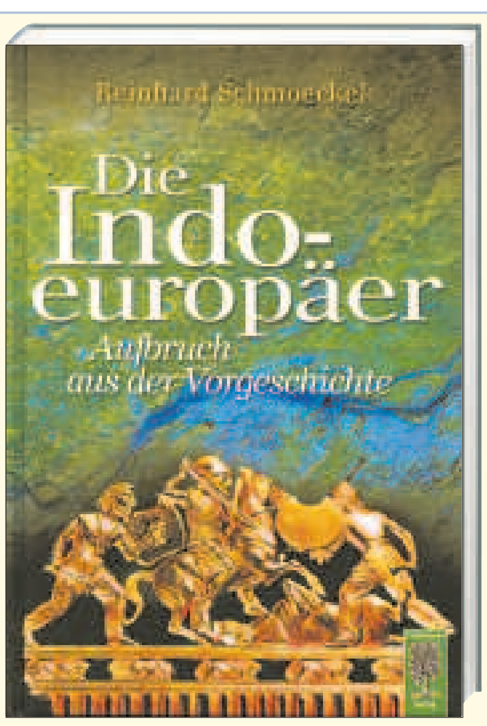
Vergessen werden sollte darüber hinaus nicht, dass Danzig auch Weltliteratur hervorgebracht hat. Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass stammte von hier. In Danzig lebte und wirkte der Barockdichter Martin Opitz, E. T. A. Hoffmann schrieb eine Erzählung um Danzigs Wahrzeichen, den Artushof, und auch Rainer Maria Rilke dichtete etwas über seinen Aufenthalt in Danzig im Jahr 1899. Und kurz vor Weihnachten sei daran erinnert, dass der Schöpfer von „O du fröhliche“, Johannes Daniel Falk, vor 250 Jahren, nämlich am 28. Oktober 1768, in Danzig geboren wurde.

Allen diesen Persönlichkeiten begegnet man auf Schritt und Tritt in Peter Oliver Loews „Literarischem Reiseführer Danzig“, der jetzt in aktualisierter und erweiterter Ausgabe erschienen ist. Im Prinzip hat Grass mit seinem Erzählwerk bereits einen ewigen Reiseführer über die Stadt geschrieben. In Loews Stadtrundgang wird daher Grass gefühlt auf jeder zweiten Seite zitiert. Dabei überführt er den Literaten eines Fehlers in der „Blechtrommel“: „Merken Sie etwas? Ja richtig, wenn Sie die Heilige-Geist-Gasse hinaufblicken, sehen Sie zwar das Backsteingebirge der Marienkirche, aber eben nicht am Ende dieser Gasse, sondern links über den Häusern aufragend.“

Mit diesem detaillierten Reiseführer in der Hand kommt man in Danzig nur langsam voran. Aber das ist gut so. Man soll sich Zeit dafür nehmen. Es lohnt sich.

H. Tews

***Peter Oliver Loew: „Literarischer Reiseführer Danzig. Acht Spaziergänge“**, 2. aktualisierte und erweiterte Ausgabe mit zahlreichen Karten, Abbildungen und einer Zeittafel, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2018, broschiert, 408 Seiten, 19,80 Euro*



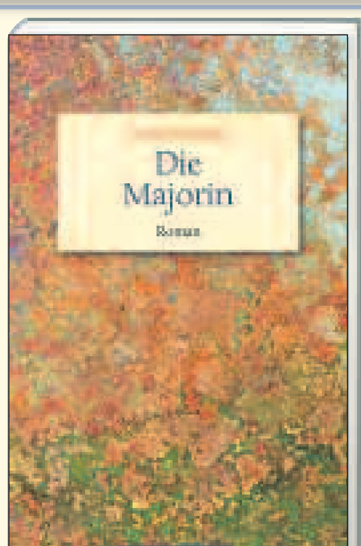
Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Ursprünglich in den Steppen des südlichen Innerasiens beheimatet, begann sich ein Hirten- und Bauernvolk schon vor sechstausend Jahren in immer neuen Auswanderungswellen über ganz Europa und große Teile Asiens auszubreiten. Griechen, Römer, Germanen, Slawen, Kelten, Perser und die frühen arischen Eroberer Indiens – sie alle sind Abkömmlinge des gleichen mysteriösen Hirtenvolkes. Eine ungeheure Dynamik, ein Leistungs- und Gestaltungswillen von beispielloser Kraft müssen diesem Volk seit vorgeschichtlichen Zeiten innegewohnt haben. So sind heute fast alle Europäer deren biologische und geistige Erben. Reinhard Schmoeckel gelingt es, die Entstehung einer vielfältigen indoeuropäischen Kultur und den wirkmächtigen Aufbruch der sich daraus entwickelnden Völker aus der Vorgeschichte anschaulich zu beschreiben. 587 Seiten
Nr. P A0880 Kartoniert **24,80 €**



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2019
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Balga, Elbing, Neidenburg, eine Baumallee bei Quittainen, die Klosteranlage der Kamaldulenser in Wigry, eine Stimmung am Geserichsee bei Deutsch-Eylau, die ehemalige Bischofsburg in Rößel, die Kurische Nehrung bei Pillkoppen, die Ordensburg in Marienburg, den Kreuzgang in der Burg Heilsberg und einige mehr. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535845 27,95 €

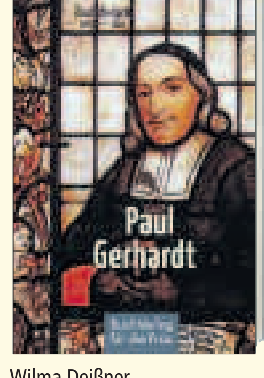


Kalender
Ostpreußen und seine Maler 2019
Ostpreußen hatte bis 1945 eine bedeutende Künstlerschaft und Kunstzentren mit der Königsberger Kunstakademie und der Künstlerkolonie in Nidden. Die hier gezeigten Bilder ostpreußischer Maler beschäftigen sich mit dem Thema „Masuren als Malerlandschaft“. Format 50 x 35 cm Spiralbindung
Nr. P A1282 23,50 €



Ernst Wiechert
Die Majorin – Roman
Endlich heimgekehrt aus dem Ersten Weltkrieg, findet Michael Fahrenholz seinen Namen neben dem seiner Brüder auf der Gefallenen-Ehrentafel. Das spiegelt den Zustand seiner Seele wider:
Durch den Krieg ist er verstört und zutiefst verbittert. Sein alter, trübsinniger Vater kann seine Rückkehr nicht begreifen und hält ihn für den Geist Michaels.
Michael wird Jäger bei der Majorin, eine ebenfalls vom Leid des Krieges gezeichnete Frau, der die großen Wälder und das benachbarte Gut gehören. Diese versucht, ihn zurück in ein sesshaftes Leben zu führen. Während dieser schwierigen Unternehmung entwickelt sich eine ungewöhnliche Bindung zwischen der Majorin und dem Jäger. Mit einem begreifenden und liebenden, aber auch verzichtenden Herzen gelingt es der Majorin, den Heimkehrer aus dem Reich der Toten in ein neues sinnerfülltes Dasein zurückzuführen. In seinem Roman „Die Majorin“ erläutert Ernst Wiechert mit gewichtiger Symbolik die Reifungsprozesse zweier vom Krieg unterschiedlich gezeichneten Individuen, die gemeinsam und doch jeder auf eine andere Art und Weise das Leben neu begreifen.
192 Seiten
Nr. P 533198 Gebunden mit Schutzumschlag **14,95 €**

Ernst Wiechert
Die Magd des Jürgen Doskocil – Roman
Der Fährmann Jürgen Doskocil lebt einsam und von der Gemeinschaft ausgegrenzt in einem Dorf im Memelland. Aufgrund seiner großen, hässlichen Gestalt und dem unehelichen Kind, das seine erste, verstorbene Frau von einem anderen gebar, wird er verspottet und von den Dorfkindern ausgelacht. Ein amerikanischer Wanderprediger der Mormonen zieht die Menschen der Dörfer in seinen Bann. Sie suchen ihn auf, um seine Predigten zu hören und mit ihm in die „Goldene Stadt“ zu wandern. Darunter auch der Kätner Grotjohann mit seiner Tochter Marte, die auf dem Weg zu Mormonenprediger MacLean auf Doskocil treffen. Marte sieht in Doskocil einen liebenswürdigen Mann und entschließt sich, bei ihm zu bleiben. MacLean versucht, die Abtrünnige mit unchristlichen Mitteln zurück zum Glauben zu zwingen, und verflucht das Lebensglück der beiden Liebenden. Auch die anderen Dorfbewohner, beeinflusst von ihrem Prediger, erschweren ihnen das Leben. Doch der Bund zwischen Doskocil und Marte ist stark und durch ihren gemeinsamen, unerlässlichen Kampf für das Gute schaffen sie es, den Dorfbewohnern die Augen zu öffnen. Mit zärtlichen Worten und eindrucksvollen Metaphern beschreibt Ernst Wiechert die wunderschöne Natur und die Menschen seiner Heimat Ostpreußen und lässt gleichzeitig seinen Glauben an das Gute im Menschen durchblicken. Ein Buch voller Liebe, Schmerz und Menschlichkeit. 184 S.
Nr. P 533197 Gebunden mit Schutzumschlag **14,95 €**

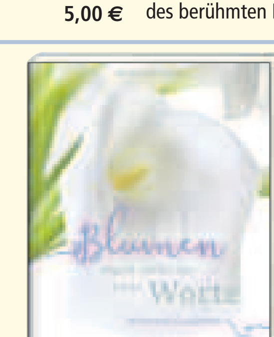


Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhardts sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einfühlsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD **12,80 €**



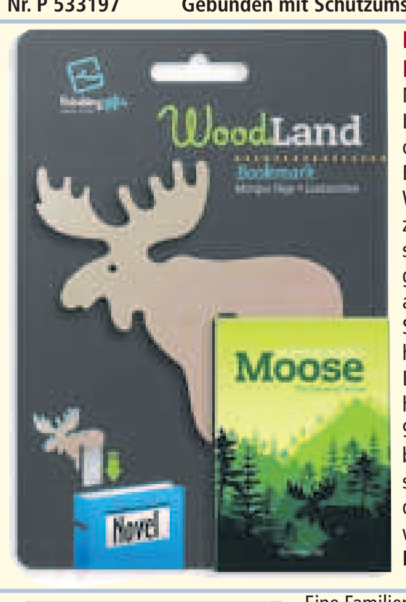
Wilma Deißner
Blumen sagen mehr als viele Worte – Tröstende Gedanken
In Zeiten der Trauer fällt es oft schwer, die Gefühle in Worte zu fassen. Blumen sprechen eine ganz eigene Sprache – mit ihrer Symbolkraft können sie helfen, das auszudrücken, was den Trauernden im Innersten bewegt. Tröstliche Gedanken voller Mitgefühl zur Symbolik der Blumen helfen dabei, mit der Trauer umzugehen, und öffnen gleichzeitig den Blick für neue Hoffnung. Wunderschöne, ausdrucksstarke Fotografien illustrieren die Texte. Ein einfühlsames Geschenk für Menschen, die einem am Herzen liegen. Mit vielen farbigen Bildern. 32 Seiten
Nr. P A1035 Gebunden **6,95 €**

Bernsteinset
Naturbernsteinset (Ohrstecker und Kettenanhänger) mit Silberfassung in einer Geschenkbox.
Nr. P A1296 99,00 €



Rüdiger Safranski
E.T.A. Hoffmann
Das Leben eines skeptischen Phantasten
542 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1197 12,95 €

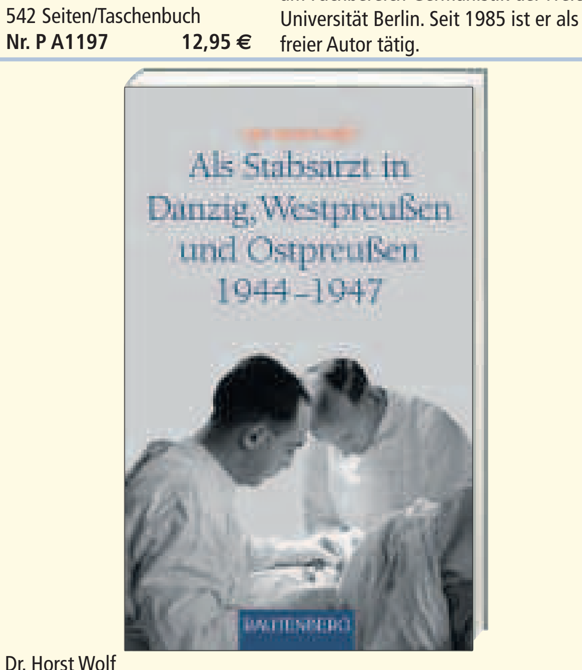
Er galt als musikalisches Wunderkind und hatte mit einundzwanzig Jahren bereits zwei umfangreiche Romane in der Schublade liegen: E.T.A. Hoffmann. Der Jurist, Komponist und Dichter brachte es zu den größten Erfolgen und fragte sich, auf dem Höhepunkt seines Ruhmes angekommen, trotzdem, ob das wirklich alles gewesen sein sollte. Der Autor beschränkt sich in seiner Biografie nicht auf Leben und Werk E.T.A. Hoffmanns, sondern er erzählt zugleich von der ganzen Epoche mit ihren literarischen Salons und den politischen Wirren in Preußen. Rüdiger Safranski, geboren 1945, studierte Germanistik, Philosophie, Geschichte und Kunstgeschichte und arbeitete danach als Wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Germanistik der Freien Universität Berlin. Seit 1985 ist er als freier Autor tätig.



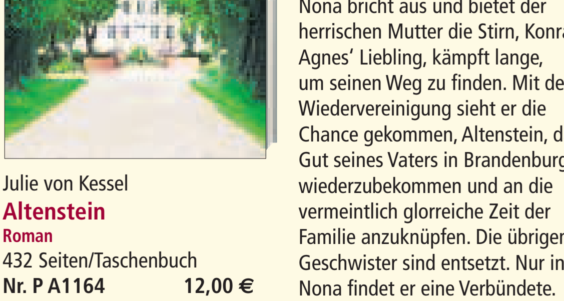
Lesezeichen Elch
Mit dem Woodland Lesezeichen in Holzoptik kann man seine Bücher verzieren. Wenn man das Lesezeichen ins Buch steckt schaut der filigran gearbeitete Elch oben aus dem Buch heraus. Schön, schlicht und hochwertig wirkt dieses Lesezeichen. Der Elch hat eine Höhe von 9 cm x 5 cm und hilft beim nächsten Aufschlagen des Buches, die richtige Seite wiederzufinden.
Nr. P A1250 6,95 €



Buchständer aus Holz und Stoff für kleinere Bücher
Für Bücher mit einer Buchhöhe von maximal 24 cm.
Mehrere einstellbare Lesewinkel fördern eine den Rücken schonende Sitzhaltung. Farbe des Bezugs: **Waldgrün**
Nr. P A0443 Buchständer aus Holz **22,95 €**



Dr. Horst Wolf
Als Stabsarzt in Danzig, Westpreußen und Ostpreußen 1944–1947
„Das Ende des Jahres 1944 und der Anfang des neuen Jahres brachten der Lazarettstadt Elbing die Gewissheit des baldigen Zusammenbruchs.“ So beginnt der aufwühlende Zeitzeugenbericht von Dr. Horst Wolf, der als Stabsarzt der Reserve Kriegsverletzungen der Patienten behandelte. Er erlebt die heillose Flucht des kompletten Klinikpersonals. Es gelingt ihm, die Verwundeten mit einem Lazarettzug zu evakuieren. Als Arzt im Reservelazarett Danzig-Langfuhr erlebt Dr. Wolf die Einnahme der Stadt durch die Rote Armee und wird mehrfach Zeuge von brutalen Übergriffen der russischen Soldaten. Als Kriegsgefangener im Zuchthaus in Graudenz muss er mit ansehen, wie viele seiner Mitgefangenen, halb verhungert und entkräftet, von Seuchen und Krankheiten dahingerafft werden und entkommt selbst dem sicheren Tod nur durch ein Wunder. Nach Preußisch Eylau verlegt, arbeitet er als Arzt im Sanitätslager 583 und im Rajon-Krankenhaus. Der mitreißend geschriebene Bericht lässt uns teilhaben am Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen und der Zivilbevölkerung in den ehemaligen deutschen Provinzen unter russischer Herrschaft. 176 Seiten
Nr. P 533195 Gebunden mit Schutzumschlag **16,95 €**



Julie von Kessel
Altenstein
Roman
432 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A1164 12,00 €

Eine Familiengeschichte. 1945 ist das Leben in Ostpreußen zu Ende. Agnes von Kolberg hat ihren Mann verloren, zwei Güter, aber nicht ihren pragmatischen Lebensmut. Sie beginnt mit ihren zehn Kindern im Westen neu. In der wenig glamourösen Bundesrepublik finden alle Kinder ihren Platz, nur die beiden jüngsten machen Sorgen: Nona bricht aus und bietet der herrischen Mutter die Stirn, Konrad, Agnes' Liebling, kämpft lange, um seinen Weg zu finden. Mit der Wiedervereinigung sieht er die Chance gekommen, Altenstein, das Gut seines Vaters in Brandenburg, wiederzubekommen und an die vermeintlich glorreiche Zeit der Familie anzuknüpfen. Die übrigen Geschwister sind entsetzt. Nur in Nona findet er eine Verbündete.



Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
520 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 9627 19,90 €

Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrenschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert.



Naturbernsteinohrhänger in Tropfenform
Verschluss aus Silber (Höhe ca. 2 cm)
Nr. P A1294
25,00 €

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

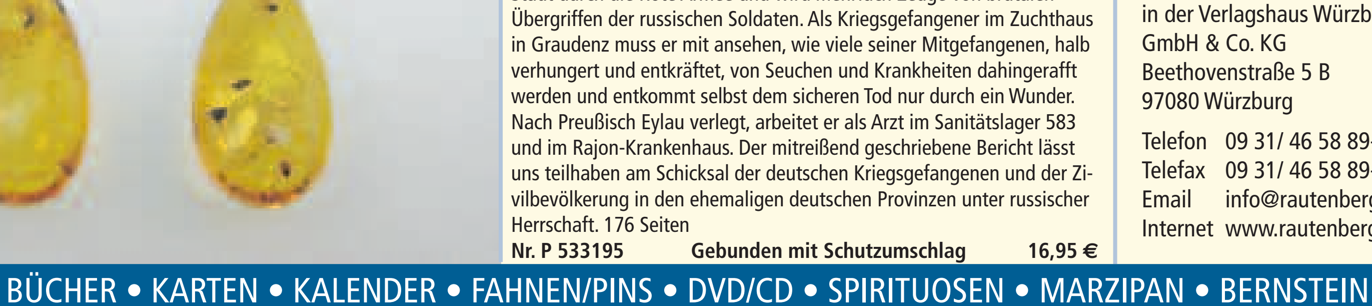
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift



BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Opfer von Betrügern«

Tegucigalpa – Laut dem Präsidenten von Honduras, Juan Orlando Hernández, sind die Teilnehmer der Massenwanderung zur US-Grenze Opfer von Betrügern geworden. Linke Gruppen, die die „Karawane“ organisiert hätten, hätten die Menschen mit falschen Versprechungen hinsichtlich ihrer Betreuung und der Einreisemöglichkeit in die USA zum Aufbruch verlockt. Das sozialistische Venezuela sei an der Finanzierung des Vorhabens beteiligt. *H.H.*

Benzinklau nimmt zu

Berlin – Die Benzindiebstähle in Deutschland nehmen laut einem Bericht der „Welt am Sonntag“ spürbar zu. Dabei nähmen die Diebe nicht mehr nur Tankstellen, sondern auch Privatautos ins Visier. Sie bohren den Tank auf und pumpen den Sprit ab. Der Tank ist laut Polizei danach nicht zu reparieren, er muss ersetzt werden. Hintergrund der Zunahme sind vermutlich die immer höheren Spritpreise. *H.H.*

ZUR PERSON

Brexit-Minister auf Abruf

Die Scheidung des Vereinigten Königreichs von der EU tut der Konservativen Partei von Theresa May richtig weh. Eine geballte Ladung Politiker ist dadurch verschlissen worden. Nachdem schon im Juli die Minister wegen umstrittener Brexit-Pläne in Scharen aus dem Kabinett von Premierministerin May davongerannt waren, kam es jetzt zu einer erneuten Rücktrittswelle. Weil er den von May ausgehandelten Scheidungsvertrag mit der EU selbst nicht gesehen habe und er sich deswegen „reingelegt“ fühle, legte sogar Brexit-Minister Dominic Raab sein Amt nieder.

Neuer Brexit-Minister ist der bisherige Staatssekretär im Gesundheitsministerium, **Stephen Barclay**. Der 46-jährige Jurist ist nach Raab und David Davis, der im Juli das Handtuch warf, der dritte Amtsleiter im Ministerium für den Austritt aus der Europäischen Union. Viel zu sagen hat Barclay als Brexit-Minister ohnehin nicht. Die Austrittsverhandlungen hat May zur Chefsache gemacht. Barclay ist dann nur noch für die innenpolitische Umsetzung verantwortlich.



Der Sohn eines Gewerkschaftsfunktionärs ist selbst ein Brexit-Befürworter. Nach seiner Elite-Ausbildung in Cambridge arbeitete er als Jurist in der Londoner Finanzwelt, so bei der Finanzaufsicht und in der Geldwäsche-Abteilung bei der – zufällig namensgleichen – Barclays-Bank. Seit 2010 sitzt er im britischen Parlament und hat sich während Mays Amtszeit nie gegen sie gestellt.

Dafür wurde er mit einem Ministerposten belohnt, den er bald wieder los sein könnte. Sollte May wegen der Zollunion der EU mit Nordirland nicht nachverhandeln, wollen konservative Rebellen die Premierministerin noch im Dezember mit einem Misstrauensantrag stürzen. Wenn sie Erfolg haben, sind wohl auch Barclays Ministertage gezählt. *H. Tews*



Alles klar?

Müssen, müssen, müssen

Warum die Grünen so gefährlich sind, was der nächste Fluchtgrund wird, und wie Olaf Scholz sich das Lachen verkneift / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Grünen tun immer so harmlos, dabei sind sie eine gefährliche Partei, brandgefährlich. Warum? Weil sie im Hochgefühl traumhafter Umfragewerte leichtsinnig alles ausplaudern, was verantwortungsbewusste Politiker aus Angst vorm Wähler wohlweislich für sich behalten. Oder, wenn es auffliegt, konsequent weglügen.

Beim UN-Migrationspakt könnte das mit dem Weglügen fabelhaft funktionieren, wenn nur diese Grünen nicht immerzu dazwischenplapperten und damit fahrlässig in Kauf nähmen, dass die Deutschen merken, was gespielt wird.

Der Pakt sei ganz unverbindlich, trichtern sie uns ein, seitdem wir das Ding ärgerlicherweise bemerkt haben. Zwar ist eine „unverbindliche Verpflichtung“ ein Widerspruch in sich. Doch an solche dunstigen Kunstwerke des Politsprech haben sich die Deutschen längst gewöhnt und schlucken jeden Quatsch runter, wenn er nur oft genug wiederholt wird.

Doch nun kommt die „migrationspolitische Sprecherin“ der Grünen im Bundestag, Filiz Polat, und zerreißt die Wolkenwand. Nichts da mit „unverbindlich“: In der „Welt“ redet Frau Polat Tacheles: Der Migrationspakt fordere, dass die Deutschen die Neuankömmlinge bei der Anerkennung ihrer (Berufs- oder Schul-)Abschlüsse „unterstützen“. Was ja nur heißen kann: Die Abschlüsse müssen auch dann anerkannt werden, wenn sie weit unter Mindestniveau rangieren.

Und weiter: Die Unterzeichnerstaaten „müssen“, so Polat, „Strategien“ für die Aufnahme sogenannter „Klimaflüchtlinge“ entwickeln. Die „Rechte von Migranten müssen verbindlich festgeschrieben werden“, verrät sie.

Müssen, müssen, müssen – aber alles ganz „unverbindlich“. Ja, sicher doch. Da weiß man wenigstens, warum die Herrschaften den Pakt am liebsten heimlich unterschrieben hätten.

Der Hinweis mit den „Klimaflüchtlingen“ ist besonders reizvoll. „Klima“, oder genauer gesagt: Wetter gibt es überall auf der Welt. Wer immer nach Deutschland umziehen will, muss nur anmelden, dass es ihm zu Hause zu kalt oder heiß, zu feucht oder zu trocken oder auch nur zu windig ist, und schon hat er seinen „Fluchtgrund“, oder?

Nein, nein, so einfach ist das nun auch wieder nicht. Das „Klima“ muss schon an den Lebensgrundlagen nagen, damit ein „Grund“ daraus wird. Hier kommen wir beispielsweise auf schrumpfende Inseln wie bei den Malediven oder die zahlreichen Opfer von Hochwassern in Bangladesch. Das sind die klassischen Klima-Opfer. Zumindest scheinen sie das zu sein, solange man nicht genauer hinsieht.

Anhand von Luftbildern haben gemeine Haarspalter vor einiger Zeit entdeckt, dass angeblich besonders stark erodierende Malediven-Inseln seit den 1960er Jahren nicht etwa geschrumpft, sondern gewachsen sind. An Stellen, wo es tatsächlich zu Landverlusten kam, konnten rabiate Baumaßnahmen als Ursache ausgemacht werden. In Bangladesch hat der Bevölkerungsdruck die Leute in ungeschütztes Küstenland gedrängt, wo ihre Vorfahren aus guten Gründen niemals gesiedelt hätten.

> Filiz Polat räumt auf mit dem Märchen von der »Unverbindlichkeit« des UN-Pakts

Bevölkerungsdruck? Ach ja richtig, den hatten wir ja vollkommen vergessen. Auf den Malediven hat sich die Bevölkerung seit 1950 mehr als verfünffacht, im ebenfalls muslimischen Bangladesch seit 1960 mehr als verdreifacht. Hätte Deutschland die gleiche Entwicklung genommen, verfügte es heute über mehr Einwohner als die gesamte Euro-Zone von Portugal bis Estland und Griechenland zusammen. Auf den Punkt gebracht: In manchen Staaten wird das Land knapp, weil sich die Leute hemmungslos vermehren. Nix mit „Klima“.

Aber Moment mal! Das eröffnet ja ganz neue Perspektiven! Mal sehen, wann die Grünen und ihre Freunde bei der UN-Migrationsbehörde drauf kommen, dass Überbevölkerung schließlich auch eine legitime Ursache fürs Flüchten sei. Das wäre doch eine wundervolle Botschaft an die jungen Leute in den armen Ländern: Also, jede Nacht immer feste ran an den Feind und ab Kind Nummer fünf gibt's zur Belohnung den begehrten „Fluchtgrund“.

Das ist gut für alle, denn, wie der UN-Pakt ja mehrfach betont: Migration ist grundsätzlich etwas Gutes, von dem wir also alle profitieren. So ähnlich wie „Europa“, von dem die Deutschen sogar am allermeisten profitieren. Zumindest glauben wir das, nachdem man es uns so oft erzählt hat, dass wir uns gar nicht erlauben, etwas anderes zu glauben.

Was schon gut ist, soll sogar noch besser werden. Deutschlands und Frankreichs Finanzminister, Bruno le Maire und Olaf Scholz, haben sich darauf verständigt, dass die Euro-Zone ein eigenes Budget bekommt.

In was für rasanten Tagen wir doch leben! In lahmer Vorzeit hätte man für eine solche „Verständigung“ erst einmal alle Finanzminister der Euro-Zonen-Länder zum Gipfel zusammengetrommelt, um sich in großer Runde zu einigen. Das kostete jedes Mal viel zu viel Zeit. Heute reicht es, dass Berlin und Paris das unter sich ausmachen. Die anderen Regierungen erfahren es ja dann aus der Zeitung.

Stopp: Wird das wieder so ein Topf, den vor allem die Deutschen füllen sollen, damit die anderen zügellos hineingreifen können? Oh nein, da haben die beiden Minister vorgesorgt. Wer sich nicht an die Regeln hält, der soll auch nichts abbekommen vom großen Kuchen.

Da können wir demnach beruhigt sein. Regeln kennt die Euro-Zone ja schon eine ganze Menge. Die entscheidenden von ihnen haben allerdings eines gemeinsam: Sie sind alle mausetot. Erinnern Sie sich noch an die „Defizitgrenze“ von drei Prozent im Jahreshaushalt jedes Euro-Landes? Gebrochen von Deutschland und Frankreich gleich nach der Einführung der neuen Währung.

Oder an den Grundsatz, dass kein Land für die Schulden eines anderen geradestehen darf? Ach herrje! Nicht lachen. Jedenfalls jetzt noch nicht, einen hab' ich nämlich noch: Es ist streng verboten, Staatshaushalte „mit der Notenpresse“ zu finanzieren. Wie nennt man das, wenn die Europäische Zentralbank den Staaten die Schulden mit frisch gedrucktem Geld „abkauft“?

Es hat etwas Anrührendes, wenn nach alldem der Herr Scholz und sein Pariser Kollege uns abermals mit eisernen Regeln kommen, die nun aber wirklich strengstens durchgesetzt würden. Dabei sind sie nicht mal rot geworden. Das nenn' ich Pokerface!

Woher das zusätzliche Geld kommen soll für das neue Budget? Von uns natürlich, per Steuererhöhung. Schließlich profitieren wir ja am ... 'tschuldigung.

Jetzt die wichtigste Frage: Was wollen die denn mit der zusätzlichen Kohle anfangen?

Damit, so lernen wir, sollen „relevante Investitionen“ in der Euro-Zone finanziert werden. Wozu? Können wir die in Deutschland nicht selber bezahlen? Sicher können wir das, wir sollen aber nicht. Das eigentliche Ziel ist nämlich ein „höherer Grad an Zusammenhalt“ in der Euro-Zone, sprich: mehr Macht für Brüssel. Aha! Deshalb hat man auch die Holländer oder Österreicher nicht gefragt, weil die da vielleicht anderer Meinung sein und die Verhandlungen in die Länge ziehen könnten.

Wir haben aber keine Zeit mehr zu verschenken: In Frankreich erhebt sich gerade ein Volksaufstand, die Gallier blockieren die Straßen aus Protest gegen die höheren Spritsteuern ab 2019. Was die wohl erst machen, wenn demnächst die Euro-Zonen-Zusatzsteuer verkündet wird?

Daher muss alles in trockene Tücher gewickelt sein, bevor man die Bürger öffentlich zur Rasur bittet. Übrigens: Sobald zur Höhe der Euro-Steuererhöhung die ersten Zahlen vorliegen, sollte sich Olaf Scholz unbedingt die Grünen zur Brust nehmen. Sonst verpetzen die wie beim UN-Migrationspakt wieder alles und das schöne Vorhaben muss sich der Kritik der „demokratischen Öffentlichkeit“ stellen. Demokratie! Wozu haben wir uns Brüssel einfallen lassen, wenn wir sowas haben wollten?

MEINUNGEN

*René Zeyer sieht Deutschland ins **Chaos** rutschen. In der „Basler Zeitung“ (17. November) warnt er:*

„Denn der Rechtsstaat in Deutschland verrottet tatsächlich. Das äußert sich auch darin, dass es in Deutschland, wie in anderen europäischen Ländern auch, Quartiere, Bezirke, Gegenden gibt, in denen der Staat als Ordnungsmacht abgedankt hat, nicht einmal mehr sein Gewaltmonopol durchsetzen kann. Stattdessen herrschen mafiöse Clans ... Wenn sich der Staatszerfall fortsetzt, kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen, dann der offene Bürgerkrieg ... Ein realitätsfernes Szenario? Keinesfalls.“

***Holger Appel** warnt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (15. November) vor einer zerstörerischen **Kampagne gegen das Auto**, welche gerade Deutschland hart treffen werde:*

„Es ist hohe Zeit, denjenigen, die es erst auf den Verbrennungsmotor und dann auf die individuelle Mobilität abgesehen haben, entschieden entgegenzutreten und der Vernunft eine Rettungsgasse zu bilden. Oder wenigstens dem Diesel eine Adventskerze anzuzünden. Obwohl: Die verursacht 200 Mikrogramm Stickoxid. Der Luft an der Straße sind 40 erlaubt.“

***Gleichberechtigung, nicht Gleichstellung** sollte das Ziel der Emanzipation sein, fordert die frühere Frauenministerin **Kristina Schröder** (CDU) in der „Welt“ (16. November) und spricht sich strickt **gegen** das Projekt von Kanzlerin Merkel aus, überall die **Geschlechterparität** durchzusetzen:*

„Wer die (Gleichstellung) fordert, muss entweder jegliche biologische Unterschiede im Verhalten der Geschlechter leugnen. Oder er muss die Präferenzen von Männern und Frauen ignorieren. So oder so kommt er um einen Staat, der permanent lenkend und korrigierend in das Leben seiner Bürger eingreift, nicht herum. Wer Quoten, gar die Parität fordert, sollte sich dessen bewusst sein.“

***Jan Fleischhauer** schlägt auf „Spiegel online“ (15. November) in die gleiche Kerbe und weist den Vorstoß von Justizministerin **Katarina Barley** (SPD) zu **Geschlechterparität in den Parlamenten** zurück:*

„Wer Repräsentation an die geschlechtliche Wirklichkeitsabbildung bindet, der öffnet ein Tor zur Hölle. Wenn für die staatsbürgerliche Gleichheit nicht mehr Alter (18 Jahre) und Staatsangehörigkeit als ausreichend gelten, wird sich unweigerlich die Frage stellen, ob auch andere Gruppen gemäß ihrer gesellschaftlichen Stellung angemessen in den Parlamenten vertreten sind.“

*Der FDP-Bundestagsfraktionsvize **Frank Sitta** kritisiert gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (15. November) die neuesten **Dieselfahrverbote**:*

„Wenn im Ruhrgebiet ein totales Verkehrschaos herbeigemessen wird, kann auch niemand behaupten, dass das der Gesundheit der Bevölkerung irgendwie dienlich ist. Die Spielräume, die es beim Aufstellen der Messstationen gibt, dürfen nicht nur so genutzt werden, um Höchstwerte aufzuspüren.“